

11/100
D 09399
Unser Weg
Nr. 3
Januar 1979

**Zur Kritik des
»Euro-
kommunismus«**

Nachdrucke aus Arbeiterkampf

Vorwort

Aufgabe der „Schulungshefte des KB“ soll es sein, die Politik unserer Organisation und die Entwicklung unserer Politik zu einer Reihe von Themen und Themen-Komplexen in leicht greifbarer Form darzustellen. Die Notwendigkeit eines solchen speziellen Schulungsmaterials hat sich besonders dringend in der derzeit geführten Debatte „Wie geht's weiter im (mit dem) KB?“ herausgestellt: Vielen Sympathisanten und sogar Mitgliedern unserer Organisation ist nur bruchstückhaft die tatsächliche politische Entwicklung und Geschichte des KB, seine Position zu einzelnen Fragen bekannt.

Die „Schulungshefte des KB“ eignen sich für Sympathisanten-Schulungen, zur Information Interessierter, zur Ergänzung von AK-Lesekreisen und zum gelegentlichen Nachschlagen und Schmökern für alle Genossinnen und Genossen.

Dieses Heft enthält Texte zum sogenannten „Eurokommunismus“. Der „Eurokommunismus“ kennzeichnet die Politik einer Reihe von revisionistischen Parteien in Westeuropa (vor allem Italien, Frankreich und Spanien), aber auch z.B. die Politik der japanischen „KP“, die in gewissem Umfang Kritik am sogenannten „real existierenden Sozialismus“ und insbesondere an der „Führungsrolle“ der KPdSU üben und heute faktisch eine auf „Selbständigkeit von Moskau“ pochende, aber durchaus (noch) uneinheitliche Fraktion im revisionistischen Lager bilden.

Die Verurteilung von Repression im „realen Sozialismus“ und die Beteuerung der „eurokommunistischen“ Parteien, daß ihr „Sozialismus“-Ziel mehr Demokratie und mehr Freiheit als in der Sowjetunion, DDR usw. verwirklicht werden würde, ist aber nur die eine Hälfte des „eurokommunistischen“ Gesichts — die jedoch den „Eurokommunismus“ auch für die sogenannte „undogmatische Linke“ und für links-sozialdemokratische Kräfte in unserem Land attraktiv erscheinen lassen. Die andere Hälfte ist indes die immer hemmungslosere Unterwürfigkeit unter die „Staatsräson“ derjenigen kapitalistischen Länder, in denen diese Parteien sich als Alternative für die Arbeiterklasse anbieten. Diese Unterwürfigkeit und Anpassung an die Bourgeoisie reicht in einzelnen Fällen (insbesondere bei der italienischen „KP“) bereits bis zur Befürwortung von und Mithilfe bei polizeistaatlicher Verfolgung der revolutionären Linken. Das macht ihre Kritik am „realen Sozialismus“ letztlich unglaubwürdig bzw. als taktisches Manöver erkennbar, um „regierungsfähig“ zu werden.

Andererseits ist der „Eurokommunismus“ in seiner ganzen Strategie und Taktik noch nicht vollständig herausgebildet und vereinigt in seinen Reihen in unterschiedlichen Fragen zugleich rechte und linke „Abweichungen“ von der revisionistischen „Generallinie“: So ist ein Teil der „eurokommunistischen“ Parteien (bzw. sind Teile aus den „eurokommunistischen“ Parteien) oftmals eher oder überhaupt zu gemeinsamer Diskussion und gar Aktion mit revolutionären Linken bereit — wo die „straff nach Moskau orientierten“ Parteien wie die DKP zumindest bislang alle Türen verschlossen halten. Diese Widersprüchlichkeit in der Politik des „Eurokommunismus“ bringt immerhin Leben in die revisionistische Bude — was wir hierzulande leider noch vermissen...

Die in diesem Heft nachgedruckten AK-Artikel können, das sei ausdrücklich gesagt, nicht als umfassende Kritik der Politik des „Eurokommunismus“ begriffen werden; sie befassen sich weitgehend mit einzelnen Aspekten in der Politik der betreffenden Parteien und mit dem aufgebrochenen aber längst nicht vollständig zur Blüte gelangten Streit zwischen „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“. Auf die Grundpfeiler der Politik des „Eurokommunismus“ trifft unsere im Schulungsheft Nr. 1 dargelegte Revisionismuskritik nicht anders zu als etwa auf die DKP.

Verschärfte Widersprüche zwischen den revisionistischen Parteien

(aus AK 72, Januar 1976)

Schon für Mitte 1975 hatte die KPdSU-Führung die Einberufung einer Konferenz der europäischen „Kommunistischen“ (revisionistischen) Parteien geplant, die ebenso wie die lateinamerikanische KP-Konferenz von 1974 der Vorbereitung einer „Kommunistischen Weltkonferenz“ dienen sollte. Ungeöhnlich scharfe Auseinandersetzungen um das beabsichtigte Ergebnis dieser Konferenz haben ihr Zustandekommen jedoch hinausgezögert und zeitweise sogar unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Dabei geht es einerseits um die Politik der revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern: Um das Verhältnis zur Sozialdemokratie, zum bürgerlichen Parlamentarismus, um die Frage eines „Parteienpluralismus im Sozialismus“ etc. Andererseits geht es um die Art der Beziehungen zwischen den „Bruderparteien“, um die sowjetische Invasion in der CSSR 1968 und um innenpolitische Verhältnisse in der Sowjetunion und anderen RGW-Ländern (Behandlung der „Opposition“; Solschenizyn, Sacharow etc.). Kein besonders umstrittenes Thema scheint (bisher) die „Verdammung“ der KP Chinas zu sein, was bei vergleichbaren früheren Anlässen stets ein Hauptpunkt gewesen war. Die KPdSU hat diesen Punkt offenbar „zurückgestellt“, bringt ihn aber im Zusammenhang mit der für später geplanten „Weltkonferenz“ wieder in die Debatte.

Ursache dieser Spannungen ist keineswegs eine etwaige „Linkswendung“ der KPdSU („Vorwärts“ vom 21.8.75: „Der Kreml setzt wieder auf die Revolution“), sondern ein deutlicher Rechtsruck der bedeutendsten westeuropäischen revisionistischen Parteien.

Die „KP“ Italiens (PCI) und Spaniens (PCE) sowie Jugoslawiens und Rumäniens haben sich in den meisten Fragen zu einem gemeinsamen Vorgehen zusammengefunden. Dieser Block findet zunehmend auch Unterstützung durch die französische „KP“ (PCF), die sich auf dem Weg einer Annäherung an die Positionen der PCI befindet. Weitere Parteien dürften zu diesem Spektrum gehören (z.B. die schwedische V.P.K. oder auch die KP Griechenland/„Inland“).

Frontenbildung auf den Vorbereitungstreffen zur Konferenz

Bereits im Oktober 1974 hatten die Vertreter von 28 europäischen „KP“'s in Warschau verabredet, die Konferenz für Mitte 1975 in Berlin/DDR einzuberufen. Sie sollte möglichst direkt nach der KSZE in Helsinki eine geschlossene Aussage des revisionistischen Lagers bringen, „wie es im Kampf um Frieden und Fortschritt weitergehen soll“ (H. Axen, ZK-Sekretär der SED in „Horizont“, 43/75). Die Konferenz sollte aber erst nach vorheriger Ausarbeitung eines Abschlusssdokuments (womit die SED beauftragt wurde) und dessen Billigung durch die Parteien stattfinden. Beschlüsse sollten nur einstimmig gefaßt werden können.

Schon die auf der Konferenz zu behandelnden Themen sind umstritten: Die PCI und der Bund der Kommunisten Jugoslawiens lehnen es z.B. strikt ab, das Treffen der Europäer als einleitende Initiative für eine Weltkonferenz der revisionistischen Parteien zu verstehen. Der BdkJ fordert, die Tagesordnung auf einen

einzigen Punkt („Frieden und Sicherheit in Europa“) zu begrenzen.

Zur Ausarbeitung der Konferenzdokumente fanden im Laufe des Jahres mehrere Treffen in Berlin statt, die nach den offiziellen SED-Verlautbarungen stets „in einer Atmosphäre der brüderlichen Zusammenarbeit verliefen“, oder wo „ein wichtiger Schritt vorwärts“ getan wurde. „Gesprächiger“ zeigte sich allerdings die „Opposition“ gegen die KPdSU und SED in ihren Kommentaren: Rechtsaußen Carillo, spanischer „KP“-Chef, erklärte: „Auf diesem Gipfel werden wir das Recht des Genossen Dubcek verteidigen, seine Ansichten in Prag frei zu verkünden“ (zitiert nach „Vorwärts“, 21.8.75). Auch die „Unita“, Zeitung der PCI, ließ es anlässlich des Jahrestags des sowjetischen Einmarsches in die CSSR wie schon in den Vorjahren nicht an Seitenhieben gegen die KPdSU fehlen.

Vor allem aber schloß sich die „Opposition“ in der Forderung nach Ablehnung einer „Führungsrolle der KPdSU“ zusammen.

Die PCI usw. wollen erreichen, daß eine gemeinsame „Generallinie“ der revisionistischen Parteien abge-

lehnt und stattdessen ausdrücklich das „Recht“ jeder Partei auf einen eigenen „nationalen Weg zum Kommunismus“ festgehalten wird. In diesem Sinn lehnt die „Opposition“ auch den sowjetischen Vorschlag eines „gemeinsamen Aktionsprogramms“ als „Bevormundung“ ab.

Ebensowenig ist es den Revisionisten möglich, zu einer Einigung in allgemeinen politisch-ideologischen Aussagen zu kommen, die irgendeinen Bezug zu den aktuellen Problemen der europäischen Arbeiterbewegung haben könnten. So werden die auf den Vorbereitungstreffen zur Konferenz vorliegenden und immer wieder überarbeiteten Dokumenten-Entwürfe von Mal zu Mal allgemeiner und inhaltsleerer, so daß es praktisch kaum möglich ist, auch nur „zwischen den Zeilen“ politisch relevante Fragen herauszulesen.

Der rumänische Parteichef Ceausescu brachte diese Linie auf den Punkt: „Diese Konferenz darf nicht die Annahme von bindenden Beschlüssen für die Parteien vorschlagen. Sie soll vielmehr einen freien Meinungsaustausch im Geist eines gegenseitigen Respekts und der Achtung erbringen“ (zitiert nach „Süddeutsche Zeitung“, 20./21.12.). Für „Respekt“ reicht's noch, für politische Vereinheitlichung nicht mehr...

Wirbel um einen „Prawda“-Artikel

Die Auseinandersetzungen waren durch einen „Prawda“-Artikel Anfang August zugespitzt worden, den der Chefredakteur von „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ (in Prag erscheinendes Organ der revisionistischen Parteien), Sarodow, verfaßt hatte. In diesem Artikel wurde unter Bezugnahme auf Lenin in allgemeiner Weise die Diktatur des Proletariats als „unerläßliche Voraussetzung des Sieges einer demokratischen Revolution“ gefordert, um den „Widerstand der Reaktion durch Gewalt“ zu brechen. Ohne konkret zu werden, wurden Positionen der „Mäßigung“ und „Einschränkung revolutionärer Aktivität“, die auf eine „Einheit um jeden Preis“ (mit der Sozialdemokratie) aus wären, als op-

portunistisch und menschewistisch kritisiert.

Dieser Artikel – von der westlichen bürgerlichen Presse als mittlere Sensation hochgespielt – veranlaßte die PCI- und PCF-Führungen zu sofortigen Distanzierungen. PCF-Generalsekretär Marchais versicherte, die Politik seiner Partei werde „in allen Bereichen“ in Paris und nicht in Moskau gemacht. Die „Unita“ antwortete, in Italien könne „man“ (die Bourgeoisie?) „ohne die Beteiligung aller demokratischen Kräfte und ihrer Parteien (einschließlich der Democrazia Christiana – Anm. AK) nicht einmal regieren“ – geschweige denn, eine sozialistische Gesellschaft errichten („Welt“, 11.8. und 12.8.; „Vorwärts“, 21.8.).

PCI und PCF betonten zwar die „Genialität Lenins“, weigern sich aber unter Berufung auf die „heutige Situation“ und die „eigenen Erfahrungen“, den Leninismus als Richtschnur ihrer Politik wenigstens verbal anzuerkennen. Man müsse „kühn“ genug sein, um sich „von Auffassungen, die den heutigen Erfahrungen und historischen Bedingungen nicht mehr angepaßt sind (zu befreien), um Wege zum Sozialismus einzuschlagen, die zum Teil noch nicht erkundet sind“ (Berlinguer, lt. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 16.12.).

Aufsehenerregend sind keineswegs die „Prawda“-Artikel, die in der Form „historischer Aufsätze“ über „marxistische Lehrmeinungen“ abgefaßt sind, und aus denen sicher nicht auf etwaige Veränderungen der Politik der KPdSU geschlossen werden kann. Auch die indirekte Kritik an den allzu weit nach rechts abdriftenden PCI und PCF ist nicht neu. Bemerkenswert ist allerdings die prompte Reaktion der westeuropäischen „Partner“ und die Offenheit, mit der sie antileninistische Positionen beziehen und verteidigen.

PCI und PCF für „Parteienpluralismus“

Nachdem sich Berlinguer (PCI) schon im Juli 1975 mit Carrillo (PCE) getroffen hatte, fanden im Herbst Gespräche mit Marchais (PCF) statt, denen naturgemäß eine stärkere Bedeutung zukam (PCI und PCF sind mit 1,4 Mio. bzw. 400.000 Mitgliedern die stärksten revisionistischen Parteien in Westeuropa). Am 15.11. einigte man sich auf eine gemeinsame Erklärung, die von der bürgerlichen Presse übertrieben als „Ausöhnung“ und „gemeinsames Strategiepapier der westeuropäischen Kommunisten“ dargestellt wurde. Tatsächlich dokumentiert diese Erklärung allerdings einen Wandel der PCF, die bislang als „orthodox“ bzw. „moskautreuer“ galt.

Beide Parteien betonten ihre politische Eigenständigkeit, stellen aber „im Kampf in entwickelten kapitalistischen Ländern ... den gemeinsamen Charakter der wesentlichen Probleme“ fest, für die sie „vergleichbare Lösungen“ finden wollen. Der Weg zum Sozialismus sei nur möglich als Weiterentwicklung der bürgerlichen Demokratie: „Die französischen und

die italienischen Kommunisten erkennen sich zur Pluralität der politischen Parteien, für das Existenz- und Betätigungsrecht von Oppositionsparteien, für die freie Entfaltung und den demokratischen Wechsel von Mehrheit und Minderheit“. Dies sei der „Rahmen“, in dem die arbeitenden Klassen die Staatsmacht übernehmen könnten. Beide Parteien „haben das allgemeine Wahlrecht immer respektiert und werden es respektieren“ (– offenbar ein deutlicher Seitenhieb gegen den portugiesischen PCP-Chef Cunhal; Anm. AK).

Die verschiedenen sozialen und politischen Kräfte müßten einen „freien Zusammenschluß“ gegen das Monopolkapital bilden. Kern dieser „breiten Allianzen“ sollte das Bündnis mit den Sozialisten sein. Darüber hinaus gebe es „wachsende Möglichkeiten“, „breite Teile der Katholiken“ einzubeziehen, die eine „wichtige Rolle bei der Schaffung einer neuen Gesellschaft“ spielen sollten.

Diese Formel umfaßt sowohl die Politik des italienischen „historischen Kompromisses“ als auch der französischen „Volksfront“. D. h. daß die PCF ihre frühere Kritik am „historischen Kompromiß“ der PCI einstellt, gleichzeitig aber an ihrer eigenen innenpolitischen Konzeption festhält. So versicherte ein PCF-Sprecher wenig später, es könne keinen „historischen Kompromiß“ mit der giscardischen Regierungskoalition geben (dieser Punkt ist in der „Volksfront“ umstritten; die Mitterrand-Partei unternimmt Initiativen in dieser Richtung, wobei sie ihre revisionistischen Partner an das „Vorbild“ der PCI mahnt).

Die Erklärung enthält ferner eine indirekte Bejahung der Europäischen Gemeinschaft, zu deren „Demokratisierung“ PCI und PCF gemeinsame Initiativen im europäischen Parlament unternehmen wollen.

Zu dieser gemeinsamen Stellungnahme (Zitate sind der „Frankfurter Rundschau“ vom 20.11. und „Le Monde“, 19.11. entnommen) erklärte die PCI, sie sei ein „großer Schritt nach vorn“, jedoch seien nicht alle Fragen geklärt. Das ist zweifellos richtig, denn die PCI geht in der Anerkennung der NATO und der EG noch erheblich weiter als die PCF. Das gilt auch für die Frage der in der PCI/PCF-Erklärung befürworteten „fortschreitenden Sozialisierung“ der wichtigsten Produktionsmittel und des Handels. Denn in der vorangegangenen PCI/PCF-Erklärung war sogar von einer „sozialistischen Lösung“, die Rede, die auf der „Koexistenz verschiedener Formen der öffentlichen und privaten Unternehmen und Verwaltungen“ beruhen sollte („Le Monde“, 19.11.). „Solidarischer“ ist auch die Haltung der PCF zur portugiesischen PCP, während sich die PCI in der Vergangenheit mehrmals offen an die Seite der PS des Mario Soares geschlagen hatte.

Was hinter dem „eigenen Weg zum Sozialismus“ der westeuropäischen Revisionisten steht, ist nichts anderes als die Anerkennung und Verteidigung der bürgerlichen Demokratie

und damit der kapitalistischen Klassengesellschaft, die mit einigen Reformen aufpoliert werden soll. Es ist nur konsequent, daß in der PCF anlässlich des bevorstehenden 22. Parteikongresses eine Diskussion darum geführt wird, die Diktatur des Proletariats aus dem Parteiprogramm zu streichen. Nach Marchais „entspricht das Wort ‚Diktatur‘ nicht mehr dem, was wir wollen. Es hat eine unerträgliche (!) Bedeutung, entgegen unseren Zielen, unseren Thesen ...“ („FAZ“, 13.1.). Genau!

Mit dieser Politik unterwerfen sich PCI, PCE und PCF immer stärker den Interessen ihrer „eigenen“ Kapitalisten (was an der Haltung zur NATO und EG besonders deutlich wird). Das ist auch die objektive Basis für die Verschärfung des Widerspruchs zwischen den RGW-Parteien. Denn z w e i Herren kann man schlecht gleichzeitig dienen.

Die PCF gibt denn auch den Forderungen der Bourgeoisie nach einer Distanzierung von der Sowjetunion nach. So verlangte die PCF kürzlich „energisch“ eine Distanzierung der KPdSU von einem Fernsehfilm, der ein angebliches „sowjetisches Straf-lager“ zeigte.

Letzlich spiegelt sich in den Auseinandersetzungen zwischen den revisionistischen Parteien der Widerspruch zwischen den westeuropäischen Imperialisten und den Großmachtinteressen der SU wider, über das Kommando in der revisionistischen Bewegung ihren internationalen Einfluß auszudehnen. Das Einzige, was die Revisionisten wirklich zusammenhält, ist der „gegenseitige Respekt“, d. h. die gegenseitige Beweihräucherung (worüber es noch n i e Streit gegeben hat), um ihren Betrug am Proletariat zu verdecken.

So präsentiert sich heute der „real existierende Sozialismus“ der DKP, dessen Stärke ja bekanntlich wächst und wächst, und der für die DKP immer wieder erhalten muß, um die angebliche „Verbesserung des internationalen Kräfteverhältnisses“ und die „günstigen Bedingungen für die Kräfte des Friedens und des Fortschritts“ zu belegen, die der völlig bedeutungslosen DKP ja niemand ernsthaft abkaufen würde. Zwar ist die DKP krampfhaft bemüht, einer Stellungnahme um Gottes willen auszuweichen und die Widersprüche zu verkleinern. Aber das „sozialistische Lager“, das die DKP immer als Alibi für die eigene Schwäche ins Feld führt, zerbröckelt allzu offensichtlich. So kommt die DKP früher oder später in die peinliche Situation, sich eine neue Variante einfallen zu lassen, um ihr Schattendasein mit etwas betrügerischem Glanz zu umgeben.

Der Weg zum Blau-Weiß-Roten »Sozialismus«

(aus AK 74, Februar 1976)

Vom 5. – 8. Februar fand der 22. Kongreß der „Französischen Kommunistischen Partei“ (PCF) statt, der alle zwei Jahre fällig ist. Das bedeutendste Ergebnis dieses Kongresses war die öffentliche Abkehr von der Diktatur des Proletariats. Das stellt einen neuen Höhepunkt im Bemühen der PCF-Führung dar, sich für die Teilnahme an der Regierung „akzeptabel“ zu machen – akzeptabel für bürgerliche Wähler und vor allem für die französischen Kapitalisten. Der PCF-Führung geht es darum, ihr an die PS verlorengegangenes Terrain durch Anpassung an antikommunistische Vorurteile wieder aufzuholen.

Nach eigenen Angaben zählt die PCF heute 600.000 Mitglieder. Sie stellt 1.000 Bürgermeister und 26.000 Stadträte; sie rekrutiert ihre Mitglieder zu 60 % aus der Arbeiterklasse und aus der Landarbeiter-schaft. Darüberhinaus hat sie über die mit ihr verbundene größte Gewerkschaft, CGT (1973: 2,3 Mio. Mitglieder), den bedeutendsten Einfluß in der Arbeiterklasse.

Ihren höchsten Stimmenanteil erlangte die PCF 1946, unmittelbar nach der Befreiung Frankreichs vom Nazi-Faschismus, mit 28,6 %. Damals hatte sie 800.000 Mitglieder und 142 Abgeordnete. Ihr tiefster Stand bei parlamentarischen Wahlen war 1958 (Militärputsch von de Gaulle) mit 18,9 % der Stimmen.

1972 erfüllte sich der lang gehegte Wunschtraum der PCF-Führung, das Wahlbündnis mit der PS. Dies allerdings nur, weil die PCF gegenüber den Sozialdemokraten Mitterrands zu erheblichen Konzessionen bereit war:

– Während die PCF nach 1958 eine Kampagne zur Aufhebung des von de Gaulle eingeführten Präsidialregimes durchführte, akzeptierte sie im „Gemeinsamen Regierungsprogramm“ mit der PS den Rahmen des „starken Staates“ und ging sogar so weit, daß sie die Forderung der PS annahm, wonach bei einem eventuellen Wahlsieg der „Linkunion“ sehr wohl ein Giscard als Präsident geduldet werden könne (die Wahlen zum Parlament, die für die Regierungsmehrheit entscheidend sind, und die Wahl des Staatspräsidenten, der faktisch die Politik bestimmt, sind getrennt).

– Die „Europäische Gemeinschaft“, die von der PCF zuvor noch als „Block der monopolistischen Trusts“ bezeichnet wurde, transformierte sich im Programm der Linkunion nun zu einer „Organisation, an deren Aufbau mitgearbeitet werden soll“. – Während die PCF vor 1972 das völlige Ausschneiden Frank-

reichs aus der Nato forderte, spricht das von der PCF unterzeichnete „Gemeinsame Programm“ nunmehr von „Respektierung der ~~all~~en Allianzen Frankreichs“.

– Die PCF verzichtete schließlich von vornherein auf die wichtigsten Ministerposten zugunsten der PS-Mannschaft.

Dem „Linksbündnis“ gaben im Mai 1972, bei den Parlamentswahlen, 11 Millionen ihre Stimme; das waren 46,5 %. Bei der Präsidentschaftswahl im Mai 1974 stimmten 13 Millionen, das waren 49 %, für den PS-Chef Mitterrand.

Während das „Linksbündnis“ damit insgesamt einen Erfolg errang, entwickelte sich das Kräfteverhältnis innerhalb des Bündnisses immer mehr zuungunsten der PCF.

Die Mitterrand-Partei war bis zur Herstellung des Linksbündnisses in der „Wählergunst“ eindeutig im Nachteil gegenüber der PCF. Bei den Parlamentswahlen 1962 erhielten die „Sozialisten“ (die damals noch den Namen SFIO trugen) nur 12,6 % der Stimmen gegenüber 15,7 % 1958 (2,5 bis 3,2 Mio.), während die PCF ihren Stimmenanteil auf über 4 Mio. vergrößerte. Bei den nächsten Parlamentswahlen 1967 erreichten die „Sozialisten“ im Bündnis mit dem linken Flügel der Radikalen Partei 19 % – die PCF allerdings 22,5 %, d. h. über 5 Mio. Stimmen. Infolge ihrer opportunistischen Politik während der Mai-Kämpfe 1968 und infolge der einhergehenden nationalistischen Aufstachelung der Bevölkerung durch die Gaullisten, ging der Stimmenanteil beider Parteien gleichermaßen um ca. 2,5 % zurück. Die PCF blieb aber bei allen Wahlen die bedeutendere der beiden Parteien.

Das änderte sich Schritt um Schritt seit der Herstellung des „Linksbündnisses“. Die PS-Führung verstand es, den Stimmenzuwachs in erster Linie für ihre Partei auszunutzen.

Dies fiel ihr nicht allzu schwer, da die PCF um der „Einheit“ willen immer mehr von ihren eigenen Positionen aufgab. Sie nahm Mitterrand wider besseres Wissen und geteilter Erfahrung gegenüber Zweifeln an seiner „sozialistischen Gesinnung“ in Schutz (immerhin hat Mitterrand zeitweise mit dem pro-nazistischen Vichy-Regime kollaboriert, war u. a. Innenminister, als der französische Imperialismus 1954 den beginnenden algerischen Befreiungskampf niederschlagen versuchte, und unterzeichnete als solcher 1957 sogar das Todesurteil gegen einen PCF-Genossen, der in den Reihen der algerischen Befreiungsfront mitgekämpft hatte), und gab mehr und mehr den Erpressungsversuchen der PS nach, sich von der „Unterdrückung in der Sowjetunion“ zu „distanzieren“ (was jetzt auf dem 22. Parteitag offiziell gemacht wurde).

Eine Partei, die sich derart auf die schiefe Bahn begibt, kommt natürlich ins Rutschen. Die PCF-Führung hat mittlerweile offenbar gemerkt, daß ihr politisches Gewicht innerhalb des Bündnisses immer mehr abnimmt. Gleichzeitig weiß sie, daß sie im parlamentarischen Wettlauf um die Regierungsmehrheit nur dann weiter von der PS als Bündnispartner akzeptiert wird, wenn sie ihren Anpassungskurs nicht aufgibt, sondern fortsetzt. Die Konsequenz, die die PCF-Führung daraus zieht, besteht aus zweierlei: Zum einen eine öffentlich sichtbare Distanz gegenüber der PS herzustellen, d. h. nicht mehr ausschließlich von der „Einheit“ zu sprechen, sondern mehr von der eigenen Partei als „Garanten der Einheit“; zum anderen durch eine weitergehende Anpassung an antikommunistische Vorurteile, sich auch für PS-Anhänger „wählbar“ zu machen – d. h. die PCF als die „bessere“ sozialdemokratische Partei zu profilieren.

Mitte 1975 veröffentlichte die PCF plötzlich das Buch „Die Einheit ist ein Kampf“, in dem die bislang geheime Rede von Marchais vor dem ZK seiner Partei 1972 abgedruckt wurde (zum Zeitpunkt also, als damals das gemeinsame Programm mit der PS ausgehandelt wurde). Damit wurde die bislang nur auf interne Diskussionen verbannte Kritik an der PS wieder in die öffent-



liche Politik eingeführt. So heißt es z. B.:

„Es wäre gefährlich, sich die kleinste Illusion über die Aufrichtigkeit oder die Entschlossenheit der PS zu machen“ – und weiter steht dort zu lesen: *„Wir suchen nicht und wir wünschen nicht, uns ideologisch an die Sozialistische Partei anzunähern. Das Wesen der heutigen Ideologie der PS ist prinzipiell reformistisch; sie bleibt dem wissenschaftlichen Sozialismus fremd; sie lehnt es ab, alle Fragen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus zu beleuchten“* („L'union est un combat“, 1975).

Für sich genommen könnte man daraus auf eine positive „Korrektur“ der Politik der PCF schließen. Aber daß dies lediglich ein taktisches Manöver ist, um die verwischten Grenzen zwischen PCF und PS propagandistisch (in Worten) wieder herzustellen, zeigt sich daran, daß die PCF tatsächlich (in der Praxis) sich mit Meilenschriften weiter an die PS annähert. Der deutlichste Beleg dafür wurde jetzt auf dem 22. Parteitag mit der Streichung der „Diktatur des Proletariats“ aus der Präambel des Parteiprogramms der PCF geliefert. In einer Fernsehrede erklärte Marchais zu dieser Frage: *„Ich werde meinen persönlichen Standpunkt darstellen: Heute entspricht das Wort ‚Diktatur‘ nicht mehr dem, was wir wollen. Dieses Wort trägt eine unerträgliche (!) Bedeutung, die unseren Thesen, unseren Wünschen entgegengesetzt ist ... Auch das Wort ‚Proletariat‘ paßt nicht mehr, denn wir wollen mit der*

Arbeiterklasse die Mehrheit der lohnabhängigen Werktätigen zusammenfassen. Das bedeutet aber nicht, daß wir unser Ziel dabei vergessen: Einen Sozialismus in den Farben Frankreichs“ (zit. nach „liberation“ vom 29.1.1976).

Da es wohl kaum einen Zweck hat, den Revisionisten in dieser Frage die Standpunkte von Marx, Engels oder Lenin entgegenzuhalten, kann man die ganze Jämmerlichkeit ihrer heutigen Ideologie am besten wohl an ihren eigenen, früheren Erklärungen demonstrieren: *„Das Konzept von der Diktatur des Proletariats in Frage zu stellen, würde heißen, auf den Boden der bürgerlichen Demokratie abzugleiten“* – so der Bürger Marchais noch vor 12 Jahren, 1964, auf dem 17. Parteitag der PCF (zit. nach „Spiegel“ 7/76).

Die PCF-Führung hat ihre Abkehr vom wissenschaftlichen Sozialismus mit viel „demokratischem“ Klamauk vollzogen. Zur Vorbereitung des 22. Kongresses öffneten die PCF-Tageszeitung „L'Humanité“ und ihre Wochenzeitung „France Nouvelle“ zwei Monate lang (vom 1. Dezember bis zum 28. Januar) ihre Seiten für eine öffentliche Auseinandersetzung innerhalb der Partei.

Die Frage der Diktatur des Proletariats nahm dabei einen wesentlichen Platz ein – und wie sollte es anders sein: Die überwiegende Mehrheit stimmte dem von Marchais „empfohlenen“ Verzicht zu.

Die Befürworter des Verzichts brachten dabei „Argumente“ vor, die an Idiotie und Wirklichkeitsfremdheit kaum noch zu überbieten sind und die ein „eindrucksvolles“ Bild von der allgemeinen Versumpfung der PCF zu einer sozialdemokratischen Partei widerspiegeln. Da wurde in einem Beitrag einer Betriebszelle der „Text von Lenin“ schlicht als „veraltet“ abgetan und behauptet, daß die „Entwicklung der friedlichen Koexistenz“ dem Imperialismus heute „seine schärfste Waffe, die direkte militärische Intervention in innere Angelegenheiten anderer Länder“ aus der Hand geschlagen habe – und das angesichts der imperialistischen Einnischung in Angola, angesichts des vom Imperialismus organisierten Militärputschs in Chile, angesichts der wachsenden Kriegstreiberi im Nahen Osten, angesichts der kolossalen militärischen Aufrüstung, die sich in ausnahmslos allen imperialistischen Staaten vollzieht, angesichts der gar nicht „veralteten“ eigenen Erfahrung der französischen Arbeiterklasse aus dem Mai 68, als de Gaulle bereits Panzer rings um Paris aufmarschieren ließ usw.

In einem anderen Beitrag „eines Betriebsgenossen“ wurde gar mit nationaler Arroganz und Ausländerfeindlichkeit „argumentiert“: Frankreich sei schließlich nicht Chile oder Portugal, die sich „leichter von Illusionen, Demagogien und Abenteuerertum verführen“ ließen! – Eine Angestelltenzelle bescheinigte denjenigen, die nicht an einen Zu-

sammenbruch des Imperialismus ohne militärischen Sieg der Arbeiterklasse glauben, daß ihre Ansichten einen „romanhaften Charakter“ hätten.

Die sozialdemokratische Versumpfung der PCF hat eine lange Tradition und ist, wie überall in den revisionistischen Parteien, Produkt des Opportunismus ihrer Führung, Produkt der Degradierung des Klassenkampfes zu einem parlamentarischen Schachspiel, Produkt der Abtötung der innerparteilichen Demokratie, der Abtötung eines lebendigen revolutionären Geistes und des Vertrauens auf die Kraft der Arbeiterklasse. Das Gefährliche an diesen neuen Sozialdemokraten ist, daß sie die eigentlichen Abenteuer sind: Die der Arbeiterklasse nämlich einen „leichten“ Kampf vorspiegeln, die die Aggressivität des Imperialismus bagatellisieren und die die Arbeiterklasse demgegenüber weder mit den politischen und ideologischen, noch mit den materiellen Waffen für die Besiegung des Imperialismus ausrüsten. Wären sie damit nur Selbstmörder, so könnte man sie bedauern; aber ihr Einfluß auf die Arbeiterklasse macht sie zu mehr: Zu Saboteuren an der Kraft der Arbeiterklasse, zu „nützlichen Idioten“ und zu Helfershelfern der Bourgeoisie.

Zur Konferenz der »kommunistischen und Arbeiterparteien Europas« in Berlin/DDR

Sie zogen nach Wolle aus, aber kamen geschoren heim

(aus AK 86, August 1976)

Nach fast dreijähriger (!) Vorbereitung ging am 29./30. Juni '76 in Berlin / DDR die Konferenz „Für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa“ über die Bühne. Dazu waren die Spitzenvertreter von 29 sogenannten „kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“, die annähernd 30 Millionen Parteimitglieder repräsentieren, angereist. In dieser illustren Gesellschaft fehlte mithin nur eine der revisionistischen europäischen Parteien, die „KP“ Islands.

Obwohl also nahezu alles, was in der Revisionisten-Szene Europas Rang und Namen hat, für zwei Tage in Berlin an einem Tisch versammelt war, stand diese Konferenz keineswegs im Zeichen der Einheit und Geschlossenheit, sondern brachte – wie keine vergleichbare Veranstaltung vor ihr – die auseinanderstrebenden Tendenzen und den Zerfall der revisionistischen Bewegung zum Ausdruck. Das als „Dokument der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien“ bezeichnete 48seitige Elaborat, das in zahllosen Sitzungen von einer „Redaktionskommission“ ausgearbeitet wurde, enthält den kleinsten „gemeinsamen Nenner“ der teilnehmenden Parteien und klammert alle Widersprüche zwischen ihnen aus. Dieses „Dokument“, das niemanden zu nichts verpflichtet, fehlende Überzeugungskraft durch endlose Wiederholungen, beschwörende Appelle und fromme Wünsche ersetzt, wurde durch die „Diskussionsbeiträge der Delegationsleiter auf der Berliner Konferenz nicht verändert, obwohl die Reden der Revisionistenhäuptlinge nicht nur zueinander, sondern auch zum Dokument unstimmig waren.

Der „sozial“chauvinistische Generalsekretär der italienischen „KP“, Enrico Berlinguer, sprach noch auf der Berliner Konferenz selbst dem „Dokument“ jeden praktischen Wert für seine Partei ab. Er stellte klar, daß es auf jeden Fall nicht einmal indirekt (!) den Anspruch (!!) erhebt, die volle Unabhängigkeit jeder Partei in ihrer inneren und internationalen Linie und ihrer politischen und theoretischen Arbeit zu beeinträchtigen (!!!)“ und er nannte es „natürlich“, daß der Inhalt des Dokuments ... nicht die spezifischen Positionen der

verschiedenen Parteien wider(spiegelt)“ (zit. nach „DVZ“ 8. Juli).

Während namentlich die Führer der KPDSU zum Abschluß der Berliner Tagung von nunmehr bevorstehenden „gemeinsamen kollektiven Aktionen“ zur Durchsetzung der „gemeinsam erarbeiteten Kampfziele“ sprachen (so Breschnew, lt. „FAZ“, 2.7.), behauptete Berlinguer, das Treffen habe „keiner Partei Direktiven oder Bindungen auferlegt“ (lt. „Die Tat“, 9.7.), und der französische Revisionistenchef, Marchais krönte seinen Auftritt in Berlin mit der vielbeachteten Feststellung, daß „Konferenzen wie die gegenwärtige ... nicht den Bedürfnissen der Epoche (entsprechen)“ (lt. „Vorwärts“, 8.7.).

In scheinbarem Widerspruch zu diesen unterschiedlichen Interpretationen steht es, wenn nach der Berliner Konferenz ausnahmslos alle revisionistischen Parteien die Veranstaltung bzw. deren Ergebnisse positiv bewerten: als „vollen Erfolg“ (PVAP Polen), als „Demonstration der Solidarität“ (SED), als „ein wichtiges Ereignis“ (J.B. Tito, Jugoslawiens Staatschef), als „einen großen Schritt vorwärts“ (Berlinguer) oder als „einen bedeutenden Fakt“ (Marchais) (Zitate nach „UZ“, vom 2./3. und 6.7.).

Tatsächlich können sowohl die Initiatoren des Berliner Schauturnens (die KPDSU-Führer) als auch die auf „Unabhängigkeit“ vom Kreml bedachten Parteichefs mit gewisser Berechtigung „Zufriedenheit“ äußern: Die ersteren, weil das Treffen überhaupt zustande kam und somit wenigstens optisch der Schein einer „Einheit zwischen den Bruderparteien“ erhalten blieb – und die letzteren, weil ihnen auf großer Bühne die Gelegenheit geboten wurde, ihren „eigenständigen“ Kurs der Anpassung an den Imperialismus bzw. die Bourgeoisie des eigenen Landes vorzutragen.

Ein Blick hinter die Kulissen des Berliner Theaters und eine nähere Prüfung des dort Gebotenen werden zeigen, daß die Zeichen in der revisionistischen Bewegung nicht auf „Einheit“, „internationale Solidarität“ und „gemeinsame Aktionen“ stehen, sondern daß im Gegenteil der Prozeß der Desintegration unaufhaltsam voranschreitet.

Mitte Oktober 1974 versammelten sich in Warschau die Vertreter der revisionistischen Parteien Europas zu einem sogenannten „Konsultativ-Treffen“. Dort wurde auf Vorschlag der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ (PVAP) und der „KP“ Italiens beschlossen, eine neue „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ für die erste Jahreshälfte 1975 nach Berlin/DDR einzubekommen.

Nach Meinung der KPDSU-Führung sollte die geplante Berliner Konferenz zwei „grundlegende Dokumente“ verabschieden; eins „von der Art einer politischen Deklaration... in der die Ergebnisse der Diskussion (!) zusammengefaßt und das Programm gemeinsamer Aktionen“ formuliert werden sollten (lt. „FAZ“, ebenda). Ein Weiteres sollte ein Kommuniqué sein, in dem die gemeinsamen Positionen und Lösungen der Konferenzteilnehmer zusammengefaßt werden sollten.

Die italienischen Revisionisten, die immerhin im Gegensatz zu den KPDSU-Führern offiziell zu den Mitinitiatoren des Warschauer „Konsultativtreffens“ gehörten, wollten von derartigen Festlegungen nichts wissen. Sie hielten das Warschauer Treffen überhaupt nur insofern für „notwendig und nutzbringend“, als „die kommunistischen Parteien unseres Kontinents ihre Meinung über die Möglichkeit einer gesamteuropäischen Konferenz austauschen“.

Auch das Berliner Konferenzprojekt sollte dem Meinungsaustausch darüber dienen, „wie neue Ziele der Entspannung ... und der Prozeß, der auf die Beseitigung der Blöcke gerichtet ist, einzuleiten sind“ (lt. „FAZ“, ebenda).

Während die Vertreter des jugoslawischen Revisionismus die Positionen der „KP“ Italiens unterstützten, sprachen die Führer der „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei“ im Sinne des KPDSU-„Vorschlages“ und betonten den „untrennbaren Zusammenhalt und die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen und internationalen Aufgaben unserer Parteien“ (lt. „FAZ“, ebenda).

Zusammengefaßt heißt das, daß unter den Teilnehmern des Warschauer „Konsultativtreffens“ Einigkeit nur darüber bestand, daß eine Konferenz in Berlin/DDR stattfinden sollte – aber daß es ganz unterschiedliche Auffassungen darüber gab, was das denn für eine Konferenz werden sollte. Während die von der KPDSU angeführte „Fraktion“ eindeutig darauf drangte, auf der geplanten Konferenz für alle Parteien verbindliche Beschlüsse („Aktionsprogramm“) zu fassen, wollten die in Opposition zur KPDSU stehenden Parteien (namentlich die Revisionisten Italiens, Jugoslawiens, Spaniens, Frankreichs und Rumaniens) nur an einem unverbindlichen Meinungsaustausch teilnehmen. Über diesen – im Grunde genommen unverständlichen – Widerspruch kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß sich die Revisionisten in Warschau schließlich auf das Konferenzthema: „Der Kampf für Frieden, Sicherheit und sozialen Fortschritt in Europa“ einigten.

Dummdreist versuchten namentlich die KPDSU- und SED-Führer in ihren Presseorganen glauben zu machen, daß das Warschauer Treffen im Zeichen der „Einheit“ gestanden habe und „im Geiste des proletarischen Internationalismus“ verlaufen sei: die zutage getretenen Widersprüche wurden nicht einmal erwähnt („Neues Deutschland“, vom 25.10.74). Engels hat diese Sorte von „Einigungsfanatikern“ einmal in einer bissigen Polemik als „die größten Krakeeler und Schurken“ bezeichnet. „die alles in einem bestimmten Brei zusammenrühren wollen, der sich bloß zu setzen braucht, um die Unterschiede in viel schärferem Gegensatz wieder herzustellen, weil sie sich dann in einem Topf befinden...“ (Briefe an A. Bebel, Moskau 1933, Bd. I, S. 93/94).

Bereits auf dem zweiten, für Dezember 1974 nach Budapest einberufenen „Konsultativtreffen“ prallten die Widersprüche hinsichtlich des Konferenzziels wesentlich schärfer aufeinander. Während die Vertreter der in Opposition zur KPDSU stehenden revisionistischen Parteien ausdrücklich gegen jede Form eines verbindlichen Aktionsprogramms Stellung nahmen, behauptete der Sprecher der sowjetischen Delegation Ponomarew, „...alle Bruderparteien seien sich darin einig, daß ein Programm gemeinsamer konkreter Aktionen, das sich auf eine kollektive Analyse der gegenwärtigen europäischen Situation stützen müsse, der Kern des Hauptdokuments der bevorstehenden Konferenz sein müsse“ (lt. „FAZ“, 29.6.76).

Ponomarew erhielt Schützenhilfe von dem SED-Delegierten Markowski, der in dem „Hauptdokument“ der Berliner Konferenz auf jeden Fall die „Bedeutung des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPDSU, seine praktische Umsetzung und inspirierende Wirkung“ gewürdigt wissen wollte (und zwar „gebührend“) – was nach seiner Vorstellung bedeutete, daß „man

auf keinen Fall außer Acht lassen (darf), daß die Stärkung der Verteidigungskraft (sprich: Aufrüstung, Anm. AK) der UdSSR und der Staaten des Warschauer Paktes maßgeblich dazu beigetragen hat, daß der Imperialismus auf die militärische Variante seiner aggressiven Konzeption verzichten (!) mußte und die Normen der friedlichen Koexistenz sich in zunehmendem Maße durchsetzen (!?)“ (lt. „FAZ“, ebenda).

Es war klar, daß auf der Basis der von KPDSU und SED entwickelten Vorstellungen keine Einigung erzielt werden konnte. Auch der Vorschlag der ungarischen „KP“, daß „alle Parteien...selbständig, auf der Grundlage ihrer eigenen Beschlüsse... aber geleitet von der Verantwortung für die gemeinsame Sache, teilnehmen werden“ (lt. „FAZ“, ebenda), vermochte die unterschiedlichen Positionen nicht „auf einen Nenner“ zu bringen. So wurde zum Abschluß des Budapest „Konsultativtreffens“ lediglich eine sogenannte „Redaktionskommission“ – bestehend aus Formulierungskünstlern und Spezialisten für faule Kompromisse – eingesetzt, die einen Dokumentenentwurf erarbeiten sollte.

Den tatsächlichen Verlauf und die dürftigen Ergebnisse des Budapest Treffens total auf den Kopf stellend, phantasierten sowohl das „Neue Deutschland“ als auch die „Prawda“ in gleichlautenden Artikeln: „Budapest wurde ein neuer, überzeugender Beweis dafür, daß die europäische kommunistische Bewegung einig und geschlossen ist...“ und „die politische Diskussion... habe die ‚umfassende Übereinstimmung‘ der Ansichten der kommunistischen Parteien Europas zu allen Grundproblemen und Aufgaben des Kampfes für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt auf dem Kontinent unterstrichen“ (zit. nach „FAZ“, ebenda).

Zu diesem verlogenen Jubelbericht kontrastiert in bemerkenswerter Weise, daß der ursprünglich für die Berliner Konferenz anberaumte Termin ohne Begründung verschoben wurde und die Strategen in der „Redaktionskommission“ zahllose Sitzungen und immerhin den Zeitraum vom Februar 1975 bis Juni 1976 brauchten, um ihre angeblich „umfassende Übereinstimmung“ als Dokumentenentwurf zu Papier zu bringen.

Hinter den Kulissen und neben der Bühne

Was sich dann von Anfang 1975 bis Mitte dieses Jahres in der Revisionisten-Szene Europas zugetragen hat, gibt mehr noch als die Berliner Konferenz selbst Aufschluß über den Zustand der sogenannten „kommunistischen und Arbeiterparteien“ und das Niveau der Beziehungen zwischen ihnen.

Zum einen war diese Zeit dadurch gekennzeichnet, daß namentlich die französischen, italienischen und

spanischen Revisionisten immer weiter auf bürgerliche, proimperialistische Positionen abdrifteten, die Restbestände revolutionärer Theorie aus ihren Programmen und Statuten tilgten und sich an der – von den Imperialisten aufgebauchten – Nebenfrage der bürgerlichen Opposition in den „sozialistischen Ländern“ von ihren dort herrschenden „Bruderparteien“ abzugrenzen versuchten (siehe hierzu auch den Artikel in AK 72/Januar 1976).

Zum anderen wurde vor diesem Hintergrund in Berlin/DDR die Komödie „Vorbereitungstreffen der Redaktionskommission“ gespielt und – unbeirrt vom tatsächlichen Gang der Dinge – nach den jeweiligen Zusammenkünften davon gesprochen, daß man „in einer Atmosphäre der brüderlichen Zusammenarbeit“ getagt und daß man „einen wichtigen Schritt vorwärts“ getan habe.

Tatsächlich hat sich – bis unmittelbar vor Beginn der Berliner Konferenz Ende Juni 1976! – nicht nur keine Annäherung der gegensätzlichen Ansichten hinsichtlich des Konferenzziels ergeben, sondern die Positionen haben sich zum Teil sogar noch verhärtet. Es ist charakteristisch für das gesamte revisionistische Konferenzprojekt, daß diese unbestreitbare Tatsache nicht ehrlich in den offiziellen Kommunikés der „Redaktionskommission“ zugegeben und erläutert wurde, sondern nur aus den Erklärungen einzelner Parteivertreter (abseits der Vorbereitungstreffen) öffentlich wurde.

Im folgenden wollen wir diese Auseinandersetzung „hinter den Kulissen und neben der Bühne“ dokumentieren und zeigen, wie sich in deren Verlauf eine Front gegen die Ansprüche der KPDSU-Führung organisierte und diese schließlich zum Nachgeben zwang:

– Im September 1975, also mehr als ein halbes Jahr nach der ersten Sitzung der „Redaktionskommission“, bezeichneten „K“PI-Offizielle die bis dahin vorgelegten Dokumentenentwürfe als „unannehmbar, und zwar nicht nur für die italienische Partei (!)“ (lt. „FAZ“, 29.6.76).

– Im November 1975, als der französische Revisionisten-Chef Marchais zu Beratungen mit Berlinguer nach Rom reiste, nannte es die französische „KP“, „völlig ausgeschlossen“, daß die geplante Konferenz über eine „gemeinsame Strategie“ entscheide (lt. „FAZ“, ebenda). Gemeinsamkeiten suchten und fanden demgegenüber offenbar Marchais und Berlinguer bei ihren zweiseitigen Beratungen: In einer gemeinsamen Erklärung vom 15. 11. 1975 machten sich beide Seiten stark für einen „demokratischen Sozialismus“, der durch „Parteienpluralismus“, „allgemeines Wahlrecht“ und „die freie Entfaltung und den demokratischen Wechsel von Mehrheit und Minderheit“ gekennzeichnet sein sollte. Die imperialistische EG wurde nicht in Frage gestellt, sondern die Revisionistenführer forderten deren „Demokratisierung“ (lt. „FR“, 20.11. und „Le Monde“,

19.11.75). – Nach Marchais' Rückkehr aus Rom intensivierte die „KP“ Frankreichs demonstrativ ihre Kritik-Kampagne gegen die Behandlung der „Opposition“ in der Sowjetunion – was seinen vorläufigen Höhepunkt darin fand, daß Marchais selbst es ablehnte, zum KPDSU-Parteitag nach Moskau zu fahren und zur Begründung dazu im französischen Fernsehen erklärte: „Wir haben mit unseren sowjetischen Freunden augenblicklich Differenzen über den demokratischen Sozialismus, und es ist daher besser, wenn ich jetzt nicht nach Moskau reise“ (zitiert nach „Welt“, 14.6.76).

– Im Dezember 1975 meldete sich Rumäniens Parteichef Ceausescu – ebenfalls außerhalb der Berliner Vorbereitungstreffen – zu Wort und gab der bürgerlichen „Süddeutschen Zeitung“ zu Protokoll, daß die geplante Konferenz „nicht die Annahme von bindenden Beschlüssen für die Parteien vorschlagen (darf). Sie soll vielmehr einen freien Meinungsaustausch im Geiste eines gegenseitigen Respekts und der Achtung erbringen“ (20./21.12. 1975).

– Für Anfang Mai 1976 war die „Redaktionskommission“ abermals nach Berlin einberufen worden. Während das offizielle Kommuniqué wieder den üblichen Schmus enthielt, enthüllte der Vertreter der jugoslawischen Revisionisten, A. Grljickov, gegenüber der Nachrichtenagentur seines Landes, „Tanjug“, daß „trotz der erneuten Bemühungen... keine Einigung erzielt werden (konnte)“. Dies gelte „vor allem für Fragen von prinzipieller und grundlegender Bedeutung“. Grljickov, der keine näheren inhaltlichen Angaben zu den Differenzen machte, äußerte die Ansicht, daß noch „ernste Arbeit und Bemühungen“ notwendig seien, um die ohnehin nur „begrenzten Ziele“ der geplanten Konferenz zu erreichen („Tanjug“, 12.5.76).

– Deutlicher als der „Diplomat“ Grljickov wurde ein Sprecher des B„K“J in Radio Zagreb am 15. Mai 1976 (wir zitieren das im folgenden so ausführlich, weil die Revisionisten damit selbst die ganze Verlogenheit ihres „Einheits“geschwätzes und den Wert ihrer offiziellen Kommunikés entlarven!). Es hieß da:

„Viele Parteien, einschließlich des BKJ, stellen sich entschieden gegen jegliche Art verpflichtender Zusammenarbeit (!)... wie auch gegen jegliche Institutionalisierung der beratenden Treffen, auf denen die politische Generallinie für alle Parteien festgelegt werden würde“.

Mit Entschiedenheit wandte sich der Sprecher gegen die offenbar in Berlin vorgeschlagene „Fortführung der geplanten Konferenz ... mittels vorbereitender Treffen – oder gar die Verwandlung der geplanten Konferenz in eine Einleitung zu irgendwelchen Formen der Manifestation“. Er berichtete von dem Antrag und verwahrte sich zugleich dagegen, „daß die Haltung gegenüber der KPDSU das Kriterium für die Loyalität gegenüber dem Marxismus-Leninismus und dem proletarischen Inter-

nationalismus war, ist und bleibt (!)“.

Den KPDSU-Führern wird explizit der Vorwurf gemacht, „sich niemals von dieser Interpretation des proletarischen Internationalismus losgesagt“ zu haben und damit einen „Stolperstein für die Zusammenarbeit der kommunistischen Parteien“ gelegt zu haben. Den KPDSU-Führern wird – und das ist die Spitze in dieser Polemik – das Bestreben nachgesagt, andere „sozialistische Länder und kommunistische Parteien“, „u n t e r j o c h e n“ zu wollen.

Der B„K“J-Sprecher schloß seinen Beitrag mit der Feststellung, daß die grundlegenden Differenzen „während der Vorbereitung zur Konferenz der europäischen Parteien stets (!) sichtbar (?) geblieben (sind). Viele davon bestehen weiterhin (!), und das ist der Hauptgrund dafür, warum es noch immer nicht mit Sicherheit bekannt ist, wann die Konferenz abgehalten wird (!), und ob alle Parteien daran teilnehmen werden“.

– Am 26. Mai 1976 kommen die jugoslawischen Revisionisten in Radio Zagreb sogar zu der Vermutung, „als ob im Verlauf der Vorbereitungen (zur Berliner Konferenz, Anm. AK) die Differenzen noch schärfer zur Geltung“ gekommen wären. Und der Kommentator ging so weit, zu empfehlen, „die italienischen Vorschläge, man möge die Konferenz bis Herbst verschieben (!!), ohne weiteres anzunehmen“ (Milika Subdic, in Radio Zagreb, zit. nach „Monitor Dienst“).

Zumindest zu diesem Zeitpunkt war absolut klar und wurde auch öffentlich (wenn auch „neben der Bühne“), daß die Vorbereitungsarbeiten zur Berliner Konferenz in einer Krise steckten und diese selbst in Frage stand. Die in Opposition zur KPDSU stehenden Parteien versicherten sich deshalb noch einmal ab Mitte Mai 1976 in zweiseitigen Gesprächen und auf gemeinsamen Meetings, daß sie nicht bereit wären, von ihren Vorstellungen hinsichtlich des Konferenzcharakters und -ziels (unverbindlicher „Meinungsaustausch“) abzugehen: Eine Delegation der italienischen „KP“ hielt sich unter anderem zu diesem Zweck für drei Tage bei ihrer spanischen „Bruderpartei“ in Madrid auf (Mitte Mai). Spaniens „KP“ Chef Carillo war anschließend Gast von Jugoslawiens Staatschef Tito (19./20. Mai) und flog von dort zu zweitägigen Beratungen in die rumänische Hauptstadt („FAZ“, 24.5.76). Am 3. Juni trafen sich Marchais und Berlinguer in Paris und bekundeten auf einer Massenkundgebung von 100.000 Menschen noch einmal ihren „unabhängigen Weg“ zu dem, was sie „demokratischen Sozialismus“ nennen („die tat“, 11.6.76).

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang das „Kommuniqué“, das zum Abschluß von Carillos Besuch in Belgrad veröffentlicht wurde: Neben den üblichen Bekenntnissen zur „Unabhängigkeit und Gleichberechtigung“ der verschiedenen Parteien, wurde es für notwendig ge-

halten, sich „gegen Bestrebungen zum Wiederaufbau oder dem Bestehen (!!) internationaler Führungszentren in jedweder Form, gegen Einmischung in das innere Leben einzelner Parteien...sowie gegen die Verurteilung anderer Parteien auf internationalen Treffen“ auszusprechen (zit. nach „Monitor Dienst“).

Daß die spanischen und jugoslawischen Revisionisten hier nicht von eigenen „Bestrebungen“, sondern von Dritten (vor allem der KPDSU-Führung) sprechen, liegt ja wohl auf der Hand!

Für die Strategen im Kreml schien nunmehr ein Einlenken angezeigt und Eile geboten, zumal die nächste Sitzung der „Redaktionskommission“ für den 8. Juni ff. nach Berlin/DDR einberufen war. Breschnew schickte also Anfang Juni den ZK-Sekretär Katuschew zu „langen und offenen“ Gesprächen (so das Kommuniqué, lt. „Welt“, 8.6.76) nach Belgrad, um Tito eine „persönliche Botschaft“ des KPDSU-Generalsekretärs zu überbringen und mit den jugoslawischen Revisionisten-Führern eine „Kompromiß“formel in der strittigen Konferenzfrage auszuhandeln.

Nachdem Katuschew Jugoslawien wieder verlassen hatte, schien sich der düstere Himmel wieder aufgehellt zu haben. Ohne irgendwas zu erklären, wurde jedenfalls in der jugoslawischen Zeitung „Politika“ plötzlich behauptet, daß sich bei der sowjetischen Seite eine „immer agilere (!) und sogar tolerantere ... Beteiligung“ an der Auseinandersetzung um den „proletarischen Internationalismus“ eingestellt habe (zitiert nach „FAZ“, 15.6.76).

Tatsächlich hat die KPDSU-Führung darauf verzichtet, an ihrer Forderung, die geplante Konferenz solle ein „Aktionsprogramm“ beschließen, festzuhalten.

Damit war – nach einer weiteren Serie von zweiseitigen Konsultationen zwischen den jugoslawischen, italienischen, spanischen und anderen Revisionisten (lt. „SZ“ und „FAZ“ vom 9.6.76) – der Weg frei für die Berliner Konferenz, die von der „Redaktionskommission“ für den 29. und 30. Juni einberufen wurde.

Euro-Revisionismus im Dienst der Reaktion

(aus AK 103, April 1977)

„Als angeblich „undogmatische“ und „antistalinistische“ Alternative erfreut sich der vor allem von der italienischen „KP“ (PCI) repräsentierte „Euro-Kommunismus“ bei manchen oberflächlichen Betrachtern oder bei bewußten Propagandisten der Bourgeoisie einiger Beliebtheit.

Was es damit auf sich hat, zeigt die Praxis der italienischen Klassenkämpfe: Nicht nur ist die PCI die Partei des „historischen Kompromisses“ (d.h. derzeit vor allem Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse), sondern sie ist auch eine Vorkämpferin bei der polizeistatlichen Unterdrückung der revolutionären Linken und bei der Rechtfertigung der Faschisierung von Staat und Gesellschaft in Italien.

Die besondere Rolle der PCI liegt darin, daß sie diese Politik in der Arbeiterklasse hinein durchsetzt, daß sie die Spaltung zwischen der Arbeiterklasse einerseits und den Kämpfen der revoltierenden Jugendlichen (Studenten, Arbeitslose, Jungarbeiter) andererseits betreibt. Die PCI, gemeinsam mit der Gewerkschaftsführung, kann sich dabei auf ihre immer noch weitgehend unangefochtene Vorherrschaft in der Arbeiterbewegung stützen, und dabei sogar mit gewissem Erfolg wesentliche Kampftraditionen der italienischen Arbeiterklasse (nämlich den Antifaschismus) in ihr genaues Gegenteil verkehren.

Ähnlich wie hierzulande die DKP, nur in noch größerem Ausmaß, geht die PCI dabei so vor, daß sie die revolutionäre Linke und andere kämpfende Teile des Volkes, speziell der Jugendlichen, zu Konterrevolutionären, Reaktionären, Faschisten, zumindest aber Provokateuren erklärt. Zugute kommen den Revisionisten dabei mitunter sektiererische und teilweise auch arbeiterteindliche Handlungen und Vorstellungen unter Teilen der revoltierenden Jugendlichen, die wiederum von der PCI ganz systematisch genährt und provoziert werden. Betrachtet man die wahnwitzige Hetze der PCI- und Gewerkschaftsführer z.B. gegen die Kämpfe der Studenten, so ist es kein Wunder, daß es bei einzelnen Teilen der Bewegung auch zu Stimmungen kommt, die z.T. die Form des Antikommunismus annehmen, daß es gelegentlich auch Angriffe einzelner für die Gesamtheit durchaus nicht repräsentativer Stu-

dentengruppen gegen PCI-Leute gibt usw. — was dann von den Revisionisten sofort benutzt wird, um Arbeiter von der Partei- und Gewerkschaftsbasis „zum Schutz der Partei“ an die Unis zu kommandieren und Schlägereien zu provozieren, die die vorhandenen Spaltungen vertiefen und zementieren sollen.

Der Schürung der Spaltung dient es z.B., wenn der PCI-Senator Pecchioli nach der kaltblütigen Ermordung des Genossen Lorusso (Lotta Continua) durch einen Bullen dem Ermordeten selbst die Schuld gab, da er sich „bei einer zerstörerischen Bande befand“.

„Wenn bewaffnete Banden, die nichts mit der Studentenbewegung zu tun haben, darangehen zu verwüsten, zu plündern und zu töten (!), ist es die Pflicht der für die Verteidigung der demokratischen Ordnung zuständigen Kräfte, einzugreifen, um vorzubeugen und das zu unterdrücken“ (nach „Lotta Continua“, 15.3.).

Als bei einem anderen Vorfall ein Polizist von „Stadtguerillas“ erschossen wurde, verbreitete die PCI-Zeitung „l'Unità“ die ungeheuerliche Lüge, eine dabeigewesene Frau habe einen „Ausweis von Lotta Continua“ in der Tasche gehabt.

In ähnlich zusammengebrannter Weise hetzen PCI und FGCI (Jugendorganisation der PCI) z.B. in einem in Padua verteilten Flugblatt gegen „die Autonomisten, Lotta Continua und die anderen Gruppen der Stadtguerilla ...“, die die P 38 (eine Pistole — Anm.AK), Brandflaschen und Schleudern als politischen Kampf benutzen“ (nach LC, 22.3.).

Es ist nur konsequent, wenn namhafte PCI-Führer sich auch zu Propagandisten der staatlichen Repression machen — ja, teilweise sogar zu „Kritikern“ der Andreotti-Regierung von rechts. PCI-Senator Pecchioli, der eine spezielle Vorliebe für die Aufgabenbereiche eines heimlichen Innenministers hat, ist der Urheber der Ordnungsparole von der „Schließung der Höhlen“ (gemeint sind die linken Organisationen und ihre Einrichtungen), die sehr schnell bei der gesamten Reaktion Anklang fand.

Ein „Kollege“ von Pecchioli, ZK-Mitglied Paolo Bufalini, ereiferte sich nach den Demonstrationen von Bologna und Rom sogar: „Es ist son-

derbar und beunruhigend, daß die für die öffentliche Ordnung zuständigen Kräfte und Autoritäten des Staates und die diversen Sicherheitsdienste kein Licht in diese trübe, zerstörerische Spur bringen, nicht die Zentren davon identifizieren, nicht wenigstens schon die Hand auf einen Teil der Organisatoren und Ausführenden gelegt haben“ (nach „La Repubblica“, 15.3.).

In dieser Richtung versucht die PCI auch direkt Teile der Arbeiterklasse gegen die revolutionäre Linke mobilzumachen — offenbar nach dem Vorbild de Gaulles, der dies nach dem französischen Mai '68 mit dem Kleinbürgertum (!) vorexerziert hat: Für den 16.3. riefen die Gewerkschaftsführungen und alle Parteien des „Verfassungslagers“ (von PCI bis DC) zu einer gemeinsamen Großkundgebung „zur Verteidigung der Institutionen gegen die Gewalt“ in Bologna auf. Hatte die Gewerkschaftsführung wochen- und monatelang sich jeder Forderung nach einem Generalstreik gegen die Regierung entgegengestemmt, so war sie jetzt umso eifriger bemüht, in der gesamten Emilia-Romagna (Region um Bologna) einen „ansehnlichen“ Generalstreik für die Regierung zustandebringen. Nach Angaben von „l'Unità“ nahmen dabei an der Großkundgebung über 200000 Menschen teil; nach den etwas „bescheideneren“ Angaben des „Corriere della Sera“ waren es immerhin 150000 (LC machte keine Zahlenangaben darüber ...).

Es ist nicht zu verleugnen, daß die Teilnehmer dieser Kundgebung in ihrer überwiegenden Masse Arbeiter waren (obwohl DC usw. offiziell „Mitveranstalter“ waren und auch ein DC-Vertreter auf der Kundgebung sprach, hatten tatsächlich „nur“ die PCI und Gewerkschaftsführungen dazu mobilisiert, Busse organisiert usw.). PCI-Bürgermeister Zangheri widmete seine ganze Rede ausschließlich der Heiligsprechung der bestehenden bürgerlichen „Ordnung“ und der Zurückweisung jeder Opposition ihr gegenüber. Kostproben:

„Wir sind integrierter Teil des demokratischen Staates, der im Widerstand geboren wurde, und in dem in diesen 30 Jahren die Kraft der Arbeiter gewachsen ist; und dieser Staat hat die Pflicht, sich zu verteidigen, wenn er auf gewaltsame und verbre-

cherische Weise angegriffen wird.“

„Skrupellose Individuen haben sich in Bewegung gesetzt; sie rühren sich schon seit einiger Zeit, um im Trüben zu fischen. Das begann mit isolierten, verbrecherischen Unternehmungen, deren Charakter wir nicht rechtzeitig verstanden hatten, und die wir zu Unrecht nicht gleich zerschlagen haben; das fing an mit Fälschungen und Beschimpfungen, mit Akten offener Intoleranz, denen gegenüber wir den Irrtum begangen haben, uns nicht gleich drastisch dagegen gewandt zu haben. Zentralen wurden aufgebaut, Kommunikationsmittel wurden hergerichtet, Pläne wurden ausgearbeitet. Wir verlangen, daß in all diese Sachen Licht reingetragen wird, über die wirkliche Identität dieser geschworenen Feinde der demokratischen Bewegung, über ihre Verbindungen nach außen; wir verlangen von der Polizei und Justiz eine schnelle, klare und vollständige Gerechtigkeit“ (nach „l'Unità“, 17.3.).

Allein die Tatsache, daß die PCI Zehntausenden von Arbeitern der „roten Emilia“ ein derart pfaffenhaft-reaktionäres Zeug als „Antifaschismus“ vorsetzen kann, und dafür keinen massiven Protest, sondern sogar noch ziemlichen Applaus erntet, ist ein ernstes Warnsignal (LC notierte sogar einen „Applausdonner“).

Die Opposition gegen das „Verfassungslager“ hatte die PCI mit einem Ordnerdienst aus „mindestens 80 Reihen“ („Corriere della Sera“) außerhalb des Platzes verbannt: rund 10000 Studenten und Schüler, die der Gegenmobilisierung der revolutionären Linken gefolgt waren und gegen die Verweigerung des Rede-rechts für den Bruder des erschossenen Genossen Lorusso protestierten. Lotta Continua schreibt allerdings, daß die am Ende der Kundgebung von der revolutionären Linke durchgeführte (illegale) Demonstration durch die weiterhin unter Polizeibewachung stehende Stadt auf 30000 anwuchs. Zweifelloso würde sich damit ein „kleiner Erfolg“ der von der revolutionären Linken vor und in

zahlreichen Betrieben durchgeführten Gegeninformation und -Agitation anzeigen (an der Demonstration unmittelbar nach der Erschießung des Genossen beteiligten sich lt. LC 15000, an dem Schweigemarsch bei seiner Beerdigung 10000); die ideologische Mauer, die die PCI in der Arbeiterklasse gegen die Jugendrevolte aufbauen konnte, läßt sich nach dem Ablauf dieser Großkundgebung dennoch nicht unterschätzen.

Die PCI hat mit ihrer demagogischen Formel, daß „die Studenten gegen die Errungenschaften der Arbeiterklasse revoltieren“ (dieses Grundmuster geht auch aus der zitierten Rede des PCI-Bürgermeisters von Bologna hervor), eine Spaltung provoziert, die tatsächlich vorhandene Krisenängste in der Arbeiter-schaft in die Befürchtung umlenkt, daß durch politische „Unordnung“ eine noch größere wirtschaftliche Misere im Land hervorgerufen würde und dies (was eben unter kapitalistischen Bedingungen auch „logisch“ ist) zu Lasten der Arbeiterfamilien geht.

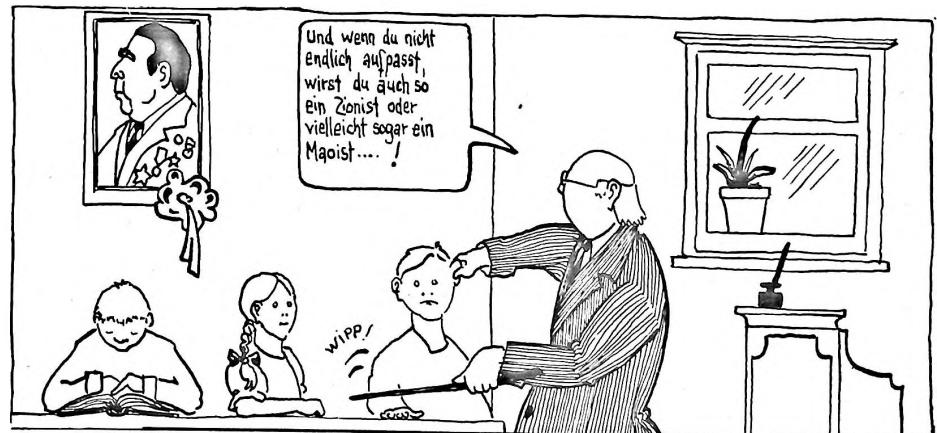
Das Verbrecherische dieser PCI-Politik liegt darin, daß sie diese „Logik“ der kapitalistischen Krisenentwicklung nicht anzutasten bereit ist, daß sie die Arbeiterbewegung sogar in dieser „Logik“ bestärkt, ihr letztlich **E n t h a l t s a m k e i t** im Klassenkampf predigt und keinerlei politische Mobilisierung gegen das DC-Regime und den von ihm repräsentierten bürgerlichen Staat mehr unternimmt, sondern im Gegenteil den verstärkten Ausbau und Einsatz des Polizeistaates gegen die nicht angepaßten Teile des Volkes fordert.

Im ZK der PCI hat sich über diese Punkte auf einer Tagung Mitte März allerdings eine kleine Kontroverse entsponnen. Während die rechten PCI-Fürsten wie Amendola, Bufalini und Pecchioli nicht genug an Haß gegen die revolutionäre Linke und Lob auf die bestehende Ordnung ausspukeln können, die Regierung zu „Antifaschisten“ und die Revolutionäre zu „Faschisten“ umzuwerten versuchen, „warnte“ z.B. Lombardo Radice da-

vor, daß man „nicht alle“ Linksradi-kalen als „Faschisten“ abstempeln dürfe (nach LC, 17.3.). Und Luporini wagte sogar, eine geradezu sensationelle „differenzierte“ Haltung zum Staatsapparat vorzutragen: „Wir dürfen unsere Verteidigung der demokratischen Institutionen nicht mit einer Verteidigung der traditionellen repressiven Formen der herrschenden Klassen verwechseln“ (LC, 18.3.). Hintergrund dieser Kontroverse (immerhin...!) ist vor allem, daß die PCI und ihre Jugendorganisation FGCI unter den Jugendlichen tatsächlich einiges Terrain verloren haben. FGCI-Sekretär Massimo D'Alema hat darüber auch ausführlich auf der ZK-Tagung referieren dürfen und gewisse „Einsichten“ bei einigen ZK-Herren erweckt, die natürlich auch Sorgen haben, daß ihr Nachwuchs-Garten durch zu ungeschicktes Herumgehölze ernsthaft Schaden nehmen könnte. Wenn da gegebenenfalls in der Jugendbewegung jetzt die Tonleiter der PCI-Politik nun gestimmt wird (in dem Sinne etwa, daß nicht nur gegen die „Provokateure“ gehetzt wird, sondern auch mal die eine oder andere gesellschaftliche Ursache des miserablen Lebens der Jugendlichen attackiert wird), dann wird man das allerdings nicht mit einem Kurswechsel der PCI identifizieren dürfen. Im Gegenteil:

Der bleibt volle Fahrt voraus in Richtung Regierungshafen, festgetakelt am Heck des christdemokratischen Kriegsschiffes.

Die PCI, die sich gern die offenbar als besonders schöpferisch empfundene Bezeichnung „gleichzeitig Regierungs- und Kampfpartei“ umhängt, hat in der Praxis ihren seit 1973 angepeilten „Historischen Kompromiss“ mit dem DC-Regime schon längst geschlossen, o h n e dafür bislang auch nur eine einzige „Entlohnung“ in Form von Regierungsposten (auf nationaler Ebene) erhalten zu haben, ohne auch nur einen einzigen bedeutenden Teil ihres reformistischen Projekts dem Regime zur Verpflichtung zu machen.



Die Arbeiterklasse wird die Erpressungspolitik nicht hinnehmen

Die für die Revisionisten heute weitgehend noch positive Situation, einerseits zwar einen gewissen Einflußverlust unter den Jugendlichen (und auch unter den Frauen und Arbeitslosen) hinzunehmen, andererseits aber ihre politische Kontrolle der Arbeiterbewegung noch ziemlich unbeschädigt aufrechterhalten zu können, ist aber kein Faustpfand auf die Zukunft des Reformismus. Die PCI stellt sich mit ihrer Unterwerfung unter die repressive Krisenpolitik der Bourgeoisie selbst in ein auf die Dauer nicht haltbares Dilemma: Die Andreotti-Regierung will die „öffentliche Ordnung“ (die Verhinderung politischer „Unordnung“), um umso besser und widerstandloser das wirtschaftliche Elend der Arbeiterklasse und damit die Profite der Bourgeoisie und des internationalen Imperialismus vergrößern zu können. Die PCI aber ist auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Arbeiterklasse angewiesen, weil das auf längere Sicht die einzige Existenzsicherung des Reformismus wäre. Ein langfristig auswegloses Dilemma ist das gerade deswegen, weil die politische Seilbruderschaft, die die PCI so mit der DC eingeht, ihr zwangsläufig selbst die Mittel aus der Hand schlägt, etwas an den wirtschaftlichen Erpressungen der Bourgeoisie und ihres Regimes gegenüber der Arbeiterklasse zu ändern. Mehr noch: die PCI muß in dieser „Logik“ notgedrungen auch die wirtschaftlichen Erpressungen mehr und mehr akzeptieren und verteidigen, weil sie den politischen Rahmen dieser Erpressungen akzeptiert und verteidigt. Sie wird einerseits weiterhin mit gewissen „Änderungsvorschlägen“ und Reformen der Erpressung auftreten müssen, wenn sie ihre eigene Basis in der Arbeiterklasse nicht selbst unterminieren will; und sie wird andererseits nur halbherzig die Mobilisierung der Arbeiter betreiben können, wenn sie nicht ihren „Historischen Kompromiß“ mit der DC gefährden will – aber beides zusammen geht nur bis zu einem gewissen Punkt.

Die Radikalisierung der Jugendlichen in den letzten Wochen und Monaten ist aus der Erfahrung und der Einsicht heraus gewachsen, daß die herrschenden Verhältnisse einer immer größeren Zahl von Jugendlichen keine andere Perspektive mehr lassen, als die des „Lebens“, ohne wirklich leben zu können, oder die der Revolte. Allein die Tatsache, daß in Italien die Arbeitslosenquote unter den Jugendlichen heute bei 20 % liegt, beleuchtet deren elendes Dasein bereits genug. Und es ist kein Zufall, daß namentlich diejenigen Teile der italienischen Arbeiterklasse, deren skrupellose Ausplünderung und Diskriminierung der Jugendlichen am ähnlichsten ist, (Frauen, Arbeitslose),

auch am ehesten bereit sind, sich dieser Revolte anzuschließen oder ihr zumindest mit starker Sympathie gegenüberzustehen.

Die wirtschaftliche Misere wird sich in naher Zeit für immer größere Teile der italienischen Arbeiterklasse verschärfen; etliche neue Belastungen der Arbeiterfamilien waren bereits lange von der Regierung angekündigt. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat einen Kredit über 530 Mio. DM an die italienische Regierung gerade in diesen Tagen mit im wesentlichen genau dem Bündel von Erpressungsmaßnahmen verbunden, die die Andreotti-Regierung selbst bereits ausgearbeitet hatte. Neben einer Reduzierung der öffentlichen Ausgaben (die öffentlichen Haushalte in Italien haben mittlerweile ein Defizit von insgesamt 15.000 Milliarden Lire „angesammelt“, nach heutigem Kurs sind das etwa 40 Milliarden DM), fordert der IWF vor allem, daß die „Arbeitskosten“ (d.h. die Löhne) drastisch kurzgehalten werden (maximal 16 % „Steigerung“ – bei 28 % Inflation!). Erreicht werden soll das durch eine weitgehende Aufhebung der automatischen Lohnausgleichungsklauseln an die Inflation (scala mobile) und durch eine Blockierung der betrieblichen Verträge („reguläre“ Tarifverträge sind in Italien nur alle drei Jahre). In der Mailänder Region wurden in diesem Sinne bereits (wo diese Pläne noch gar nicht „offiziell“ waren) in 400 Betrieben die Betriebsvereinbarungen ausgesetzt. Die Großbetriebe Fiat, Alfa und Olivetti weigern sich zu verhandeln („LC“, 20./21.3.). Angesichts stärker werdender Kampfforderungen in den Betrieben hatte die Gewerkschaftsführung schließlich am 18.3. zu einem Generalstreik in ganz Italien aufgerufen, mit Ausnahme der Region um Rom (Lazio), wo dieser erst am 23.3. stattfand.

An diesem Generalstreik (wobei die Gewerkschaftsführung diesen Begriff „General...“ meist noch vermied) am 18.3. beteiligten sich rund 10 Millionen; in Lazio fünf Tage später noch mal 1,5 Millionen.

Die größten Kundgebungen während des Streiks fanden in Rom und Mailand statt (je etwa 100.000), außerdem 40.000 in Neapel, 20 bis 30.000 in Turin und Florenz, 20.000 in Mestre/Venedig, sowie eine Reihe weiterer Kundgebungen in anderen Städten.

Als besondere positive Aspekte zählt LC auf, daß in

- Florenz, Perugia und Varese eine Schweigeminute für den Genossen Lorusso abgehalten werden konnte;
- In Florenz, Neapel, Catania, Pisa, Pavia, Varese, Siracusa, Perugia, Venedig, Lucca u.a. trotz Zensurversuchen Studentenvertreter hätten sprechen können;
- in Genua, Bari, Neapel und Mailand Arbeiter zu autonomen Kundgebungen mitgezogen seien, wobei in Mailand die abziehende Demonstration im wesentlichen ein Arbeiterzug gewesen sei.

Daß in den Betrieben jetzt weitere Kampfkaktionen vorbereitet werden,

ist wahrscheinlich: Am 30.3. stimmten die Gewerkschaftsführungen in Verhandlungen mit der Regierung und Telefonabsprachen mit dem IWF in den USA der Durchlöcherung der scala mobile (rückwirkend ab Februar!) zu und verbürgten sich dafür, die Löhne bis Ende 1977 zu stoppen. Bei der Abstimmung über die Liquidierung der scala mobile im Parlament machte die PCI, was sie meistens als verdeckte Form der Regierungsunterstützung macht: Sie enthielt sich der Stimme. Am darauffolgenden Tag druckte Lotta Continua eine Resolution ab, die bereits von 94 Fabrikräten in Mailand, zahlreichen Delegierten aus insgesamt 140 Betrieben und den betrieblichen Gewerkschaftsvertretungen von 50 Betrieben unterzeichnet war. Aus anderen Regionen wurden bereits in ähnlicher Weise Resolutionen bekannt. In der Mailänder Resolution heißt es u.a., daß die Zustimmung der Gewerkschaftsführungen zum Angriff auf die scala mobile gegen den ausdrücklichen Willen der nationalen Versammlungen vom Januar in Rom verstößt, daß dies eine weitere Preisgabe der gewerkschaftlichen Autonomie und Demokratie ist. Es wird die schnellstmögliche Einberufung einer neuen nationalen Delegiertenversammlung und die sofortige Einstellung der Treffen zwischen Gewerkschaft und Regierung gefordert.

Santiago Carrillo:

Kniefall vor der Monarchie

(aus AK 104, Mai 1977)

Auf der ersten erweiterten Sitzung des Zentralkomitees der spanischen revisionistischen KP (PCE) nach der gerade erfolgten Legalisierung der Partei, vollzog die PCE unter der Führung des Eurokommunisten-Häuptlings Santiago Carrillo eine nochmalige scharfe Rechtswendung ihrer gesamten Politik.

Die ZK-Tagung war sicher nicht zufällig auf den 14./15. April gelegt worden: Der 14. April war der 46. Jahrestag der Ausrufung der 2. spanischen Republik, an dem rund 150 Menschen im ganzen Land wegen Verteilung republikanischer Propaganda und bei Demonstrationsversuchen verhaftet wurden. Drei Mitglieder der (nach wie vor nicht legalisierten) ORT wurden wegen Teilnahme an einem Büchertisch am Jahrestag der Republik ins Gefängnis geworfen, angeklagt des „Verbrechens gegen die Staatsform“, worauf zwölf bis 20 Jahre Haft stehen („was tun“, 28.4.77).

Am 15. April hatten die „Confederacion Comisiones Obreras“, die UGT und USO zu einem Kampftag für Gewerkschaftsfreiheit, Tarifautonomie und Mindestlöhne aufgerufen, an dem sich einige hunderttausend Arbeiter beteiligten.

An eben diesen Tagen verkündete die PCE ihre provokatorischen Thesen, in denen sie ihre Rolle als staatstragende Partei mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck brachte.

Santiago Carrillo faßte dies gegenüber der Presse folgendermaßen zusammen:

Seiner Meinung nach bedeutet die Legalisierung der PCE zwar noch nicht den „demokratischen Bruch“ (er forderte in diesem Zusammenhang auch die Legalisierung aller Parteien und Organisationen, die sie beantragt haben, also der revolutionären Linken), jedoch „eine bedeutende Änderung der gesamten politischen Situation in Spanien“. „Diese Änderung bedeutet die Einbeziehung der PCE in das nationale (!) Leben mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten (!). Und diese Änderung hat uns nach langen Überlegungen dazu gebracht, unsere Haltung gegenüber den Symbolen und Sinnbildern des Staates, der uns anerkennt, zu überdenken. Und da sie diesen Staat, der uns anerkennt, repräsentiert, haben wir beschlossen, die Fahne des spanischen Staates, die

zweifarbige Fahne heute hier im Versammlungsraum des Zentralkomitees an die Seite der Fahne unserer Partei zu stellen, die rot ist und bleiben wird (?) mit Hammer und Sichel. In der Zukunft wird auf allen Parteiveranstaltungen neben unserer Fahne die Fahne mit den offiziellen Staatsfarben vorhanden sein“ („Mundo Obrero“, 20.4.77).

Nun ist die gelb-rote Fahne des spanischen Staates wie kaum eine andere Nationalfahne ein Inbegriff des Franco-Faschismus gewesen, der errichtet wurde auf mehr als einer Million Leichen von Demokraten und Kommunisten der Republik im spanischen Bürgerkrieg (1936 bis 39).

Die gelb-rote Fahne ist der Inbegriff von 40 Jahren Folter, Gefängnis und Mord an spanischen Antifaschisten, das Symbol von Guardia-Civil-Terror sowie zugleich der Ausdruck der Unterdrückung der spanischen Nationalitäten unter die Knote des zentralisierten Polizei- und Unterdrückungsapparates von Madrid.

Für Carrillo ist sie heute jedoch „die Fahne aller Spanier, unabhängig von ihren politischen Ideen“. Offenbar will Carrillo deutliche Zeichen setzen und nimmt auch einigen Widerstand der PCE-Basis, bzw. der regionalen PCE-Organisation in Kauf, die angesichts dieses ZK-Beschlusses recht „verwirrt“ sind. 20 mittlere Funktionäre, langjährige Mitglieder der katalanischen PC (PSUC), die sich als „katalanische nationale Partei“ versteht, meinten, daß die Partebasis diesen Beschluß nicht akzeptieren wird („El Pais“, 20.4.77). Ein Mitglied der PSUC äußerte: „Keine demokratische katalanische Partei stellt die spanische Fahne bei ihren Versammlungen auf. Wenn die PSUC es tut, wird sie allein bleiben, ohne Mitglieder und ohne Sympathisanten“ („El Pais“, 20.4.77).

Die katalanische PSUC ist übrigens wie alle anderen linken nationalistischen Organisationen noch nicht legalisiert. Wenn sie die ZK-Beschlüsse akzeptiert, wird es dann wohl auch nicht mehr viel an ihr zu legalisieren geben – auch eine Art der Liquidierung abweichender Meinungen innerhalb der PCE... Im Baskenland wird die PCE jetzt wohl vollends unterdrückt sein. Dort haben in den vergangenen Monaten ganze Städte und Dörfer für das Hissen der baskischen

Fahne (ikurrina auf den Rathäusern gekämpft!

Und falls die PCE es mit dem Aufstellen der spanischen Nationalfahne in den Regionen nicht schafft, alle Anhänger der nationalen Autonomie zu vergraulen, dann schafft sie es bestimmt mit einigen weiteren Zitaten von Carrillo: „Spanien ist eine historische Realität, die wir immer verteidigen haben und immer verteidigen werden und bei Aufrechterhaltung der Vielfalt (der bunten Trachten? – AK) der verschiedenen Völker Spaniens, sind wir überzeugt, daß wir energische und weitblickende Verteidiger unseres gemeinsamen Vaterlandes sind“ („Mundo Obrero“, 20.4.77). Wenn das Aufstellen der Faschistenfahne auch der bisher provokatorischste Ausdruck der Versöhnung der spanischen PCE-Führung mit den alten Machthabern ist, so bilden die politischen Leitlinien dieser ZK-Tagung doch die eigentliche Grundlage dazu.

Carrillo kam in seiner Erklärung der ZK-Beschlüsse zur Feststellung, daß die Monarchie fortschreitend die demokratischen Freiheiten wiederherstelle, und da dies nach Carrillo so sei, könnten „unsere Partei und die demokratischen Kräfte die Monarchie als ein konstitutionelles und demokratisches Regime betrachten (...) Es ist wahr, und die ganze Welt weiß es, daß wir die Republik verteidigen haben und daß die Ideen unserer Partei republikanisch sind, aber heute besteht die Wahl nicht zwischen Monarchie oder Republik, sondern zwischen Diktatur und Demokratie“ („Mundo Obrero“, 20.4.77). Als wenn die Monarchie nicht die Fortsetzung der Diktatur wäre. Carrillo kann nur auf die Vergeblichkeit der Menschen spekulieren.

„Konstitutionelle Monarchie“ – das klingt wie „England“ oder „Belgien“... Warum also nicht? Der kleine Unterschied zu Spanien besteht nur darin, daß z.B. die englische Monarchie rein repräsentative Funktion hat und keine politischen Entscheidungen treffen kann, während der spanische König mit sämtlichen Vollmachten des Despoten Franco ausgestattet ist. Er ist z.B. oberster Armeechef, „er wacht über die öffentliche Ordnung im Innern und die Sicherheit des Staates nach außen; in seinem Namen wird Recht gesprochen; er hat das Recht des Gnadenlasses; er

verteilt in Übereinstimmung mit den Gesetzen (Francos – versteht sich – AK) Posten, öffentliche Ämter und Ehren...“ (Art. 6 des Staatsgesetzes). Er kann also wie ein Herrscher des absolutistischen Zeitalters regieren. Vor allen Dingen ist der „idiotische König“ (pelele), der von Franco erzogen und eingesetzt wurde, ein Ausdruck der Kontinuität des Franco-Regimes und macht diesem Auftrag alle Ehre. Immerhin hatte die PCE noch 1974, im Programm der „Demokratischen Junta“ sowohl die Einsetzung einer Provisorischen Regierung gefordert, die dem Volk alle Freiheiten zurückgibt, sowie eine Volksabstimmung über die Staatsform gefordert. Heute jedoch ist für sie diese Monarchie selbst schon die Garantin der Demokratie und insofern auch nicht mehr durch Volksabstimmung infrage zu stellen.

So hat sich die spanische Monarchie durch die Legalisierung der PCE, für die hunderttausende spanische Demokraten mitgekämpft haben, in Gestalt des Santiago Carrillo wahrhaftig nicht mehr als einen brauchbaren Hofnarren eingekauft.

Auch die neue Verfassung stellt kein Problem für Carrillo dar. Der „konstitutionelle Pakt“ wird in dem am 15. Juni zu wählenden Parlament

ausgehandelt – wenn sich die Mehrheit der Abgeordneten dazu findet... Die Rechte (von Fragas „Volksallianz“ bis zum „Demokratischen Zentrum“, für das Ministerpräsident Suarez kandidiert) wird mit absoluter Sicherheit eine ebenso absolute Mehrheit in diesem Gremium haben und kann Bisheriges ungebrochen fortsetzen.

Aber wie sonst sollte Carrillo seine Politik der „Mäßigung“ erklären, als mit immer neuen Illusionen und Versprechen auf Veränderungen von oben?

Einen unbestreitbaren Höhepunkt der Thesen der „königlichen Kommunistischen Partei“ Spaniens stellen allerdings ihre Wahlaussagen bezüglich der „Nationalen Verteidigung und der Öffentlichen Ordnung“ (Ziffer XVII) dar:

„Modernisierung der Streitkräfte, um ihre höchstmögliche berufliche Qualifikation zu erreichen; Entwicklung einer nationalen militärischen Technologie und Industrie; Vergütungen, die eine volle und würdige Hingabe ermöglichen; engere Gestaltung der Beziehung Militär – Volk. All das, um die besten Bedingungen zur Verteidigung der Souveränität und des Staatsgebietes zu garantieren, im Falle, daß dies bedroht ist. Die PCE

tritt für eine demokratische Politik der öffentlichen Ordnung ein und wird die Bürgerrechte und ökonomischen Rechte derjenigen verteidigen, die die Einheiten mit dieser Funktion bilden.“ („Mundo Obrero“, 20.4.77 – der erste Teil ist von „MO“ selbst zusammengefaßt).

Diese Haltung zu Spaniens faschistischen Streitkräften und Bürgerkriegspolizei läßt Schlimmes befürchten, sollte die PCE jemals in die reale Machtstellung ihrer italienischen Schwesterpartei kommen, die auf dem Gebiet der unmittelbaren Repression in den von ihr regierten Städten gegen spontane Bewegungen ja schon einiges vorgemacht hat. Doch angesichts der spanischen Verhältnisse ist die italienische Perspektive der „Mitregierung“ erstmal ein ferner Wunschtraum, oder wie es die Genossen von der spanischen revolutionären Organisation MC ausdrücken:

„Zweifelloso gibt es einige, die denken, daß die Kommunistische Partei sich mit einem Schafspelz zu bedecken versucht, um den Reformworts zu täuschen. Wir hingegen meinen, wenn die PCE den Schafspelz ablegt, wird nichts weiter als ein gehäutetes Schaf zum Vorschein kommen.“ („Servir al pueblo“, 2. Maihälfte 77).

derung nach einem anderen sozialen Leben, alte und immer gültige Befreiungsideale – es muß wirklich um etwas SEHR NEUES gehen, das Berlinguer verkündet. (Geschmacklos Spötter und Zyniker, falls sie doch noch weitergelesen haben sollten, könnten vielleicht meinen, bei etwas derart NEUEM könne es sich nur um „die Revolution“ handeln – aber die irren sich gewaltig!). Jedenfalls wird die ganze schwerwiegende Bedeutung dessen, was dort unter der italienischen Sonne heranreift und „machbar“ ist, erst an der anerkanntswert selbstkritischen Bemerkung Berlinguers ersatzbar, daß es beim Anpacken DIESES NEUEM bislang „Unzulänglichkeiten und Unentschlossenheit in der Arbeiterbewegung und auch unserer Partei“ gegeben hat.

Also geht es doch um die Revolution? Nein, nein! Wir wollen die Geduld unserer Leser aber auch nicht länger strapazieren und das Geheimnis lüften: Berlinguer spricht von der „Austerität“ – was bei uns schlicht-germanisch Sparpolitik genannt wird...! Um dem Leser die Mühe zu ersparen, obige Zitate Berlinguers unter Einsetzung dieses Lösungswortes noch einmal zu studieren, und um die ganze konkrete Dimension seiner revolutionierenden Gedankengänge aufzuzeigen, wollen wir einen längeren Auszug bringen. Originalton-Berlinguer:

„Für uns ist die Austerität ein Mittel, um die Wurzeln des Übels anzugehen und die Voraussetzungen zu schaffen für die Beseitigung eines Systems, das nicht in eine konjunkturelle, sondern in eine tiefe strukturelle Krise geraten ist. Die Hauptmerkmale dieses Systems sind Verschwendung und Vergeudung, es stellt die höchste Stufe von entsetztem Partikularismus, Individualismus und des sinnlosesten Konsumgebarens (!) dar. Austerität

hingegen bedeutet Strenge (!), Leistung (!), Ernsthaftigkeit und in erster Linie Gerechtigkeit; ... wir müssen die Illusion aufgeben, daß es möglich ist, die Entwicklung aufrechtzuerhalten, die auf der künstlichen Expansion des individuellen Konsums basiert, der die Ursache (!) für Vergeudung, Parasitentum, Privilegien, Verschwendung der Ressourcen und finanzielle Mißwirtschaft ist. ... Die Austeritätspolitik ist tatsächlich durch Mangel an Tatkraft, Mut und Ausdauer unwirksam. Beispielsweise war man bis jetzt nicht imstande, die notwendige öffentliche Meinung (!) und die notwendige Massenbewegung (!) gegen die Verschwendung zu erreichen. Gegen die direkte Verschwendung, die immer noch enorm ist (man nehme nur den Energiebereich oder die Organisation des Gesundheitswesens) und gegen die indirekte Verschwendung auf breiter Basis, die auf die Nachlässigkeit der Betriebe, der Schulen und der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen ist; ... Es gibt eine ganze Skala, wie man gegen die Verschwendungen vorgehen und für Sparmaßnahmen in allen Bereichen eintreten kann, was jedoch den Impuls, die Leitung und das dauernde Engagement einer Regierung erfordert, die tatsächlich in der Lage ist, das heutzutage unerlässliche politische und moralische Ansehen zu verkörpern. ... Vor allem die fehlenden Perspektiven einer Austeritätspolitik, die die Regierung bisher gefordert und realisiert hatte, sind offensichtlich und von großem Nachteil. In diesem Punkt unterscheiden wir uns am stärksten (!) von den Vertretern der Regierung und den herrschenden Gruppen in der Wirtschaft. Sie alle haben im Grunde genommen resigniert, d.h. ihr Bewußtsein steht genau im Gegensatz zu dem, was nötig wäre, um die überzeugende Zustimmung des Volkes zu gewissen

notwendigen Opfern (!) zu erhalten.“ (Entnommen ist dies den „Schlußbetrachtungen auf der Konferenz der Intellektuellen“, Januar 1977, Rom; auf deutsch veröffentlicht in „Sozialismus für Italien“, Seite 209 bis 221, herausgegeben vom VSA.)

Zur ausdrücklichen Klarstellung zu diesen Ausführungen wollen wir noch ergänzen, daß Berlinguer nirgendwo dort von einer „Verschwendung“ beispielsweise bei den Ausgaben für Militär, Polizei, Geheimdienste usw. spricht. Ebenso wenig ist beispielsweise explizit die Rede davon, daß den Kapitalisten zu viel Geld in den Taschen geschmissen würde und man dort „sparen“ müsse. Austerität, Sparpolitik: damit meint Berlinguer unmißverständlich „gewisse notwendige Opfer“ des Volkes, also der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen usw. Und seine „Kritik“ am christdemokratischen Regime ist gerade, daß es dabei einen „Mangel an Tatkraft, Mut und Ausdauer“ an den Tag legen würde.

Berlinguers Rede ist ein „Wink mit dem Zaunpfahl“ an den Imperialismus, insbesondere an den westdeutschen Imperialismus. Ihr habt kritisiert – sagt Berlinguer – „daß Italien über seine Verhältnisse lebt, daß es den Gürtel enger schnallen muß. Begreift doch endlich, daß das italienische Volk, die italienischen Arbeiter, solange mißtrauisch gegenüber Sparpolitik und Opfern sind, wie diese von einer christdemokratischen Regierung gepredigt und verordnet werden. Wir haben im Grunde doch das gleiche Wirtschaftsprogramm – und den Vorteil, daß wir in den Augen der italienischen Arbeiterklasse i h r e Partei sind, daß uns daher weniger Widerstand entgegengesetzt wird, wenn wir es sind, die als Regierung Opfer vom Volk verlangen. Habt ihr vergessen,

»Gürtel enger schnallen« statt Sozialismus —

Die »höhere Gesellschaft« des Herrn Berlinguer

(aus AK 106, Juni 1977)

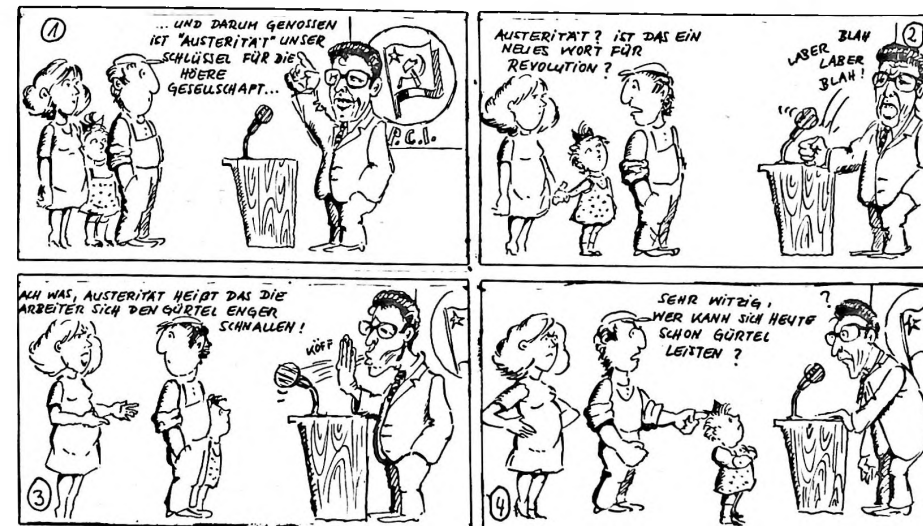
Der Generalsekretär der italienischen „KP“, Enrico Berlinguer, hat Anfang dieses Jahres auf eine „Gelegenheit zur revolutionären Erneuerung“ hingewiesen, die wir bei aller Aufmerksamkeit gegenüber den bedeutungsvollen Hinweisen dieses großen und weitsichtigen Mannes bislang leider viel zu wenig in unserer Presse gewürdigt haben. Der Leser wird vielleicht gleich wissen wollen, worum es geht? Nicht so ungeduldig! Es ist bekannt, daß vielen Lesern gerade unserer Presse eine allzu plumpe Wißbegier eigen ist, die sich am liebsten mit kurzgriffigen, wenig auf analytische und – ja! – philosophische Auskostung bedachten „Erläuterungen“ ab- und zufrieden gibt. Da wird gleich skeptisch die Stirn gerunzelt – möglicherweise tun das einige ganz besonders verbohrte (in Dogmen und Prinzipien verbohrte!) Leser schon, wenn sie den Namen Berlinguer hören, nur weil sie meinen, das sei in Italien ein ähnlich klingender Name wie hierzu-

lande Schmidt oder Brandt. Wenn jemand also nicht die Andacht und die Toleranz haben sollte, mal unvoreingenommen neue, undogmatische Überlegungen anzuhören, die nicht immer – das geben wir zu – mit den herkömmlichen Gedanken des Marxismus übereinstimmen mögen, dann soll er lieber das Lesen dieses Artikels bleiben lassen.

Es geht in der Tat um etwas „Neues“, das Enrico Berlinguer „zur revolutionären Erneuerung Italiens“ vorzubringen hat; um etwas, „das unter der Haut der Geschichte jedoch vorhanden ist, das also reif, notwendig und daher machbar ist“ – nennen wir es vorläufig, um der prozessualen Entwicklung dieser philosophischen Entdeckung nicht in die Speichen zu greifen, einfach weiterhin „Das Neue“. Berlinguers Entdeckung: „In der Tat glaube ich, daß wir heutzutage nur dann wirklich und effektiv für eine höhere Gesellschaft kämpfen können, wenn wir die dringende Notwendigkeit

DIESES NEUEM erkennen.“ „Für uns ist DIESES NEUE ein Mittel, um die Wurzeln des Übels anzugehen und die Voraussetzungen zu schaffen für die Beseitigung eines Systems, das nicht in eine konjunkturelle, sondern in eine tiefe strukturelle Krise geraten ist.“ „Weit davon entfernt, den Interessen der herrschenden Gruppen oder den Bedingungen für ein Überleben des Kapitalismus Vorschub zu leisten, kann DIESES NEUE eine Entscheidung mit fortentwickeltem, konkretem Klassegehalt sein; es kann und muß eine Möglichkeit für die Arbeiterbewegung sein, ihre Forderungen nach einem anderen sozialen Leben zu artikulieren und in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation für ihre alten und immer gültigen Befreiungsideale zu kämpfen“.

Für eine höhere Gesellschaft kämpfen, die Wurzeln des Übels angehen, Beseitigung des Systems, For-



wie es 1966/67 in der Bundesrepublik war? Habt ihr vergessen, daß die westdeutsche Sozialdemokratie damals der bessere Garant war, um die Krise für die westdeutsche Bourgeoisie zu bereinigen? Und daß all die „Reformen“, die die Bundesrepublik heute so stabil machen, nicht nur die wirtschaftlichen Rationalisierungen, sondern auch die politischen „Reformen“ wie die Notstandsgesetze, die Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus usw., gerade dank der Regierungsbeteiligung bzw. Regierungsführung durch die Sozialdemokratie so glatt über die Bühne gelaufen sind? Daß wir von Sozialismus reden (gelegentlich ja auch nur!), daß wir von einer Beseitigung des Systems sprechen (des Systems der zu geringen Stabilität der italienischen Wirtschaft natürlich!) — das müßt ihr doch gerade in diesem Zusammenhang verstehen, daß damit

die Durchsetzung der „notwendigen Opfer“ für das Volk eine mit den eigenen Wünschen übereinstimmende Perspektive bekommt. Klappern gehört zum Geschäft; und in Wirklichkeit ist, wie ihr endlich glauben könnt, „unser Plan ... kein Programm des Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft“ (Originalton Berlinguer, a.a.O., Seite 217/218).

Wir wünschen dem „Genossen“ Berlinguer in Rom, daß der „Genosse“ Schmidt in Bonn seine Rede ausführlich gelesen hat und seine in der Tat unsinnigen Bedenken gegen die italienischen „Eurosparer“ endlich aufgibt. Die PCI in der Regierung, das würde auch sicher dazu beitragen, daß die hiesigen Bewunderer Berlinguers und Co., wie sie sich beim VSA-Verlag, im „Extradienst“, in den Reihen des SB, bei Teilen der SPD, „Linken“ (bis hin zu Karsten Voigt) usw. angesammelt haben, eher

gezwungen wären, eindeutig Farbe zu bekennen, statt mit Verdrehungen und Auslassungen eine betrügerische Schönfärberei zu betreiben. Und daß die italienische Arbeiterklasse auf längere (!) Sicht den korrupten, auf Sanierung des italienischen Kapitalismus abzielenden Plänen der PCI folgen wird, das wollen wir nicht so unbedingt als bare Münze nehmen. „Unter der Haut der Geschichte“ kann das auch umgekehrt sehr bald zur erfreulichen und nachhaltigen Diskreditierung und zum Bankrott des italienischen „Reformismus“ führen.

„Nur ein Narr kann glauben, daß die SPD beliebig mit Prinzipien der Arbeiterbewegung umspringen kann, ohne dafür bezahlen zu müssen“, versucht Jochen Steffen („das da“, 6/77) seine eigene Partei zu belehren. Das gilt sinngemäß zweifellos auch für die PCI!

Parteitag wurden konsequent weitere Konzessionen an die bürgerliche Staatsmacht gemacht. Es wurde offiziell die Abkehr von der Diktatur des Proletariats verkündet. Dieser Begriff schmeckte (Miyamoto zufolge) „zu sehr nach gewaltsamer Revolution in spezifisch russischer Situation sowie auch nach den Unterdrückungsregimen von Hitler und Mussolini sowie nach japanischem Militarismus (!!!)“ („NZZ“, 4.8.76). Mit dieser übelsten Form der Demagogie und Hetze (rechts gleich links) haben sich die japanischen Revisionisten endgültig in die Reihe der Bourgeoisie eingefügt und sind der Arbeiterklasse in den Rücken gefallen. Gleichzeitig wandte man sich nun auch offiziell und aus-

drücklich vom Marxismus-Leninismus ab und setzte dafür den „objektiver klingenden, aber parteioffiziell als damit identisch bezeichneten Begriff „wissenschaftlicher Sozialismus“ („NZZ“, 4.8.76) ins Parteiprogramm ein. Schließlich wurde auf demselben Parteitag in einer schon lange vorbereiteten „Deklaration über Freiheit und Demokratie“ ein Bekenntnis zum Parteienpluralismus, zur „Freiheit“ von Presse, Rede, Religion und Kunst sowie natürlich zum Privateigentum kleiner und mittlerer Unternehmer abgelegt.

Daß die JCP den Weg des „Eurokommunismus“ eingeschlagen hat, ist eindeutig. Hierzu hat es in den ver-

gangenen Monaten zahlreiche Treffen und gemeinsame Erklärungen mit den Revisionisten Italiens, Frankreichs und Spaniens gegeben. Der Weg, den die JCP jetzt beschreitet, hat eine lange Geschichte. Die chauvinistische Politik „für Japan“ wurde von der JCP-Führung bereits Anfang des vergangenen Jahres deutlicher formuliert. Um eine stärkere Annäherung an die konservativen Oppositionsparteien Komeito und DSP zu erreichen hatte die JCP kurz vor den Unterhauswahlen im Dezember 1976 von ihrer Hauptforderung nach der sofortigen Auflösung des imperialistischen japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages Abstand genommen.

Die KP Japans geht immer weiter nach rechts

(aus AK 106, Juni 1977)

Kurz vor den bevorstehenden Oberhauswahlen hat die revisionistische KP Japans (JCP) wieder einen Schlenker nach rechts gemacht. Am 25.5. 1977 forderte ihr Vorsitzender Kenji Miyamoto auf einer Pressekonferenz die sofortige Rückgabe der Insel Habomai und Shikotan von der Sowjetunion. Diese Inseln sind zwei der vier südlichen Kuril-Inseln an der nördlichsten Spitze Japans, die seit Kriegsende von der Sowjetunion besetzt gehalten werden. Bis vor kurzem hatte die JCP den Standpunkt vertreten, daß die Rückgabe aller Kuril-Inseln erst nach Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion und dem Abbruch des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages erfolgen sollte. — Dieser Militärrpakt bildet die rechtliche Grundlage für die über 150 US-Stützpunkte in Japan. — Allerdings hatte bereits Ende April dieses Jahres JCP-Generalsekretär Tetsuzo Fuwa der rechtskonservativen Regierungspartei (LDP) vorgeschlagen, daß sie die Nichtigkeit eines Artikels im Friedensvertrag von San Francisco (September 1951) erklären sollte, in dem der Verzicht Japans auf die Kuril-Inseln festgelegt ist.

In der bürgerlichen Presse Japans wird dieser Schritt der Revisionisten als ein wahltaktisches Manöver qualifiziert. Denn aufgrund der Erweite-

rung der Fischereizone durch die Sowjetunion auf 200 Seemeilen und der gleichzeitigen Einbeziehung der Fischereigewässer um die unstrittenen Kuril-Inseln hat es in Japan insbesondere unter den Fischern eine breite Welle der Empörung gegen die Sowjetunion gegeben. Um zu vermeiden, daß diese anti-sovietische Haltung sich auf das Wahlabschneiden der JCP auswirkt, habe sich die JCP gegen Moskau stark gemacht („Asahi Evening News“, 28.5.77). Sicherlich wollen die Revisionisten ihr Image aufpolieren. Andererseits muß im Auge behalten werden, daß die wesentliche Forderung nach einer Aufhebung des Militärpaktes mit dem US-Imperialismus überhaupt nicht mehr in diesem Zusammenhang erwähnt wird. Somit stellt sich die JCP auf eine Ebene mit der LDP-Regierung. Miyamoto maß sich sogar an zu behaupten, daß die Rückgabeforderung in dieser Form gestellt worden sei „unter Erwägung sozialistischer Zielvorstellungen und der Förderung des Friedens in Asien im allgemeinen und der vertrauensvollen Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion insbesondere“ (SWB).

Diese Politik der JCP ist keine Einzelerscheinung, die nur in Verbindung mit der Wahlkampagne gesehen werden kann. Schon im Jahre 1950, als die JCP-Führung durch die ameri-

kanische Besatzungsmächte gesäubert wurde, stellte die JCP ihre Politik auf eine Strategie der „weichen Linie“ um. Indem sie den Begriff des gewaltsamen Umsturzes aus ihrem Parteiprogramm herausstrich, erhob sie nicht mehr den Anspruch, eine revolutionäre Partei zu sein. Sie wählte vielmehr - trotz massiver Proteste und sogar bewaffneter Kämpfe - den reformistischen Weg. So ist es eines der Hauptziele der JCP, eine „demokratische Transformation“ anzustreben, nämlich in Form einer Koalitionsregierung mit „demokratischen“ Kräften („Japan Times Weekly“, 17.4.76), d.h. mit den bürgerlichen Oppositionsparteien der Sozialisten (JSP), der Komeito und der demokratischen Sozialisten (DSP). Nach den Vorstellungen der JCP ist eine solche Demokratische Koalitionsregierung (DKR) „ein Kabinett, das aus einer Einheitsfront der reformistischen Kräfte Japans“ herausgebildet wird. ... ihr Ziel ist es, die gesamte Politik zu reformieren, d.h. zu demokratisieren. Jedoch ist die DKR keinesfalls eine revolutionär-sozialistische Regierung, die auf die Errichtung des Sozialismus in Japan hinarbeitet“ (M.Pohl, Die kommunistische Partei Japans, S. 290f). Das wurde auf dem XII. außerordentlichen Parteitag der JCP im November 1973 verkündet.

Auf dem XIII. außerordentlichen

KPdSU gegen Euros

(1. Teil)

(aus AK 107, Juni 1977)

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß Carillos Interpretation des „Eurokommunismus“ allein mit den Interessen des Imperialismus, den Kräften der Aggression und Reaktion übereinstimmt.“ — Mit dieser Stellungnahme in der „Nowoje Wremja“ (Neue Zeit) vom 23. Juni ist erstmals von sowjetischer Seite ein offener Angriff auf die spanische „KP“ und den „Eurokommunismus“ insgesamt erfolgt. Die Stellungnahme kann als quasi offiziell gelten, da die „Nowoje Wremja“ faktisch ein Sprachrohr des sowjetischen Außenministeriums ist. Die unvermutete Schärfe dieser Stellungnahme („Bannstrahl“), auch wenn die spanische, französische und italienische „KP“ noch verhältnismäßig zurückhaltend darauf reagiert, läßt die von uns bereits seit längerem angedeutete und im letzten AK nochmals ausdrücklich vorausgesagte Spaltung der revisionistischen Weltbewegung schlagartig zur unübersehbaren und unwiderrufbaren Tatsache werden. Dieses Datum wird ähnlich in die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung eingehen wie der Beginn der öffentlichen Polemik zwischen der VR China und der UdSSR 1963 — wenn auch in anderem Sinn. Eine Versöhnung zwischen dem sogenannten „realen Sozialismus“ und dem „Eurokommunismus“, die namentlich nach der Berliner Konferenz der europäischen „KP“ im letzten Jahr verschiedentlich noch prophezeit wurde, ist damit endgültig in den Bereich des politischen Fabulantentums verwiesen worden — vor allem ist aber das Geschwätz der Revisionisten selbst über die angeblich unverbrüchliche Einheit und Geschlossenheit ihres „Lagers“ damit als Roßfäsur entlarvt.

Der Artikel der „Nowoje Wremja“ erschien als Rezension von Carillos Buch „Eurokommunismus und der Staat“, das im April veröffentlicht wurde und im August auch in deutscher Sprache vorliegen soll. Der Vorwurf gegen Carillo, auf den kürzesten Nenner gebracht, lautet: „eskalierender Antisowjetismus“. Carillo habe in seinem Buch z.B. die „verleumderische Behauptung“ aufgestellt, die Sowjetunion sei für das Wettstreiten verantwortlich und verfolge Großmacht-Ziele. In diesem Zusammenhang wirft „Nowoje Wremja“ Carillo auch vor, daß er sich für den Eintritt Spaniens in die NATO aus-

gesprochen habe, „deren Hauptzweck es ist, einen Krieg gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder vorzubereiten.“ Der „Eurokommunismus“ sei irrig, weil er die Möglichkeit einer „besonderen Art von Kommunismus“ unterstelle; es gebe aber nur „einen Kommunismus“. In die Praxis umgesetzt, würden Carillos Ansichten zur Spaltung der „internationalen kommunistischen Bewegung“ und damit zu jenem Ziel führen, „das die reaktionären, imperialistischen Kräfte angestrebt haben.“ ... Es muß gesagt werden, daß die Idee einer Teilung der europä-

schen kommunistischen Bewegung, die Idee, sie zu spalten, dem Herzen Carillos offensichtlich sehr nahe steht“ (Zitate nach „FR“, „FAZ“ und „SZ“ vom 24.6.77).

„Die Spaltungs-Strategie des Imperialismus wurde auf der Konferenz der kommunistischen Parteien in Berlin verurteilt... Leider treten in den Reihen der Kommunisten selbst Personen auf, die sich Positionen zu eigen machen, die den Prinzipien der internationalistischen Solidarität zuwiderlaufen; schlagendes Beispiel dafür ist Carillo und sein Buch.“ — „Der Eurokommunismus ist engstens verbunden mit dem Antisowjetismus von Carillo, der im Wachsen ist, und der es sich erlaubt, sogar Argumente vorzubringen, zu denen nicht einmal die reaktionären Publizisten greifen.“ (lt. „il manifesto“, 24.6.).

„Die Absage an die internationalistischen Positionen und an die eigenen Prinzipien wegen eines zeitweiligen taktischen Vorteils, eine offenbar unfreundliche Position gegenüber dem ersten sozialistischen Staat der Welt sind ein guter Dienst für den Klassengegner, der seine antisowjetischen Aktivitäten aktiv international abstimmt“ (lt. „UZ“, 25.6.).

Auffällig ist an diesen Vorwürfen, soweit sie hier bislang bekannt wurden, daß sie sich letztlich auf einen einzigen Punkt reduzieren: den des „Antisowjetismus“. Carillos Befürwortung der NATO und der EG wird ausschließlich unter dem Gesichtspunkt angegrif-

fen, daß sie Instrumente des Imperialismus gegen die Sowjetunion sind; nicht dagegen in ihrer Rolle als Instrumente des Imperialismus gegen die „Dritte Welt“ oder gegen die Arbeiterklassen in den imperialistischen Ländern selbst. Anders gesagt: „Nowoje Wremja“ greift nicht das Arrangement der „Eurokommunisten“ mit der eigenen Bourgeoisie gegen die eigene Arbeiterklasse an, die Kollaboration im Klassenkampf (siehe z.B. die zustimmende Haltung der spanischen „KP“ zur Monarchie oder der italienischen „KP“ zur Sparpolitik und Repression!), sondern Zielscheibe dieser Angriffe ist allein die Kritik des „Eurokommunismus“ an der Sowjetunion und an der von der „KPD/SU“ beanspruchten Führungsrolle innerhalb des revisionistischen Lagers. Denn tatsächlich ist es ja so, daß die „KPD/SU“-Führung selbst dem Imperialismus (NATO, EG usw.) heute mehr „Einsichtlichkeit“, „Entspannungsbereitschaft“, „Friedensliebe“ usw. andichtet, als aggressive Absichten. Tatsächlich ist jeder Vorwurf an die Adresse der „Eurokommunisten“ über „Zusammenarbeit mit der NATO“ aus dem Munde Breschnevs von vornherein eine Verlogenheit und dreiste Ablenkung vom eigenen Paktieren mit dem Imperialismus.

Bislang ist der „Eurokommunismus“ von der „KPD/SU“ und den bedingungslos im Schlepptau ziehenden anderen revisionistischen Parteien in der Öffentlichkeit quasi als nicht existent abgehandelt worden. Die DKP hat ihn, um der breiten öffentlichen Diskussion darum zu entchlupfen, kürzlich noch schlichtweg als „vom Imperialismus erfunden“ bezeichnet (siehe EK 106, S. 45). Einen gewissen realen Kern hat das nur insofern, als der Begriff ursprünglich den Hirnen bürgerlicher Journalisten entstammt und die angesprochenen Parteien ihn selbst nur zögernd (und meist heute auch noch in Anführungszeichen) übernommen haben. Santiago Carrillo, dessen neuestes Buch jetzt den Titel „Eurokommunismus und der Staat“ trägt, hatte noch auf der Berliner „KP“-Konferenz im Juni 1976 folgendes dazu erklärt: „In letzter Zeit wurde in uns fernstehenden Kreisen von 'Eurokommunismus' gesprochen. Der Terminus ist sehr unglücklich gewählt; es gibt keinen Eurokommunismus, weil nichteuropäische kommunistische Parteien, wie die japanische Partei, nicht unter diesen Begriff eingeordnet werden können. Jedoch ist offensichtlich, daß wir, die kommunistischen Parteien der entwickelten oder hochentwickelten kapitalistischen Länder, einer besonderen Problematik gegenüberstehen. Spezifische Forderungen der Entwicklung des Klassenkampfes in unserem Raum führen uns auf Wege und zu Formen des Sozialismus, die nicht genau die gleichen sein werden wie in anderen Ländern“ (Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas, Dokumente und Reden; Berlin, Juni 1976; S. 124/125 — im folgenden

zitiert als: Berliner Konferenz). Ähnlich äußerte sich auch der italienische „KP“-Chef Berlinguer, daß einige „KP"s, wobei er neben der eigenen sowie der französischen und spanischen auch die Großbritannien nannte, „Ausarbeitungen und Untersuchungen neuen Typs“ gemacht hätten, „denen einige den Namen „Eurokommunismus“ gegeben haben. Diese Bezeichnung ist natürlich nicht von uns geprägt worden, aber die Tatsache ihrer weiten Verbreitung ist bezeichnend dafür, wie tief und breit das Bestreben ist, in den Ländern Westeuropas Lösungen neuen Typs bei der Umwandlung der Gesellschaft in sozialistischem Sinn durchzusetzen und voranzutreiben“ (ebenda, S. 229).

Die als „eurokommunistisch“ bezeichneten Parteien beharren also seit längerer Zeit darauf, daß ihr „Sozialismus“ sich von dem bislang existierenden sogenannten „realen Sozialismus“ unterscheidet; und daß sie unabhängig und Autonomie ihrer Parteien von denjenigen beanspruchen, die bereits Regierungsparteien „finus“ unterscheiden; und daß sie Unabhängigkeit und Autonomie ihrer Parteien von denjenigen beanspruchen, die bereits Regierungsparteien sind, vor allem der „KPD/SU“. Demgegenüber drückte sich die „führende Kraft“ der revisionistischen Bewegung, die KPD/SU, bislang um Stellungnahmen und eine Auseinandersetzung herum. Mit ersten kritischen Worten zu „Eurokommunismus“ aus dem revisionistischen Lager selbst wurden andere Parteien „vorgeschickt“. Die „Rude Pravo“, Organ der tschechoslowakischen „KP“, bezeichnete das Streben nach Autonomie als „nicht nur schädlich, sondern gefährlich“ („WELT“, 23.6.77) — wobei eine solche „Belehrung“ gerade aus der CSSR sicher sehr eindrucksvoll wirken muß. Die ungarische Parteizeitschrift „Társadalmi Szemle“ beschuldigte die „Eurokommunisten“ schon direkter, „die Einheit der revolutionären Kräfte zu zerschlagen“ („Spiegel“, 21/77).

Berliner Konferenz 1976 — die „Einheit“ trägt

Für die Öffentlichkeit verkleistert wurden die sich entwickelnden Differenzen innerhalb des revisionistischen Lagers in großem Stil noch einmal durch die bereits erwähnte Berliner Konferenz von 29 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas (incl. SU). Die Vorbereitungsarbeiten bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Dokuments hatten ungewöhnlich lange gedauert, was in der bürgerlichen Tagespresse bereits Spekulationen über ein bevorstehendes Zerwürfnis oder gar Nicht-Zustandekommen der Konferenz gewertet wurde. Insbesondere ging es bei diesen Vorbereitungsarbeiten darum, daß die „KPD/SU“ ihren Führungsanspruch gegenüber den anderen „KP"s dokumentarisch bestätigt haben wollte, während die „eurokommunistischen“ Parteien die Unabhängigkeit jeder „KP“ festgelegt wissen

wollten. Nach außen hin wurde diese Konferenz schließlich als „Beweis der Einheit“ und „Erfolg“ gefeiert — wobei jede Seite das nach eigenem Geschmack interpretierte. Besonders die nicht zur „Eurokommunisten“-Fraktion zählenden Parteien versuchten die bestehenden Differenzen nachträglich mit allerlei Phrasen zu kaschieren. In einem gemeinsamen Artikel triumphierten beispielsweise Vertreter der „KP“ Dänemarks (Nörlund), Irlands (Sinclair), Bulgariens (Stanislaw) und Griechenlands (Venetsanopoulos), daß „die reaktionäre Verleumdung wie Rauch zerstoße“. Mit „reaktionärer Verleumdung“ war gemeint, daß der KPD/SU unterstellt worden sei, sie wolle die „kommunistische Bewegung“ durch Direktiven „an Händen und Füßen binden“. Die Konferenz war in ihren Augen dagegen ein „wichtiger Meilenstein“, bei dem es einen „klar bekundeten Willen zum Zusammenschluß, zur Einheit, zur gegenseitigen Unterstützung und Solidarität selbständiger Bruderparteien“ gegeben habe. Das ist nun spätestens mit dem Artikel der „Nowoje Wremja“ in aller Öffentlichkeit „wie Rauch zerstoßen“. Ferner behaupteten diese vier Verfasser ausdrücklich, daß „alle Bruderparteien“ die Außenpolitik der „sozialistischen Staaten“ gewürdigt hätten, „die darauf ausgerichtet ist, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durchzusetzen, und einen immer stärkeren Einfluß auf die internationalen Beziehungen nimmt“ (»Probleme des Friedens und des Sozialismus«, 9/76, S. 1155 — 1161).

So weinnützig ist es indes gerade in diesen Punkten auf der Berliner Konferenz absolut nicht gewesen. Die „eurokommunistischen“ Parteien ergriffen dort die Gelegenheit, erstmals vor einem größeren Forum revisionistischer Parteien unverkennbar Kritik an der KPD/SU zu üben.

Am nachdrücklichsten erhob gerade Santiago Carrillo die Forderung nach Unabhängigkeit der einzelnen Parteien — was sicherlich einer der Gründe mit ist, daß die spanische „KP“ jetzt als Zielscheibe des Gegenangriffs gegen den „Eurokommunismus“ ausgewählt wurde (weitere Gründe dürften darin liegen, daß sie im Vergleich zur PCI und PCF der schwächste Hauptvertreter des „Eurokommunismus“ ist, und gleichzeitig dort am ehesten Ansätze für eine innerparteiliche Oppositionsbasis vorhanden sind). Carrillo trat unumwunden als „Ketzer“ auf dieser Konferenz auf: „Jahrelang war Moskau, wo unsere Träume begannen, Wirklichkeit zu werden, unser Rom. Wir sprachen von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, als wäre sie unsere Weihnacht. Das war unsere Kinderzeit. Jetzt sind wir erwachsen. ... Wir verlieren immer mehr den Charakter einer Kirche. ... Es besteht kein Zweifel daran, daß wir Kommunisten heute kein Führungszentrum haben, an keine internationale Disziplin gebunden sind. Was uns eint, sind die Bande der Gemeinsamkeiten auf der Grundlage der Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus und die Tatsache, daß wir keine Rückkehr zu den Strukturen und



Auffassungen des Internationalismus, wie sie in der Vergangenheit zu finden waren, akzeptieren würden“ (Berliner Konferenz, S. 120/121). Daß die Konferenzteilnehmer das letztere »eint«, dürfte indes eine Carrillo sehr wohl selbst bewußte »Übertreibung« (gelinde gesagt!) gewesen sein.

Carrillo rechnete auch bereits zu diesem Zeitpunkt mit handfesten Gegenmaßnahmen der KPD/SU und anderer Parteien, wie aus folgender Stelle klar hervorgeht: »Es ist notwendig, daß diese Vielfalt unserer Bewegung ein für allemal akzeptiert und daß auf jegliche Form von Intrigen verzichtet wird, die ihr entgegenwirken könnten. Die Differenzen werden uns zu keiner Spaltung führen, sofern keiner seine eigenen Konzeptionen zum Dogma erhebt, sofern die Eigenständigkeit und die Positionen jeder Partei respektiert werden und sofern wir eine Haltung marxistischen Schöpfungstums angesichts der Veränderungen in unserer Epoche beibehalten« (ebd. S. 125).

Der PCI-Chef Berlinguer erklärte in seiner Rede kurzerhand, daß ein gemeinsames Dokument im Grunde überflüssig sei (S. 224) — und Marchais ging gleich noch einen Schritt weiter, daß überhaupt solche Konferenzen »nicht mehr den Bedürfnissen der Epoche zu entsprechen scheinen. Da jegliche Ausarbeitung einer allen unseren Parteien gemeinsamen Strategie völlig ausgeschlossen ist, scheint es zweckmäßig, neue, lebendigere, flexiblere und wirksamere Formen kollektiver Begegnungen zu suchen, die eine grundlegende, offene und direkte Diskussion dieses oder jenes aktuellen Problems erlauben, und die nicht notwendigerweise mit der Annahme eines Dokuments abgeschlossen werden« (S. 256). Als derartige »lebendigere, fle-

xiblere« usw. Formen im Sinne von Marchais kann man wohl die inzwischen stattgefundenen Treffen der »Eurokommunisten“-Fraktion unter sich annehmen. Marchais machte im übrigen noch eine sehr bemerkenswerte Kritik an der »friedlichen Koexistenz«, wie sie vom sog. »realen Sozialismus« praktiziert wird: Es »ergeben sich aus der Entwicklung der friedlichen Koexistenz neue Probleme im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Parteien der sozialistischen und kapitalistischen Länder. Erstere gehen von dem richtigen Gedanken aus, daß die Zeit für den Sozialismus arbeitet, letztere setzen alles in Bewegung (schön wär's allerdings! — Anm. AK), um dem Monopolkapitalismus möglichst schnell ein Ende zu bereiten, weil es um das Lebensinteresse der Werktätigen geht. Die einen, die Regierungsverantwortung tragen, unterhalten (was ein beträchtlicher Erfolg ist) Beziehungen der Zusammenarbeit mit Regimen, die die anderen mit allen Kräften bekämpfen. Das ist ganz normal, und es gibt da keinerlei Widerspruch. Dennoch können wir keinen Schritt hinnehmen, der im Namen der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten den Interessen des Kampfes, den wir gegen die Macht des Großkapitals, für Demokratie und Sozialismus führen, zuwiderlaufen würde. Wir kennen keine höhere Verpflichtung als die, die wir gegenüber unserer Arbeiterklasse, gegenüber unserem Volk haben« (S. 256).

Diese Zitate von der Berliner Konferenz belegen deutlich, daß das Gerede von der »Geschlossenheit« des revisionistischen Lagers schon länger eine bewußte Täuschung vor allem seitens der KPD/SU ist, und daß die Vorwürfe gegen Carrillo aufgrund seines jün-

sten Buches aus rein taktischen Gründen erst jetzt öffentlich erfolgen — unmittelbar nach den für die spanische „KP“ enttäuschend ausgefallenen Wahlen. Seit 1974 liegt beispielsweise auch ein ausführliches Interview mit Carrillo als Buch vor, in dem er mit Kritik an der Sowjetunion absolut nicht spart und u.a. auch die offizielle These des »realen Sozialismus«, wonach dieser die »Hauptkraft« des internationalen Befreiungskampfes sei, vollständig ablehnt: Für Carrillo ist dieser die »Nachhut« (»Spanien nach Franco«, S. 127).

Klarere Fronten bittet

Es bleibt festzuhalten, daß der offene Angriff, der jetzt in der sowjetischen Presse gegen den »Eurokommunismus« gestartet wurde, aus schließlich deswegen erfolgt ist, weil einige »KP«s in Westeuropa es wagten, offene Kritik an der Sowjetunion zu üben und eine Unterordnung unter die Politik und außenpolitischen Interessen der KPD/SU abzulehnen.

Darin zeigt sich der reaktionäre und großmacht-chauvinistische Charakter dieses Angriffs. Die gemeinsamen Grundlagen der revisionistischen Parteien, seien sie nun Lobhude der sog. »realen Sozialismus« oder dessen »eurokommunistische« Kritiker, bleiben davon (zumindest vorerst!) unberührt. Die gleiche KPD/SU, die dem »Eurokommunismus« jetzt »Verrat am Marxismus-Leninismus« vorwirft, hat den größten »Verrat am Marxismus-Leninismus« auf ihrem eigenen Konto verbucht: Die Umwandlung des ersten sozialistischen Staates in den Staat einer »neuen Bourgeoisie« und die Spaltung der kommunistischen Weltbewegung. Die gleichen »Eurokommunisten«, wie die italienische »KP«, die die Sowjetunion der mangelnden Demokratie kritisieren, sind im eigenen Land Propagandisten des Abbaus der demokratischen Rechte, fordern das Verbot revolutionärer Organisationen und verarmlosen und billigen die Ermordung revolutionärer Genossen. Es besteht keine Veranlassung, auf dieser Ebene die »Eurokommunisten« gegenüber der KPD/SU usw. zu »verteidigen« — wie auch umgekehrt der »Eurokommunismus« in seiner Gesamtheit kaum als »Rechtsabweichung« oder »rechter Flügel« des »herkömmlichen« Revisionismus bezeichnet werden kann. Wenn die »eurokommunistische« französische »KP« z.B. auf ihrem 22. Parteitag im vergangenen Jahr die »Diktatur des Proletariats« aus ihrem Parteiprogramm gestrichen hat — so steht dem gegenüber, daß die »realsozialistische« DKP dies von vornherein bei ihrer Gründung 1968 aus dem Programm rausgelassen hat. Wenn die »eurokommunistische« französische KP z.B. im Falle eines Wahlsiegs der Linksunion den Unternehmern ausdrücklich versichert, daß sie »die Macht behalten« werden — dann steht dem gegenüber, daß die »realsozialistische« alte KPD bereits unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkriegs in ihrem Aufruf »an das schaffende Volk in Stadt und Land« vom

11.6.45 den Unternehmern ausdrücklich weiteren Privatbesitz an Produktionsmitteln zubilligte und diesen noch zu fördern versprach.

Der Wettbewerb um die Medaille der größten Verkommenheit und den schändlichsten Rechtsopportunismus geht an unterschiedlichen Fragen quer durch das gesamte revisionistische Lager: Während der spanische »KP«-Chef Carrillo beispielsweise selbst vor der Monarchie einen Kottau gemacht hat und damit z.B. weit rechts im gesamten revisionistischen Lager steht, steht er andererseits mit seiner nicht grundsätzlich ablehnenden Haltung zur Zusammenarbeit mit revolutionären Gruppen links von der überwiegenden Mehrzahl der revisionistischen Parteien. Während die französische »KP« ausdrücklich den Verbleib Frankreichs im imperialistischen Militärbündnis der NATO akzeptiert und damit z.B. rechts von der hiesigen DKP steht, steht sie andererseits in ihrer, wenn auch vorsichtigen Kritik an der Praxis der »friedlichen Koexistenz« durch die »sozialistischen Staaten« (s.o. Marchais auf der Berliner Konferenz) links von der DKP und den meisten anderen revisionistischen Parteien.

Der jetzt eingeleitete und unvermeidbar sich zuspitzende offene Bruch im revisionistischen Lager kann im weiteren dazu führen, daß die revisionistischen Parteien zu einer systematischen (und mit Argumenten ausgetragenen!) Auseinandersetzung gezwungen werden, wenn der »Kampf um den revisionistischen Kuchen« voll entbrannt ist. Derzeit stehen die an der Regierung befindlichen revisionistischen Parteien bis auf die jugoslawische und die rumänische geschlossen hinter der KPdSU. Bei den nicht an der Regierung befindlichen Parteien sieht es (auch in Westeuropa) rein zahlenmäßig so aus, daß hier bislang auch erst eine Minderheit auf »kritische Distanz« zur Sowjetunion gegangen ist, darunter allerdings die bei weitem mitgliederstärksten und einflussreichsten in kapitalistischen Ländern überhaupt: die »KPs« in Italien, Frankreich, Spanien, Großbritannien und Japan. Hinzu kommt, daß in Griechenland je eine »KP« mit »eurokommunistischer« und »realsozialistischer« Orientierung existiert. In Schweden deutet sich eine ähnliche Entwicklung an.

Es ist davon auszugehen, daß die KPdSU auch bei den anderen »eurokommunistischen« Parteien, konkret zumindest in Spanien, eine ähnliche Spaltung fördern wird. In Spanien hat es bereits 1970 eine Abspaltung unter Enrique Lister, ehemaliger militärischer Führer der republikanischen Armee im Bürgerkrieg und bis Ende 1969 in der Parteileitung der »KP«, gegeben. Diese Lister-Abspaltung, die stärkeren Gehorsam gegenüber der KPdSU üben wollte (die spanische »KP« gehörte mit zu den offensten Kritikern des sowjetischen Einmarsches in der CSSR 1968), konnte allerdings nur eine unwesentliche Zahl von »KP«-Mitgliedern auf ihre Seite bringen und verschwand bald wieder in der Versenkung (nach »Spiegel« 21/77 und Ca-

rrillo-Interview »Spanien nach Franco«, S. 123). Auch heute können die Chancen für ein solches Projekt trotz unverkennbarer Kritik innerhalb der Partei an Carrillo nicht allzu hoch eingeschätzt werden.

Interessant dürfte die Auseinandersetzung für die revolutionäre Linke werden, falls die »eurokommunistischen« oder »realsozialistischen« Parteien aufgrund der bisherigen Identität ihrer grundlegenden politischen und ideologischen Positionen und damit auch einem derzeit nicht allzu reichhaltigen Stoff für die Auseinandersetzung stärker dazu übergehen, in bestimmten Punkten wieder auf die linke Kritik des revisionistischen »Konkurrenten« zurückzugreifen, wie es z.B. ansatzweise in Marchais' zitierter Stellungnahme zur »friedlichen Koexistenz« oder Carrillos Ablehnung eines »neuen Rom« zum Ausdruck kommt. Der eingeleitete offene Bruch im revisionistischen Lager ist für die revolutionäre Linke auf alle Fälle von Vorteil, weil das den erstarrten Körper des Revisionismus ein wenig durcheinanderwirbelt und damit für uns bessere Möglichkeiten zur Diskussion in die Reihen dieser Parteien hinein schafft. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß auch die Reaktion die Spaltung der Revisionisten für sich auszunutzen trachtet.

Die ersten Antworten der »Euros« auf die sowjetische Attacke waren vergleichsweise mild in der Wortwahl, wenn auch unmißverständlich im Inhalt. Insgesamt scheint das Bestreben vorzuherrschen, die Attacke in ihrer Bedeutung herunterzuspielen.

— Die PCE selbst ließ erklären, sie sei durch die Angriffe nicht überrascht, diese seien »nichts Neues«. »Es überrascht uns allerdings die Schärfe der Attacken, vor allem, weil sie wieder einmal die Unfähigkeit der Autoren dieser Angriffe zeigt, in einen Prozeß der Diskussion über alle diese Themen einzutreten. Es zeigt besonders ihre Unfähigkeit, über die Vorstellungen des Eurokommunismus zu debattieren — wie es unsere Partei tut — ohne Vorurteile und ohne sich an Dogmen zu klammern« (PCE-Sprecher Angel Mullor, lt. »FAZ«, 25.6.). Die PCE wolle sich zu den Angriffen nicht weiter äußern; sie seien zu »unqualifiziert«, da sie überhaupt nicht auf die Thesen in Carrillos Buch über den »Eurokommunismus« eingehen würden (»Neue Zürcher Zeitung«, 25.6.).

— Die PCI brachte einen Kommentar auf der zehnten Seite ihrer »Unità«, in dem sie der sowjetischen Polemik u.a., »Fälschung« vorwarf und den »Eurokommunismus« verteidigte, er sei »keine völlig neue Straße, die den Bedingungen der westeuropäischen Länder angepaßt ist, und die es erlaubt, um die Arbeiterklasse herum jene Anhängerschaft zu sammeln, ohne die ein Übergang von der Propaganda zum tatsächlichen Aufbau des Sozialismus nicht möglich ist« (lt. »FAZ« und »FR« vom 25.6.).

— PCF-Chef Marchais erklärte, die PCF sei »endgültig aus jeder internationalen Überdichtung ausgezogen

und handelt in völliger Unabhängigkeit«. Der »Eurokommunismus« sei keine Erfindung des Imperialismus (wie die KPdSU und ihre Papageien behaupten), sondern sei »eine Erfindung der kommunistischen Parteien und der Arbeiter«. Die PCF-Zeitung »Humanité« schrieb: »Jene Verurteilung, jener Bannstrahl kommt an Stelle einer tiefgreifenden Analyse der umfangreichen Probleme und erfolgt zu einem Zeitpunkt, da die spanischen Kommunisten einen schwierigen und mutigen Kampf zur Auslöschung der Spuren der Diktatur führen« (»SZ«, 25.6.).

In die Debatte schaltete sich auch die jugoslawische Parteizeitung »Kommunist« em, die die sowjetische Polemik als »Attacks auf die Selbständigkeit der kommunistischen Parteien« und »zum Teil frei erfundene« bezeichnete.

Keine Überraschung bot die DKP, die sich in ihrer »UZ« (25.6.) zunächst darauf beschränkte, eine auszugsweise Nacherschlagung des Artikels der »Nowoje Wremja« durch ihren Moskauer Korrespondenten Hubert Kuschnik anzubieten, wobei jeder eigene Kommentar fehlte. Wahrscheinlich wird man, nachdem nun Carrillo zum Abschluß freigegeben ist, demnächst in der »UZ« auch rasantere »eigene« Attacken der DKP gegen diesen Buhmann des »Eurokommunismus« erleben. Immerhin wird in dem Artikel vom 25.6. schon Abschied genommen von dem bisherigen Märchen der DKP, der »Eurokommunismus« sei lediglich eine Erfindung des Imperialismus: Der Begriff stamme zwar — so schreibt jetzt Kuschnik — von bürgerlichen Politikern, werde aber auch »von den linken Kräften, darunter auch den kommunistischen Parteien« verwendet. »Einige Autoren verwenden diesen Begriff, wenn sie einige allgemeine Züge der jetzigen Strategie der kommunistischen Parteien in den entwickelten kapitalistischen Ländern meinen ...«. Na also, es gibt ihn — jetzt auch amtlich für »UZ«-Leser! ...

KPdSU gegen Euros

(2. Teil)

(aus AK 108, Juli 1977)

Nach der ersten offiziellen sowjetischen Attacke gegen den »Eurokommunismus«, die in unerwartet scharfer Form in der »Nowoje Wremja« vom 23. Juni vorgetragen wurde, hat es inzwischen weitere Stellungnahmen aus dem revisionistischen Lager zu diesem Konflikt gegeben. Insgesamt läßt sich aber nicht verkennen, daß die öffentliche Polemik sich noch in ihrer »Anfangsphase« befindet, und etliche Parteien sich auch überhaupt noch nicht eingeschaltet haben. Möglicherweise besteht in großen Teilen des revisionistischen Lagers selbst auch noch die Hoffnung, daß die aufgebrochene Polemik wieder vermauscht und die Spaltung vermieden werden kann. Nahrung dürften solche Hoffnungen in den vergangenen zwei Wochen durch ein »Klärungsgespräch« zwischen einer Delegation der italienischen KP und der KPdSU in Moskau erhalten haben, wie auch durch einen weiteren Artikel in der neuen Ausgabe der »Nowoje Wremja«, in dem behauptet wird, daß die »Kritik« sich ausschließlich gegen den spanischen KP-Chef Carrillo und dessen Buch »Eurokommunismus und Staat« gerichtet habe, keineswegs aber gegen die spanische KP insgesamt oder gar gegen andere »eurokommunistische« Parteien. Aber mit solchen Hoffnungen werden sich diejenigen im revisionistischen Lager, die sie hegen, in die eigene Tasche lügen.

Die Kommentare der bürgerlichen Presse

Die Kommentare der bürgerlichen Presse zur Polemik zwischen den »Eurokommunisten« und »Realsozialisten« gehen überwiegend von einem unabwendbaren Bruch aus. Die »Frankfurter Rundschau« schrieb am 29.6., daß es sich um »mehr als einen vorübergehenden Hauskrach« handle. In der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 2.7. urteilte Harry Hamm zwar recht schnell, daß »der erste offene Angriff Moskaus auf eine Bastion des Eurokommunismus ... gescheitert« sei, daß Carrillo bereits »gesiegt« habe und »die Rechnung der Kremli-Ideologen« nicht aufgegangen sei. Aber es sei dennoch (bzw. gerade deswegen) »zu befürchten, daß weitere Maßnahmen bevorstehen, die keineswegs nur den Eurokommunismus betreffen, sondern das ganze Ost-West-Verhältnis«. Die »Scharfmacher im Kreml« hätten »einen größeren Einfluß erhalten«, meint Hamm weiter — was allerdings allzu einfältig die Eröffnung der Polemik seitens der KPdSU als Ergebnis eines parteiinternen Fraktionskampfes darzustellen versucht, statt als Ergebnis taktischer Überlegungen aufgrund einer

bereits länger absehbaren Entwicklung. Zu den Gesprächen der KPI-Delegation in Moskau schrieb Alfons Dalma dann in der »Welt« vom 5.7., daß diese »alles andere als eine neue Etappe in der italo-kommunistischen Unabhängigkeit vom Kreml geworden« seien. Die »Welt« und ihre »Kommunismus«-Kommentatoren wie der zitierte Dalma, Herbert Kremp, H.-Herbert Holzamer, Carl Gustaf Ströhm, August Graf Kagen- eck und der Jesuiten-Pater Luigi Rosa sind aber eh darauf trainiert, die sich offen herausbildenden Differenzen innerhalb des revisionistischen Lagers zugunsten ihrer faschistoiden Hätschelei einer »kommunistischen Weltverschwörung« in den Hintergrund treten zu lassen, oder den »Eurokommunismus« allein deswegen, und ohne selbst die geringste Sorgfalt bürgerlichen Journalismus zu beachten, als »gefährliches« Ungeheuer zu brandmarken, weil es auf dem heimischen Boden der westlichen Welt nistet. Besonders Kremp und Dalma nutzen den »Eurokommunismus« in letzterem Sinn sogar zu einer unverkennbar faschistischen »Kritik« an der bürgerlichen Demokratie aus. Kremp klagte die italienische Gesellschaft am 2.7. beispielsweise als eine »nichts würdige, weil

staatsferne und teilweise verkommene bürgerliche Gesellschaft« an, die »in ihrer Seele den Handel mit den Kommunisten längst abgeschlossen« habe. Und Dalma hetzte am 18.6. gegen den »Eurokommunismus« als eine »Erfindung des italienischen Geistes«, der für »die politische und die kulturelle Versteppung der europäischen Zivilisation der Vielfalt und der schöpferischen dynamischen Dialektik« verantwortlich sei und zu einer »Zwangspolitisation der Individualität und der Freiheit« führe.

Diese letzten Beispiele beweisen übrigens auch, daß es namentlich die reaktionärsten Soldschreiber der Bourgeoisie sind, die am wenigsten die Differenzen zwischen den »Eurokommunisten« und der KPdSU usw. »hochspielen« — und stattdessen am meisten deren »gleiche Ziele«, »gleiche Interessen« usw. betonen. Kremp z.B. behauptet in seinem zitierten Artikel (ähnlich wie bis vor kurzem die DKP und andere »Realsozialisten«!), daß der »Eurokommunismus« eine bloße Erfindung sei — nur mit umgekehrtem Vorzeichen: daß er nämlich »zu dem Zweck erfunden worden ist, von der fundamentalen Tatsache des Kommunismus abzulenken«; daß es sich also letztlich um eine besondere List auch und vor allem der KPdSU handle, weil »das Moskauer Anhängsel ... in Westeuropa bis jetzt nichts werden« konnte und die »zweifelartige Figur« des Kommunismus sich daher »einen neuen Namen anzuheiraten« versucht. Kremp erklärt auch kurz und bündig (und man könnte dies ebenfalls mit den Beteuerungen der »Realsozialisten« verwechseln), daß es »kein kommunistisches Schisma« (Spaltung) gebe.

Die Revisionisten formieren ihre Truppen

Insgesamt hat der Konflikt zwischen »Eurokommunismus« und »Realsozialismus« sich bislang zu folgendem Stand entwickelt:

Spanien. Angel Mullor, Sprecher der spanischen KP, hatte auf den Artikel der »Nowoje Wremja« sofort gekontert, daß dieser nur die »Unfähig-

keit der Autoren dieser Angriffe zeigt, über die Vorstellungen des Eurokommunismus zu debattieren – wie es unsere Partei tut – ohne Vorurteile und ohne sich an Dogmen zu klammern“ („FAZ“, 25.6.). Am 26.6. fand eine erweiterte Sitzung des ZK statt, auf der 180 Delegierte bei nur einer Gegenstimme sich ausdrücklich hinter Carillo stellten („FR“, 29.6.). Damit zerstorben sehr schnell die wahrcheinlichen Hoffnungen der KPdSU, mit ihren Attacken den Fanfarenstoß für eine Anti-Carillo-Fraktion innerhalb der spanischen KP zu geben. Besonders peinlich muß dabei für die KPdSU gewesen sein, daß auch Dolores Ibarruri, die erst wenige Wochen zuvor aus ihrem 40-jährigen Moskauer Exil nach Spanien zurückkehrte, Carillo in Schutz nahm („FR“, 28.6.). Auf einer Pressekonferenz am 28.6. forderte Carillo eine offene Debatte über die Differenzen: „Ich hoffe, ... daß Moskau wieder zur Vernunft kommt, denn auf diese Weise wird es nichts erreichen... Die Probleme zwischen uns müssen öffentlich diskutiert werden“ („FR“, 29.6.). Dazu kündigte Carillo an, daß der Artikel der „Nowoje Wremja“ von der spanischen KP nachgedruckt werde – und forderte die KPdSU auf, es mit den Antworten von spanischer Seite ebenfalls zu tun. Der Form nach entspricht dies der Haltung und den Vorschlägen der chinesischen KP zu Beginn der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung Anfang der

60er Jahre. Die KPdSU kam diesem Vorschlag seinerzeit nicht nach – eine positive Reaktion auf den ähnlichen Vorschlag Carillos ist bislang auch nicht bekannt. Mit einer gewissen Selbstsicherheit erklärte Carillo in der Pressekonferenz weiter: „Wir werden nicht mit den Russen brechen, aber wenn die in Moskau mit uns brechen wollen, dann ist das ihre Sache“ („SZ“, 29.6.).

Einer von der internationalen revisionistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ vom 28. bis 30.6. organisierten Konferenz zum Thema „Der Große Oktober und die Welt von heute“ blieb die spanische KP fern („FR“, 30.6.). Nachdem die „Nowoje Wremja“ in ihrer neuen Ausgabe behauptete, die Angriffe hätten sich ausschließlich gegen Carillo gerichtet, erklärte Politbüro-Mitglied Manuel Azcarate dazu gegenüber der italienischen Zeitung „Il Giornale Nuovo“: „Mit dem neuen Artikel ist der Angriff Moskaus gegen die spanische kommunistische Partei noch schwerwiegender geworden. Moskau sucht auf hinterlistige und keineswegs ehrliche Weise, sich in die inneren Angelegenheiten unserer Partei einzumischen. Denn was bedeutet: Wir greifen euch als Partei nicht an, wir greifen nur euren Generalsekretär an? Es handelt sich um ein durchsichtiges Manöver.“ („FAZ“, 9.7.). Frankreich. Die französische KP hatte sich sofort an die Seite Carillos gestellt. Besonderen Nachdruck erhielt dies dadurch, daß der General-

sekretär der KPF, Marchais, selbst auf den Artikel reagierte, die Behauptung zurückwies, daß der „Eurokommunismus“ eine „Erfindung des Imperialismus“ sei und die „völlige Unabhängigkeit“ der KPF unterstrich („SZ“, 25./26.6.). Rene Andrieu, Chefredakteur des Parteiorgans „L'Humanité“, erklärte gegenüber der westdeutschen „Welt“: „Moskau ist nicht mehr das Mekka des Kommunismus.“ Die Selbständigkeit jeder KP sei „auf dem Kongreß der kommunistischen Parteien in Berlin vor einem Jahr festgeschrieben (worden), und Moskau hat zugestimmt“. Den Ausdruck „Eurokommunismus“ bezeichnete Andrieu allerdings weiterhin als „irreführend“ – während Marchais noch am 3.3.77 in einem Interview mit Radio Luxemburg dazu erklärt hatte: „... die Formel geniert uns absolut nicht, und ich werde Ihnen sogar eines sagen: Ich übernehme sie voll für uns“ („Welt“, 30.6.).

Das Parteiorgan reagierte auch unmittelbar und unmißverständlich auf den neuen Artikel der „Nowoje Wremja“, der einen Keil in die „Eurokommunisten“ hineinzutreiben versuchte: „Über sein (Carillos) Buch hinaus, an dem man gewisse Kapitel hätte kritisieren können, ohne zum Bannfluch und zu Beleidigungen zuflucht zu nehmen, ist der Generalsekretär einer kommunistischen Partei durch eine ausländische Zeitung angegangen und in Zweifel gezogen worden. Dafür gibt es keine akzeptable Rechtfertigung, und der Autor

des Artikels in „Neue Zeit“ erschwert den Fall noch, indem er eine Partei von ihrem Generalsekretär zu trennen versucht. Das ist ein unannehmbarer Vorgang“ („FR“, 8.7.).

Italien. Die italienische KP, die die einflußreichste innerhalb des „Eurokommunismus“ ist, hat im Gegensatz zur KPF unseres Wissens bislang überhaupt noch nicht mit einer Stellungnahme ihres Generalsekretärs Berlinguer auf die sowjetische Attacke reagiert. Die erste Stellungnahme im Parteiorgan „L'Unità“, wo der sowjetischen Polemik „Fälschung“ vorgeworfen wurde, erschien auch an ziemlich untergeordneter Stelle auf Seite 10. Rund eine Woche nach dem Artikel in der „Nowoje Wremja“ reiste dann auch schon eine KPI-Delegation (Giancarlo Pajetta, Paolo Bufalini, Emanuele Macaluso) zu einem Gespräch mit KPdSU-Führern (Michail Suslow, Boris Ponomarew, Wadim Sagladin) nach Moskau. Einen Tag vor dieser Reise warf „L'Unità“ der Sowjetunion „Unverständnis für die Realität der Arbeiterbewegung“ vor („SZ“, 29.6.), und gab den an Carillo gerichteten Spaltungsvorwurf an die Adresse der KPdSU zurück: „Auf einer solchen Grundlage (Artikel der NW, AK-Red.) eine Anpassung zu verlangen, bedeutet nicht, für die Einheit zu arbeiten. Es bedeutet im Gegenteil, die Spaltungen zu verstärken.“ („Welt“, 29.6.). Andererseits wurde Delegationsmitglied Macaluso aber auch am Vortrag noch mit einer leichten Abgrenzung gegenüber der spanischen KP zitiert: es bestünden zwischen diesen beiden Parteien „einige Verschiedenheiten in der Art und Weise, die Realität in der Ostländern und insbesondere in der UdSSR zu beurteilen“ („SZ“, 29.6.). Das Treffen zwischen KPI und KPdSU wurde mit einer ausgesprochen schwammigen und (ähnlich dem Schlußdokument der Berliner Konferenz) jede Interpretationsmöglichkeit offenlassenden gemeinsamen Erklärung abgeschlossen, in der es z.B. heißt: „Es wurde die Meinung vertreten, daß der Beitrag einer jeden Partei für die gemeinsame internationalistische Sache untrennbar mit ihrer unabhängigen Suche und der Ausarbeitung ihrer Politik verbunden ist“ („Welt“, 4.7.). Die Kommentare der italienischen KP-Delegation nach ihrer Rückkehr sind bis heute ähnlich abgewogen: Macaluso sagte z.B., die italienische Delegation habe die Angriffe zurückgewiesen, und habe den KPdSU-Führern auch nicht verheimlicht, daß sie z.B. die Situation in der CSSR nach wie vor als „eine ungeklärte Krise“ betrachten würde („FR“, 6.7.). Gleichzeitig soll Pajetta aber auch vertreten haben, daß das Carillo-Buch unhaltbare und beleidigende Thesen gegen Moskau enthalte; und ZK-Mitglied Donin meinte, daß ein Bruch mit der KPdSU bedeuten würde, „daß die KPI keine kommunistische Partei mehr wäre“, und daß die KPI-Basis dies „niemals hinnehmen“ würde („SZ“, 8.7.). In gewissem Widerspruch zu

der ersten, Pajetta zugeschriebenen Äußerung, steht wiederum die Meldung, daß die KPI das Buch Carillos nachdrucken wolle („FR“, 7.7.77).

Griechenland Die KKE/Innland, die sich bereits vor fast 10 Jahren aus der KKE abgespalten hat, gab eine von ihrem Vorsitzenden Babis Drakopoulos unterzeichnete Erklärung heraus, daß der Artikel in der „Nowoje Wremja“ eine „Einnischung in die inneren Angelegenheiten der westeuropäischen kommunistischen Parteien“ sei („Frankfurter Rundschau“, 30.6.).

Portugal. Alvaro Cunhal, Chef der portugiesischen KP, hat sich offenbar erwartungsgemäß an die Seite der KPdSU gestellt: „Wir hegen ernste Zweifel an den Vorstellungen (des span. KP-Chefs) Santiagos“ („Süddeutsche Zeitung“, 29.6.).

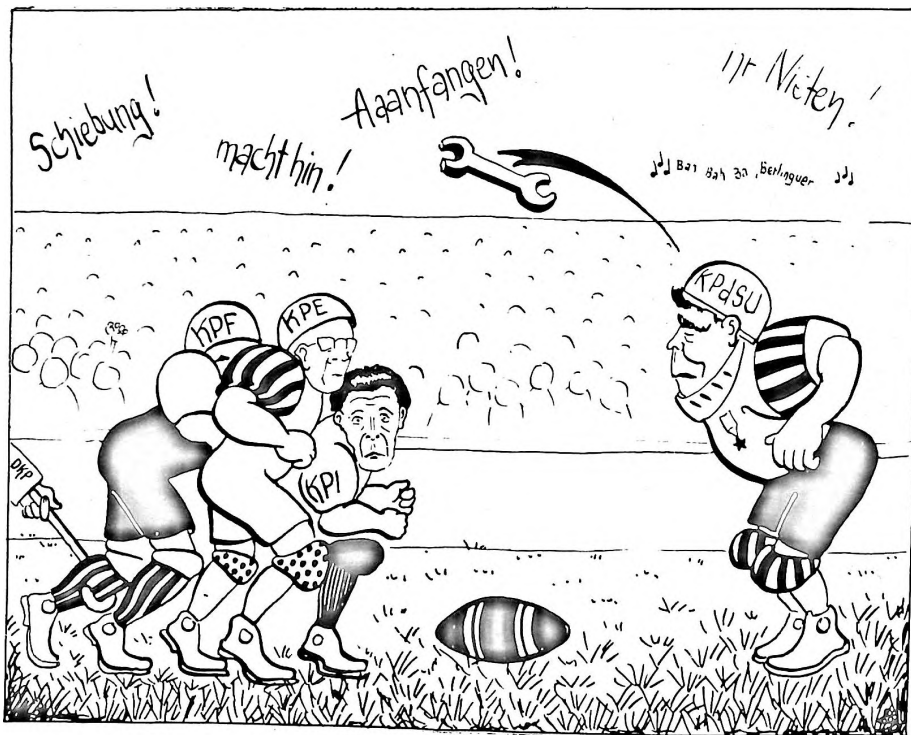
Großbritannien. Aus Großbritannien sind uns direkt zum Artikel der „Nowoje Wremja“ noch keine Stellungnahmen bekannt. Allerdings scheint in der britischen KP eine Spaltung in eine „eurokommunistische“ und eine „realsozialistische“ Partei immer unausweichlicher zu werden. In der ersten Juni-Hälfte hat eine Versammlung von rund 1.000 KP-Mitgliedern stattgefunden, die dem „eurokommunistischen“ Kurs der britischen KP oppositionell gegenüberstehen. Ihr „Kopf“ Sid French hatte vorher offen angekündigt, daß auf dieser Versammlung diskutiert werden sollte, wie der November-Kongreß der KP „von der Unterstützung für osteuropäische Dissidenten und von der Bindung an die parlamentarische Demokratie in Britannien abzubringen“ sei. Sid French bezeichnete auf dieser Versammlung den „britischen Weg zum Sozialismus“ (das ist der offizielle Name des geltenden Parteiprogramms) als „Weg zum Opportunismus und in die Niederlage“. Die Schätzungen der Anhänger Sid French's, reichen bis zu 40 %, der insgesamt 28.000 Parteimitglieder („The Guardian“, 8.6. und 11.6. – „Le Monde“, 9.7. schätzt die Anhänger Sid French's auf rund 5.000).

Schweden. Von Schweden sind uns ebenfalls noch keine Reaktionen direkt auf den Artikel der „Nowoje Wremja“ bekannt; die Spaltung ist hier allerdings schon angelaufen. Nachdem im Frühjahr 1976 mehrere eng an der KPdSU orientierte Funktionäre aus der „Linkspartei-Kommunisten“ ausgeschlossen worden waren (darunter der ehemalige Parteichef Hagberg, der Göteborger Bezirksvorsitzende Hagel und der nordschwedische Abgeordnete Löwenborg), erklärten am 1.3. dieses Jahres die Bezirksleitungen von Malmö, Göteborg und Västerås ihren Austritt aus der „Linkspartei-Kommunisten“ und die Gründung der „Arbeiterpartei der Kommunisten“. Kurz darauf schloß sich auch die nordschwedische Bezirksleitung Västerbottland

um den ebenfalls im Vorjahr ausgeschlossenen Bezirksvorsitzenden Norberg (der seinen Ausschuß seinerzeit nicht akzeptiert hatte) dieser Neugründung an. Diese Spaltung ist bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend auf regionale Leitungsgremien und Leitungsmitglieder begrenzt und offenbar direkt von der im Vorjahr ausgeschlossenen Gruppe um Hagberg organisiert worden; in der bürgerlichen Presse wird allerdings eingeschätzt, daß rund ein Drittel der Mitglieder sich in der weiteren Auseinandersetzung der neugegründeten eng an der KPdSU orientierten „Arbeiterpartei...“ anschließen könnte. Die schwedische „Linkspartei“ hat bei den letzten Parlamentswahlen einen Stimmteil knapp über 4 % erreicht und gehört damit, vor allem nach einer größeren Abspaltung, zu den kleineren „Euros“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 2./3.3.77). Auf der Berliner Konferenz im Juni letzten Jahres hatte der Parteivorsitzende Lars Werner zwar nicht so offenkundig die Differenzen zur KPdSU angesprochen, wie seine Kollegen aus Spanien oder Frankreich, einige Passagen seiner dortigen Rede machten dies aber indirekt klar: „Der proletarische Internationalismus beinhaltet ... die absolute Achtung des Selbstbestimmungsrechts jeder Partei und jeder Bewegung und die Souveränität, ihre Politik, Taktik und Strategie ohne jegliche Einnischung selbst festzulegen. ... Die schwedische Partei ist Anhänger eines Sozialismus, in dem die demokratischen Rechte vertieft und auf alle Teile des sozialen Lebens ausgedehnt werden. Wir sind Anhänger einer völligen Organisations- und Meinungsfreiheit. Meinungen dürfen niemals bestraft werden.“ (Dokument und Reden der Berliner Konferenz, S. 207).

Dänemark. Die dänische KP hat über ihre Parteizeitung „Land og Folk“ auf Seiten der KPdSU Stellung bezogen, indem sie vom „Recht“ der KPdSU auf „legitime Verteidigung“ gegen die Kritik von Carillo usw. sprach („Le Monde“, 9.7.). Diese Haltung war bereits seit langem festgelegt, z.B. auch durch gemeinsame Stellungnahmen von KP-Vertretern Bulgariens, Irlands und Griechenlands zur Berliner Konferenz (siehe letzter AK).

Jugoslawien. Die jugoslawische Zeitung „Politika“ versuchte, die Angriffe der „Nowoje Wremja“ mit der sowjetischen Kritik an Tito in den Jahren 1948/49 zu vergleichen, als „man“ auch „um jeden Preis innerhalb dessen, was man Weltkommunismus nennt, Feinde aufspüren wollte“ („Süddeutsche Zeitung“, 29.6.). Todor Kurtovic, Sekretär im Exekutivkomitee des Präsidiums des „Bundes der Kommunisten Jugoslawiens“, bezeichnete die hinter den Angriffen stehende sowjetische Auffassung vom „proletarischen Internationalismus“ als für Jugoslawien „völlig unannehmbar“ („Welt“, 29.6.). Im jugoslawischen Fernsehen



hieß es in einem Kommentar, es gehe dabei „um die Anerkennung oder Nichtanerkennung des Rechtes der Kommunistischen und Arbeiterparteien im Westen, auf der Grundlage der eigenen Wirklichkeit eine eigene Strategie und Taktik und eine eigene Vision eines demokratischen Sozialismus in ihren Ländern zu schaffen“. Im Kommentar wurde ferner vertreten, daß dieser Grundsatz auch auf der Berliner Konferenz angenommen worden sei („Süddeutsche Zeitung, 28.6.). Die jugoslawische Parteizeitung „Borba“ hatte sich auch bereits im September vergangenen Jahres über eine „Verfälschung der Übereinstimmung, die in Berlin erzielt wurde“, beschwert („Le Monde“, 4.5.77). Der BJK hatte überhaupt schon frühzeitig, bevor die Sowjetunion selbst in die öffentliche Polemik eingestiegen war, den „Eurokommunismus“ in Schutz genommen. So warf die „Borba“ beispielsweise der tschechischen Parteizeitung „Rude Pravo“ vor, daß sie eine „Intoleranz gegenüber allen anderen Ansichten offenbare, die man einfach mit dem Etikett „antikommunistisch“ versehe“ („Monitor-Dienst“, 7.2.77). Das BJK-Organ „Kommunist“ hatte den „Eurokommunismus“ direkt als potentiellen Verbündeten der Bewegung der blockfreien Staaten ausgemacht und ihn für eine „progressive Umwandlung der kommunistischen Bewegung“ umworben. („Monitor-Dienst“, 6.5.77).

Rumänien.

Das rumänische Parteiorgan „Scinteia“ griff am 5.7. in die Auseinandersetzung ein: Es sei „nicht nur das unveräußerliche Recht, sondern die Pflicht“ einer jeden KP, ihre eigene Politik zu entwickeln. Unter den heutigen Bedingungen sei die Existenz eines Führungszentrums „völlig ausgeschlossen und unvorstellbar“ (»FR«, 6.7.). Eine Annäherung zwischen der RKP und den »Eurokommunisten« hatte es bereits zu Beginn dieses Jahres bei einem Besuch Berlinguers in Bukarest gegeben. In einem gemeinsamen Kommuniqué wurde dabei hervorgehoben, »daß die vollständige Anerkennung des Rechts einer jeden Partei, über ihre politische Linie autonom und in völliger Unabhängigkeit zu entscheiden, die Grundvoraussetzung für die Entwicklung der internationalistischen Solidarität und Stärkung der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien darstelle. Eine weitere Grundvoraussetzung sei die strikte Respektierung des Rechts einer jeden Partei, über den Weg und die Lösungen für fortschrittliche soziale Veränderungen und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in dem jeweiligen Lande auf der Basis der historischen, nationalen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen frei zu entscheiden« (»MD«, 10.1.77).

RKP-Generalsekretär Ceausescu hatte später noch mal in gleicher Richtung betont, es dürfe nicht sein, daß »irgendeine Erfahrung anderer Parteien zur Nachahmung vorgelegt« werde (»MD« 61/77, 29.3.).

Ungarn.

Ungarn scheint sich momentan auf eine Art Vermittlerrolle einzustellen und seine Position zunächst nach beiden Seiten ein bißchen offenhalten zu wollen. Der Artikel der »Nowoje Wremja« wurde vom Parteiorgan der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei bislang nicht nachgedruckt (»FR«, 2.7.). In einem Interview vor seinem Besuch in der BRD sagte der Erste Sekretär des ZK der USAP, Janos Kadar, zum Thema »Eurokommunismus« zum einen, daß es »der Arbeiterbewegung feindlich gegenüberstehende Faktoren gibt, die diesen Begriff dazu verwenden möchten, um zwischen verschiedene westeuropäische kommunistische Parteien und die sozialistischen Parteien der Sowjetunion und der sozialistischen Länder einen Keil zu treiben. Wir müssen und werden auch alles tun, damit diese Absicht vereitelt wird«. Zum andern vermied Kadar es aber, die »eurokommunistischen« Parteien oder einzelne ihrer Führer direkt anzugreifen, meinte, daß die Beachtung der »Traditionen« und »Eigenarten« eines jeden Volkes und Landes und einer jeden Gesellschaft gar nichts besonderes des »Eurokommunismus« sei, sondern, »das war schon immer so«. Ausdrücklich bezeichnete Kadar das Verhältnis zwischen KPI und USAP als »ungestört« (»FR«, 20.6.). Im Dezember letzten Jahres hatte Kadar auf einer Pressekonferenz in Wien auf die Frage nach einem Artikel in »Probleme des Friedens und des Sozialismus«, in dem der »Eurokommunismus« als »Antisowjetismus« bezeichnet worden war (Verfasser: der bulgarische Parteichef Todor Schiwakoff), geantwortet, daß er diese Ansicht nicht teile (»FR«, 8.12.76). Und über die Politik der KPI meinte Kadar recht »undogmatische« während seiner kürzlichen Italien-Reise: »Mit oder ohne Diktatur des Proletariats, mit einem pluralistischen Sozialismus oder anders, ich wünsche ihnen nur, daß sie so schnell wie möglich den Weg zum Sozialismus für ihr Volk öffnen« (»Le Monde«, 26./27.6.77). Die momentan (aus taktischen Gründen) noch für jede Interpretation zugängliche Haltung der USAP wird auch aus zwei anderen Zitaten deutlich. Das Parteiorgan »Nepszabadsag« kommentierte zum jüngsten Konflikt: »Den Weg der Unabhängigkeit zu wählen, bedeutet ... nicht nur ein Recht, sondern ist eine Sache von großer Verantwortlichkeit.« (»FR«, 2.7.); und die Budapest-Zeitung »Magyar Hirlap« vor mehreren Wochen: Keine Partei dürfe die Erfahrungen anderer kopieren (»MD«, 6.5.).

Polen.

Das polnische Parteiorgan »Trybuna Ludu« druckte den Artikel der »Nowoje Wremja« auszugsweise, aber ohne eigenen Kommentar nach (»FR«, 5.7.).

DDR.

Das »Neue Deutschland« hat dem Artikel der »Nowoje Wremja« in voller Länge nachgedruckt, nicht aber

Carillos Antwort auf der Pressekonferenz dazu. Eine direkte Stellungnahme der SED ist bislang nicht bekannt. Dagegen erschien kürzlich ein neuer Artikel des Politbüro-Mitglieds Hermann Axen über die Berliner Konferenz, in dem die dort bereits zur Sprache gekommenen Differenzen völlig verschwiegen wurden (»FR«, 30.6.).

CSSR.

Das tschechoslowakische Parteiorgan »Rude Pravo« warf Carillo vor, »die Absicht der Feinde zu unterstützen, die kommunistischen Parteien in kapitalistischen und sozialistischen Ländern gegeneinander zu hetzen von Positionen des Antikommunismus aus die sozialistischen Länder zu verleumdern.« (»FR«, 30.6.77). Die tschechoslowakische KP gehörte neben der bulgarischen (von der uns allerdings keine Stellungnahmen aus der Zeit nach der Attacke in der »Nowoje Wremja« bekannt sind) auch zu den Vorbereitern der öffentlichen Polemik gegen den »Eurokommunismus«. Die »Rude Pravo« hatte schon früher mit Blick auf die »Euros« die »Ideologien des Imperialismus« angeklagt, mit denen versucht würde, »Widersprüche in die kommunistische Bewegung einzuführen und ihre Avantgarde — die sowjetische kommunistische Partei — zu isolieren« (»Welt«, 16.5.). Vasil Bilak, Mitglied des Präsidiums des Sekretariats der tschechoslowakischen KP, erklärte noch unmittelbar vor Erscheinen des NW-Artikels: »Der Eurokommunismus ist ein Gemisch verschiedener Elemente des kleinbürgerlichen Reformismus: dem „Nationalen Kommunismus“, dem „demokratischen Sozialismus“ und dem „Volkskapitalismus“ ... Die Propagandisten des Eurokommunismus haben ihr revisionistisches Produkt in hübschem Papier verpackt, aber Schund bleibt Schund« (»Le Monde«, 26./27.6.).

„Proletarischer Internationalismus“ contra „Unabhängigkeit“?

Alle bisherigen Kommentare sind im Grunde noch davon gekennzeichnet, daß die Revisionisten (von »beiden« Seiten) eine wirklich kompromißlos und argumentativ ausgetragene öffentliche Auseinandersetzung allzu gerne umgehen würden — wenn es nur ginge! Aber die Differenzen, die einmal zur Sprache gekommen sind, lassen sich auch durch diesen Opportunismus nicht mehr kitten. Die Tatsache, daß bislang noch mit relativ allgemein gehaltenen und teilweise auch verschiedenen interpretierbaren Floskeln gefochten wird, kann kaum so mißverstanden werden, daß bald wieder die schönste »Einheit« existiert.

Nach marxistisch-leninistischem Verständnis ist es tatsächlich so, daß der »proletarische Internationalismus« und die »Unabhängigkeit« und »Eigenverantwortlichkeit« kommunistischer Parteien für ihre Politik, die Entwicklung ihrer Politik entlang der

konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrem jeweiligen Land tatsächlich keine zwei Paar Schuhe sind, sondern einander ergänzen. Wenn Kadar beispielsweise, der diese Position (in »vermittelnder« Weise) besonders deutlich einnimmt, sagt, daß das »immer so war«, dann hat er von der Darlegung marxistisch-leninistischer Prinzipien her natürlich recht. Aber was die KPdSU heute als »proletarischen Internationalismus« verkaufen will, hat k o n k r e t ebensowenig mit dem Marxismus-Leninismus zu tun, wie das, was die »Eurokommunisten« als ihre »Unabhängigkeit« ausgeben wollen.

Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros der KPdSU, hat das sowjetische »Verständnis« des »proletarischen Internationalismus« folgendermaßen umschrieben: »Vom prinzipiellen Bedeutung für die Theorie und Praxis des Internationalismus ist die Frage der Einstellung gegenüber dem bereits siegreichen Sozialismus (d.h. UdSSR usw. — Anm. AK) ... die KPdSU ist davon überzeugt..., daß es keine wirksame revolutionäre Politik geben kann, die die Solidarität mit dem realen Sozialismus unserer Tage ausschließt ...« (»Die internationale Bedeutung der Berliner Konferenz«, Presse Agentur Novosti 1976, S. 35). Diese Auffassung hat leider eine lange herangewachsene Tradition in der kommunistischen Weltbewegung. Es hat sich bislang für jede kommunistische Partei und für jede revolutionäre Bewegung als fatal erwiesen, wenn sie in der Weise ihre Verpflichtung zu einer internationalistischen Solidarität von einer »positiven« (kritiklosen, bedingungslos gehorsamen) Haltung gegenüber dem »Sozialismus« abhängig macht, der jeweils als »real in unseren Tagen« bezeichnet wird. Auf diese Weise sind fast alle ehemals revolutionären Parteien der revisionistischen Entwicklung in der Sowjetunion Schritt um Schritt nachgeklommen; und auf die gleiche Weise haben sich in den letzten Jahren die »ML«-Gruppen der rechten Entwicklung in der VR China angepaßt. Von den Sowjetrevisionisten wird der »proletarische Internationalismus« heute aber zudem noch als Ummantelung einer in Wirklichkeit großmachtschauvinistischen Politik verunzucht: Als »proletarischen Internationalismus« haben die KPdSU-Führer z.B. ihre militärische Intervention 1968 in der CSSR etikettiert.

Umgekehrt meinen die »Eurokommunisten« mit ihrem Pochen auf die »Unabhängigkeit« ihrer Parteien, daß es das »Recht« einer KP sei, sich von kommunistischen Auffassungen selbst »unabhängig« zu machen und jede Anpassung an die herrschenden Klassen ihres Landes (Arrangement der spanischen KP mit der Monarchie!) als »schöpferische Anwendung« des Marxismus-Leninismus entsprechend der »nationalen Besonderheiten« auszulegen. Von der »Unabhängigkeit« in der kommunistischen Bewegung zu reden, wenn man damit vielmehr die politische und ideologische Unabhängigkeit von allen anderen Klassen und deren politischen

Parteien eintauschen will, ist zweifellos ein Schindluder mit den Prinzipien der Arbeiterbewegung.

Diese wirkliche Unabhängigkeit in kommunistischem Sinn wird heute w e d e r von den »Eurokommunisten« noch von der KPdSU usw. verteidigt. Im Gegenteil »rät« die KPdSU z.B. der spanischen KP, entgegen aller vordergründigen »Kritik« daran, daß Carillo »die Interessen des Imperialismus« vertreten würde, diese wirkliche und wichtigste Unabhängigkeit noch mehr aufzugeben. Im sowjetischen Fernsehen wurde Carillo vorgeworfen, er habe sich »nicht immer situationsgerecht verhalten«. Lobend (!) wurde dagegen der spanische Ministerpräsident Suarez erwähnt, der »den Franquismus abgeschafft« (!!!) habe: »Kommentator Wladimir Bowon warf der spanischen KP vor, die Möglichkeiten der von Suarez eingeleiteten Aktion unterschätzt zu haben. Die Führung der KP habe sich gewiegt, den Kontakt zu Suarez aufrechtzuerhalten. Dies gebe, zu denken«, heißt es in dem Fernsehkommentar (»SZ«, 28.6.)! Es ist allerdings gut, wenn die bislang äußerst schablonenhafte Polemik dadurch konkreter wird ... das schafft Klarheit!

Für den »Eurokommunismus« ist die »Unabhängigkeit« von der KPdSU heute allerdings auch ein wesentliches Erfordernis, wenn sie ihren »Weg« an die Regierung fortsetzen wollen (vor allem in Frankreich und Italien). Von daher ist die aktuell versöhnliche Haltung der KPI in dem ausgebrochenen Konflikt kaum ein auf längere Zeit andauernder Zustand. Die Verhältnisse in der Sowjetunion und die Politik der KPdSU-Führung (insbesondere international auch ihre als »friedliche Koexistenz« umschminkte Beteiligung am Wettstreit) sind ein tatsächliches Hindernis für die »eurokommunistischen« Parteien für die Erreichung noch größerer Stimmen in den Wahlen, weil hier eine von der antikommunistischen Propaganda äußerst geschickt ausgenutzte offene Flanke des Revisionismus besteht, und der sogenannte »reale Sozialismus« auch ohne die reaktionäre Hetze allerdings keineswegs die selbst behauptete »Anziehungskraft« auf die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern hat. Manuel Azcarate, Politbüro-Mitglied der spanischen KP, hat bereits 1973 die überwiegend richtige Einschätzung vertreten, daß die von der Sowjetunion praktizierte »friedliche Koexistenz« den bestehenden Zustand eher festschreibt und die westlichen KPs daran hindert, an die Macht zu kommen (nach Peter C. Ludz: Die aufgeschobene Gipfelkonferenz der europäischen kommunistischen Parteien; in: Politik und Zeitgeschichte B5/76, S. 12).

Aus diesen Gründen ist der Versuch in der neuen Ausgabe der »Nowoje Wremja«, die Attacke n a c h t r ä g l i c h erst mal auf die Person Carillos eingrenzen zu wollen, auch zum Scheitern verurteilt. Davon abgesehen, ist der erste Artikel auch unmißverständlich eine Polemik gegen den »Eurokommunismus« in seiner Gesamtheit,

auch wenn die KPdSU-Führer das momentan als »bewußte Irreführung der Öffentlichkeit« bezeichnen (»FR«, 7.7.). Jeder kann das an den vorliegenden deutschen Übersetzungen in der »FAZ« vom 29.6. oder »FR« und »UZ« vom 30.6. selbst nachprüfen. Zum Beispiel heißt es da: »Leider finden sich neuerdings auch in den kommunistischen Reihen Menschen, die zu diesen Prinzipien (gemeint ist die »internationalistische Solidarität« — Anm. AK) im Grunde diametral entgegengesetzte Positionen beziehen. Ein krasses Beispiel dafür ist die Haltung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Spaniens, Santiago Carillo, ...« Warum von »Menschen« (im Plural) und Carillo als »krasses Beispiel« nennen, wenn angeblich n u r Carillo gemeint gewesen war? Darüber hinaus ist von anderen »eurokommunistischen« Parteien (von der KPF noch mehr als von der KPI) hinlänglich bekannt, daß sie mit Carillo in seiner »Kritik« und seinem »Autonomie«-Streben gegenüber der KPdSU prinzipiell übereinstimmen. Unsere Einschätzung bleibt: Die Spaltung des revisionistischen Lagers ist unvermeidbar ... das Spiel hat ja gerade erst begonnen.

»Euros« schlimmer als die »ML«er

(aus AK 114, Oktober 1977)

Es soll ja immer noch Sozialisten geben, die den sogenannten „Eurokommunismus“ für eine linke (!) Alternative zum Revisionismus halten. Mögen folgende Episoden aus dem Leben der französischen „Euro“-PCF sie in ihrem Glauben bestärken:

1. Episode: In einem Interview mit „Le Monde“ (15.9.77) warf der französische Außenminister de Guiringaud der PCF u.a. vor, sie wolle die französische Atombewaffnung „einfrieren“. Politbüro-Mitglied Kanapa gab daraufhin im Namen der PCF eine Stellungnahme ab („Le Monde“, 16.9.77), in der er zu diesem Punkt ausführte: „Wenn uns die Guiringaud die Absicht unterstellt, die Atombewaffnung ‚einzufrieren‘, dann erlaubt er sich schlicht eine Lüge. In Wirklichkeit hat sich die PCF sehr klar dafür ausgesprochen, daß eine französische Atombewaffnung aufrechterhalten wird, die sich auf dem Niveau befindet, das nötig ist, um jeden davon abzuschrecken, die Unabhängigkeit und Integrität des Landes anzutasten. Unsere Dokumente sagen unzweideutig, daß dies auch wissenschaftlich-technische Fortschritte einschließt“. Da kann sich jeder „ML“-

Vaterlandsverteidiger noch eine Scheibe von abschneiden!

2. Episode: Anfang September fand in Frankreich das Manöver „Demeter“ statt, eines der bisher umfangreichsten Manöver der französischen Armee. Besonderer Wert war dabei darauf gelegt worden, „Volksnähe“ zu demonstrieren, vor allem die Kinder zum „Spielen“ an Panzern und Geräten anzulocken usw. Die Begleitmusik dazu spielte das PCF-Organ „l'Humanité“, das unter der Überschrift „Die Armee unterm Volk“ Frohsinn über die „von der Volksbegeisterung im Sturm eroberten Panzer und Fahrzeuge“ verbreitete. Das war so starker Tobak, daß sogar die Vaterlandsverteidiger von der PCR (ML) die PCF deswegen kritisierten! („Le Quotidien du Peuple“, 10.9.77).

3. Episode: Am 13. September wurde in Bouvesse-Quirieu (Dep. Isère) ein Anschlag auf eine u.a. in der AKW-Erstellung tätige Baufirma verübt. Ein ähnlicher Anschlag war kurz zuvor auf Anlagen des staatlichen Energie-Konzerns EDF verübt worden. In beiden Fällen bezeichneten sich die Attentäter als „comité antinucléaire“ (Anti-AKW-Komitee). Die PCF des Dep. Isère gab dazu folgenden schau-

rigen Kommentar: „Wir klagen das Verhalten der Regierung an, die es zuläßt, daß weiterhin solche Anschläge stattfinden, die sich in unserem Department gegen die EDF und heute gegen einen Privatbetrieb richteten. Jedes demagogische Verhalten oder jedes Zugeständnis gegenüber den Anti-AKW-Komitees, wie es bei den Sozialisten des Dep. Isère am 30. und 31. Juli der Fall war (gemeint ist die Malville-Demonstration – Anm. AK), kann nur den Herrschenden dienen“ (zit. nach „Le Monde“ vom 16.9.77). Die PCF will also nicht nur in bester Manier der Herrschenden Anschläge dazu benutzen, um die gesamte Anti-AKW-Bewegung zu diffamieren (Die PCF tritt natürlich kräftig für AKW's ein!), sondern es sollen auch noch die „Sozialisten“ Mitterrands denunziert werden, die sich angeblich „zu solidarisch“ mit der Anti-AKW-Bewegung gezeigt haben.

Was hält übrigens die DKP – allzeit bereit, mit dem Finger auf die „ML“er zu zeigen und deren Dussligkeiten für ihre Chaoten-Hetze auszunutzen – von diesen Praktiken ihrer französischen „Bruderpartei“ ab?! Wer im Glashaus sitzt...!

Schaukampf zwischen KPdSU und »Euros« geht weiter

(aus AK 117, November 1977)

Im Schlagabtausch zwischen der KPdSU und den „Eurokommunisten“ gab es in den letzten Tagen wieder Neues zu vermelden. Bei den „Feierlichkeiten“ in Moskau zum 60. Jahrestag der Sozialistischen Oktoberrevolution durfte der spanische KP-Chef Carillo, obwohl eingeladen, seine vorbereitete Rede nicht halten. Nach eigenen Angaben bekam er zudem von den KPdSU-Führern einen Platz in der letzten Reihe zugewiesen, während alle anderen anwesenden Revisionistenhäupter vorderste Plätze erhielten und auch Grußbotschaften und Redebeiträge halten durften.

Carillo gab sich gegenüber dieser offenen Briskierung recht gefaßt, wie er noch von Moskau aus in einem Interview mit dem spanischen Rundfunk erklärte: „Da sie im Kreml sagen, ich sei ein Verräter, wäre es ja seltsam gewesen, wenn sie mich auch noch hätten sprechen lassen.“ („FAZ“, 5.11.). Nach Madrid zurückgekehrt zeigte er seine Verärgerung über die KPdSU-Führer (und vielleicht auch über seine eigene Dummheit!) doch deutlicher: „Ich glaube, daß sie (die KPdSU-Führer) uns zu verstehen geben wollten, daß es Grenzen gibt, und daß wir diese Grenzen überschritten haben. Ich war über ihren Mangel an Intelligenz überrascht. Die sowjetischen Führer haben sich immer noch nicht an die Existenz unabhängiger kommunistischer Parteien gewöhnt... Die einzige Erklärung, die mir vor meinem Rückflug gegeben wurde, war die, daß ich in den sowjetischen Provinzen hätte sprechen können. Aber ich bin nicht nach Moskau gegangen, um eine Provinzreise zu absolvieren.“ („Le Monde“, 6./7.11.).

Vertreter der KPdSU haben die Kritik plump als „Verdrehung der Wahrheit“ zurückgewiesen. Der Chefredakteur der „Prawda“, M. Afanassiew, behauptete in einer am 7.11. herausgegebenen Erklärung, daß Carillo selbst schuld sei, wenn er auf der Festveranstaltung nicht habe sprechen können, weil er „zu spät“ angekommen sei (die Festveranstaltung fand am 3.11. statt, Carillo traf am 2.11. in Moskau ein). Allerdings ist den sowjetischen Führern diese Ankunftszeit

von vornherein bekannt gewesen, da Carillo bis zum Vortag am Kongreß der baskischen und katalanischen Sektionen seiner Partei teilnahm. In einem Kommuniqué der spanischen KP als Antwort auf die Erklärung Afanassiew's heißt es darüber hinaus: „Gleich bei seiner Ankunft in Moskau hat Santiago Carillo seinen Redetext den sowjetischen Verantwortlichen übergeben; am Morgen des 3. November befand sich dieser Text auch in allen Übersetzerkabinen. Nichtsdestoweniger wurde die Versammlung beendet, ohne daß Carillo das Wort erteilt wurde.“ („Le Monde“, 9.11.).

Die Ausrede der KPdSU-Führer mit dem „Zuspätkommen“ Carillos ist eine absolut lächerliche Erklärung, die nur erneut das beschämende Niveau zeigt, auf dem die KPdSU-Führung die „Auseinandersetzung“ mit dem „Eurokommunismus“ führt. Auch wenn es nach der hitzigen Eröffnung der Angriffe auf den „Eurokommunismus“ und speziell Carillo im Juni und Juli dieses Jahres für längere Zeit wieder „stiller“ darum geworden war und allgemein der Eindruck einer „Wiederversöhnung“ erweckt wurde, ist dieser Konflikt alles andere als gelöst. Nach wie vor ist es das Ziel der KPdSU-Führung, die „profiliertesten“ Vertreter des „Eurokommunismus“, die an ihrer Kritik an der Politik der KPdSU und an den politischen und gesellschaftlichen Zuständen in der Sowjetunion festhalten, aus den Reihen der sogenannten „kommunistischen Weltbewegung“ (d.h. dem von ihnen beherrschten revisionistischen Lager) zu verstoßen, und die Mehrheit der „Eurokommunisten“ wieder zur kritiklosen Anerkennung des Führungsanspruchs der KPdSU zu bringen. Daß sie dabei auch die Spaltung der bestehenden revisionistischen Parteien einkalkuliert und selbst mit fördert, ist u.a. daran deutlich geworden, daß zu dieser Festveranstaltung zur Oktoberrevolution aus Schweden sowohl die „Linkspartei der Kommunisten“ (VPK = „Eurokommunisten“) und die kürzlich daraus abgespaltene, stramm auf KPdSU-Kurs liegende „Arbeiterpartei der Kommunisten“ (AKP) eingeladen wurden. Das politische Büro der VKP zeigte sich

darüber und über die unverhüllt „bevorzugte“ Behandlung der AKP durch die KPdSU-Führung sehr verärgert und schrieb in einer Erklärung, daß die VKP „äußerst überrascht“ sei, „daß die KPdSU Beziehungen zu einer kleinen sektiererischen Gruppe aufrechterhält, die sich von der schwedischen KP abgespalten hat. ... Das steht im Widerspruch zu den Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen und Arbeiterparteien, die 1976 auf der Berliner Konferenz bekräftigt wurden.“ („Le Monde“, 6./7.11.).

Als Reaktion auf die teilweisen Sympathien bzw. vergleichsweise zögernde Abwehr, die die Positionen des „Eurokommunismus“ bei einigen KPs in Osteuropa gefunden haben (insbesondere haben Rumänien und Jugoslawien ihre Unterstützung des „Eurokommunismus“ recht offen dargelegt, und Ungarn hat anfangs eine „neutrale“ Position in diesem Konflikt eingenommen), sind die Angriffe gegen den „Eurokommunismus“ z.T. sogar noch stärker geworden. Der tschechoslowakische ZK-Sekretär Havlin hat jüngst z.B. in der Parteizeitschrift „Zivot Strany“ offen auch eben diejenigen angegriffen, die die Kritik an der KPdSU nur zögernd zurückweisen: „Nicht nur diejenigen Parteiführer sind nach Havlin zu verurteilen, die den Eurokommunismus direkt tragen, sondern auch diejenigen, die zu ihm schweigen. Nichts zu sagen, wenn andere sozialistische Länder verleumdet werden, bedeutet nach Havlin eine Öffnung gegenüber dem Antikommunismus“ und „direkte Hilfe für diesen.“ („FAZ“, 5.11.).

Interessant sind auch die Reaktionen der anderen bedeutenden Parteien des „Eurokommunismus“ auf den „Carillo-Vorfall“ in Moskau. KPI-Chef Berlinguer, dessen Partei schon nach den ersten Angriffen der KPdSU-Führung auf den „Eurokommunismus“ sehr schnell wieder zurückwich und „mäßigend“ zwischen Carillo und der KPdSU zu schlichten versuchte, stellte sich einfach ahnungslos: „Wirklich, ich bin nicht sehr gut über die Umstände informiert, unter denen dieser Vorfall passieren konnte, und ich bin

auch nicht in der Lage zu sagen, ob er verhindert werden konnte." („Le Monde", 6./7.11.). Anders reagierten dagegen die Vertreter der KPF. Die KPF hatte im übrigen schon dadurch ihre „Distanz" zur KPdSU deutlich gemacht, daß nicht ihr Parteichef Marchais persönlich zu dieser internationalen Revisions-Fete erschien, sondern sich durch die Politbüro-Mitglieder Paul Laurent und Jean Kanapa vertreten ließ. Diese erklärten nach ihrer Rückkehr: „Wenn es eine Zensur gegeben hat, dann ist dies unzulässig". Über die Rede Breschnews meinten sie weiter, daß dieser „nichts Wesentliches" gesagt habe (ebd.).

Was den ganzen Konflikt zwischen der KPdSU (und den übrigen „Realsozialisten") einerseits und den „Eurokommunisten" andererseits nach wie vor kennzeichnet, ist die Weigerung vor einer tatsächlich politisch-ideologischen Auseinandersetzung, bei der die sie einenden revisionistischen Grundpositionen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Die KPdSU-Führung setzt allein auf Einschüchterung und Druck, auf rein machtpolitische Arroganz, um die „Eurokommunisten" wieder „auf Linie" zu bringen und einige unter ihnen (insbesondere Carillo und Anhang) schrittweise zu isolieren, zu provozieren und schließlich kaltzustellen.

Carillo selbst gibt der KPdSU-Führung letztlich die hervorragende Möglichkeit zur weiteren Anwendung dieser Methoden, indem er immer offener die Gunst des Imperialismus sucht. Demnächst wird er, als erster KP-Chef der „westlichen Welt", eine Reise in die USA antreten. Offiziell ist er von der US-Universität Yale zu mehreren Vorträgen eingeladen. Carillo selbst hat aber angedeutet, daß es dabei wahrscheinlich auch zu Gesprächen mit US-Politikern kommen wird: „Auf einer so langen Reise ist alles möglich" („FAZ", 19.9.). Nach seinem Redebeitrag in Moskau erklärte er auch offen seine Absichten dieser Tour: „Seine Reise in die Vereinigten Staaten könne dazu beitragen, die Washingtoner Abneigung gegenüber einer Beteiligung von Kommunisten an westeuropäischen Regierungen zu verringern" („FAZ", 5.11.). Man kann sich daher denken, wie Carillo sich dort anbiedern wird. Auch zum BRD-Imperialismus haben Carillo und Co. ihre Fühler bereits

ausgestreckt: „Informelle Gespräche zwischen Angehörigen der bundesdeutschen Botschaft (in Madrid; die Red.) und Mitgliedern des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei Spaniens hat es schon seit längerer Zeit gegeben." („FAZ", 9.8.). Daß der Streit zwischen der KPdSU-Führung und den „Eurokommunisten" weitere den gesamten Revisionismus entlarvende „Höhepunkte" erleben wird, ist demnach

vorauszusehen; denn Carillo wird die erwünschte „Washingtoner (und Bonner) Abneigung gegenüber einer Beteiligung von Kommunisten an westeuropäischen Regierungen" nur dann „verringern" können, wenn er sich noch bereitwilliger als Instrument der beschleunigten Sozialdemokratisierung der spanischen und anderer KPs einsetzen läßt und zudem seine „Unabhängigkeit" von der KPdSU noch deutlicher macht.



aus der italienischen Zeitung "nuova unita", 15.6.76

Carillo: Kopfüber in die bürgerliche Politik

(aus AK 123, Februar 1978)

Die Geschwindigkeit, mit der die spanischen Euro-Revisionisten eine ideologische Position des Kommunismus nach der anderen über Bord werfen, ist zum Teil atemberaubend. Die bedenkenlose Hingabe, mit der sich die PCE-Führung der Unterstützung der spanischen Rechtsregierung und der Monarchie widmet, ist selbst der italienischen Schwesterpartei qualitativ um einige Nasenlängen voraus. Dies wiegt umso schwerer, als die spanische PCE dank ihres relativ schlechten Abschneidens bei den ersten Wahlen am 15. Juni 1977 (unter zehn Prozent) gar nicht unmittelbar vor die Frage einer eventuellen Mitverantwortung für die Regierungs- und Staatsgeschäfte gestellt ist – ganz im Gegensatz zur italienischen PCI.

Die Positionen der Klassenzusammenarbeit, die von der Carrillo-Führung schon Ende der 60-er Jahre in aller Offenheit und mit scheintheoretischer Rechtfertigung entwickelt wurden („Pakt für die Freiheit"), haben unter den Bedingungen des Liberalisierungsprozesses in Spanien ebenfalls eine neue Qualität erhalten. Die „Theorie" von der „nationalen Versöhnung" aller Spanier treibt erstaunliche Sumpfb Blüten. Hier eine der üblichen Stellungnahmen Carrillos gegenüber einer vielgelesenen spanischen Zeitschrift: „Wir tun alles, um die Vergangenheit zu vergessen, und jeder, der unsere Parlamentsreden gehört hat, der hat gemerkt, daß wir sogar vermeiden, von Frankisten und Antifrankisten zu sprechen". Auf die Frage des Journalisten, ob es nicht etwas schwierig sei, die frankistische Vergangenheit vieler Abgeordneter zu vergessen, meinte Carrillo: „Nein, das nicht. Es fällt mir leicht, sie so zu sehen, wie sie heute handeln, und politische Beziehungen auf der heutigen Basis und nicht auf der von gestern herzustellen. Es fällt mir außerordentlich leicht, und der Beweis ist, daß ich mit vielen dieser Personen sehr freundschaftliche Beziehungen habe" („Interview", 18.1.78).

Eine solche Aussage hat eindeutig provokatorischen Charakter und schlägt jedem klassenbewußten spanischen Arbeiter voll ins Gesicht. Sie macht vor allem deutlich, daß Carrillo sein Konzept der Klassen-

zusammenarbeit ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen will. Wie weit die Parteibasis da mitzieht, bleibt abzuwarten. Der Parteikonferenz der PCE im März wird hierüber sicher einigen Aufschluß geben.

PCE und Lenin

Mit der Verteidigung des kapitalistischen Systems in Spanien geht die Auflösung der internen Parteistrukturen einher sowie die ausdrückliche Aufgabe leninscher Partei- und Revolutionstheorien. Das Zentralkomitee der PCE hat für den kommenden Parteitag einige Grundsatzthesen ausgearbeitet, in denen sich die Partei als „marxistisch, demokratisch und revolutionär" definiert und behauptet, daß „der einschränkende Begriff von Leninismus als dem Marxismus unserer Epoche nicht aufrechterhalten werden kann" („El Pais", 25.1.78). Das ZK-Papier kündigt die Auflösung der Zellenstrukturen der Partei an (die es seit der Legalisierung der Partei ohnehin nicht mehr gebe), stattdessen sollen „breite und offene" Gruppen agieren. Gleichzeitig soll der Anspruch des demokratisch-zentralistischen Funktionierens der Partei zugunsten einer angeblich demokratischen Wahl aller höheren Parteigremien endgültig aufgegeben werden („El Pais", 24.1.). In demagogischer Weise werden hier Wahlen von Leitungsgremien dem demokratischen Zentralismus gegenübergestellt. Tatsache ist, daß der rein formale Akt von Wahlen keineswegs eine Garantie für innerparteiliche Demokratie ist, wie zur Genüge die Parteitage der bürgerlichen Parteien hierzulande beweisen. Die Ausschaltung innerparteilicher Opposition ist möglich – und darin ist die PCE so versiert wie andere reformistische Parteien – trotz „Wahlen". Auch die von der PCE-Führung geplante Einrichtung eines „Beschwerdeausschusses" außerhalb der Parteistrukturen ist ein Mittel, Kritik totlaufen zu lassen. Wir kennen dies u.a. von den Beschwerde (= Papierkorb)ausschüssen der DGB-Gewerkschaften.

Manuel Azcarate, Ideologe und Außenpolitiker der PCE, äußerte in

einem Gespräch mit dem „Spiegel": „Die Diktatur des Proletariats, die Konzeption Lenins der Demokratie, der Aufbau einer Kaderpartei und die Vorstellung, die Weltrevolution fände als weltweiter Bürgerkrieg statt. Das alles ist heute unakzeptabel" („Spiegel", 12.12.77). Auf den Begriff „Marxismus-Leninismus" zur Kennzeichnung des eigenen politisch-ideologischen Standortes habe die PCE schon vor acht Jahren verzichtet.

Die Ablehnung der leninschen Kaderpartei als einer Kampfpartei ergibt sich logisch aus der Revision der Staatstheorie Lenins durch die spanischen Euro-Revisionisten, welche von Santiago Carrillo in seinem Buch „Eurokommunismus und Staat" weitschweifig dargestellt wird. Gemäß Carrillo ist die demokratische und friedliche Umwandlung des bürgerlichen Staatsapparates möglicher denn je. Darauf müssen natürlich auch die Klassenkämpfe der Arbeiter Rücksicht nehmen. Im Rahmen der „Theorie" von der „nationalen Versöhnung" haben radikale Arbeiterkämpfe keinen Platz mehr. Solche radikalen Arbeiterkämpfe zu „befrieden", ja sogar sich offen gegen sie zu stellen, ist seit längerem ein wichtiges Betätigungsfeld der revisionistisch beherrschten „Comisiones Obreras" (CCOO).

PCE – neue Sozialdemokratie?

Daß sich die Positionen der spanischen Euro-Revisionisten immer mehr den sozialdemokratischen Thesen vom sozialen Frieden und der „Wir-sitzen-alle-in-einem-Boot"-Theorie anpassen, ist vielen aufgefallen. Die PCE-Führung selbst ist bemüht, diesen Annäherungsprozeß zu beschleunigen und zusätzlich als einen Erfolg der Arbeiterbewegung zu verkaufen. Während die italienischen und französischen Revisionistenhäuptlinge ihre Anpassung an die internationale Sozialdemokratie jedoch meist mit allerlei ideologischen Verrenkungen unter Wahrung eines Mindestmaßes an marxistischem Vokabular absolvieren, tritt Carrillo ganz offen und provokatorisch als „enfant terrible" im revisionistischen Lager auf.

Zwar hält die PCE-Führung eine gewisse verbale Kritik an den sozialdemokratischen Parteien aufrecht – so z.B. daß bisher keine sozialdemokratische Regierung versucht habe, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen (!!) – im gleichen Atemzug werden jedoch „die Schritte sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien zum Marxismus“ begrüßt. Die PCE-Führung betonte, sie sei „bestrebt, einen Kampf für den Wiederaufbau der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage zu führen“ („El Pais“, 25.1.78 – Auszug aus dem ZK-Thesenpapier).

Noch deutlicher wurde Carrillo selbst: „Ich glaube, daß wir auf lange Sicht zu einer Einheit kommen. In einer einzigen Partei oder in dem, was wir eine neue politische Formation genannt haben, in der beide Parteien koexistieren, vielleicht zusammen mit anderen“ („Interview“, 18.1.). Carrillo betonte, daß eine solche „neue Formation“ durchaus nicht gleichzusetzen sei mit einer Volksfront. Das kann nur bedeuten, daß eine politische und ideologische Eigenständigkeit der einzelnen Parteien, wie sie innerhalb einer Volksfront besteht, nicht mehr vonnöten ist, da man sich bereits auf dem untersten Nenner reformistischer Politik verständigt hat und einig ist.

Carrillo meint, daß heute die Bedingungen für die Spaltung der 2. Internationale (in einen kommunistisch-revolutionären Flügel und einen sozialdemokratischen und proimperialistischen) nicht mehr bestehen. Damals hatten die Opportunisten innerhalb der II. Internationale sich für eine Unterordnung der Arbeiterklasse unter die imperialistische Kriegspolitik stark gemacht. Carrillos Begründung: „Heute ist ein Weltkrieg undenkbar, er würde niemand nutzen, weil es Atomwaffen gibt“ („El Pais“, 22.1.78). Dies zu behaupten, angesichts der fieberhaften Aufrüstung aller imperialistischen Länder, ist mehr als dreist.

PCE und Imperialismus

Den Kniefällen vor der eigenen Bourgeoisie durch die PCE-Führung folgten in letzter Zeit Auslandsreisen im Dienste der spanischen Oligarchie, die zugleich dem Abbau von Vorurteilen gegenüber der PCE und ihrer möglichen „Unzuverlässigkeit“ aus imperialistischer Sicht dienten. Bei seinem Vortrag an der Yale-Universität in den USA im letzten Jahr (Carrillo war der erste „Kommunist“, der eine offizielle Einreiseerlaubnis in die USA bekam!), ermunterte dieser die amerikanischen Konzerne, ohne Hemmungen in Spanien zu investieren: „Ich als Kommunist kann den nordamerikanischen Investoren sagen, daß sie beruhigt sein und in vollem Vertrauen in Spanien investieren können. Vielleicht wundert es Sie, daß ich so etwas sage, aber mein Land braucht Kapital und Technologie“ („Deia“, 18.11.77).

Auch gegen die militärische Präsenz der US-Imperialisten in Spanien hat die PCE-Führung inzwischen nichts mehr einzuwenden. ZK-Mitglied Azcarate sagte in einem Gespräch mit dem „Spiegel“: „Wir wollen das heutige Gleichgewicht der Kräfte nicht einseitig ändern. Wir sind deshalb auch für die vorläufige Beibehaltung der amerikanischen Stützpunkte in unserem Land – und werden die Räumung der US-Basen erst verlangen, wenn die Sowjets im Gegenzug ihre Truppen etwa in der Tschechoslowakei vermindern“.

Die PCE-Führung behauptet zwar, derzeit noch gegen einen NATO-Eintritt Spaniens zu sein, doch dürfen auch solche Bedenken bald gegenstandslos werden: „Wir gehen nicht in die NATO, wir akzeptieren die bestehenden US-Stützpunkte – wir verstärken aber alle Tendenzen in Richtung auf ein bündnisfreies Westeuropa, damit es zu einem eigenständigen Machtfaktor in der Weltpolitik wird und zu einer eigenen, von den USA unabhängigen Politik vor allem gegenüber der Dritten Welt findet“ (beide Zitate: „Spiegel“, 12.12.77). Da freut sich der europäische Imperialist.

Um Vorurteile auch und gerade der westdeutschen Regierung und

westdeutscher Wirtschaftskreise gegenüber möglichen linksradikalen Tendenzen der Euro-Sozialdemokraten abzubauen, bereiste eine Delegation hoher PCE-Funktionäre auch die BRD (übrigens zusammen mit italienischen und französischen „KP“-Vertretern). Es gab Kontakte mit führenden SPD-Politikern, die allerdings auf eine „inoffizielle“ Ebene herabgespielt wurden und es „opferter über hundert deutsche Unternehmer und Manager zwei ganze Tage, um ihre Haltung zum Eurokommunismus zu klären“ („Die Welt“, zitiert nach „El Pais“, 4.12.77).

Daß die spanischen Euro-Revisionisten bei ihren Anbiederungsversuchen ein gewisses Wohlwollen bei den eigenen und ausländischen Kapitalisten hervorrufen, wollen wir nicht bezweifeln. Doch die rasante Abkehr der PCE-Führung von den minimalsten ant imperialistischen und antikapitalistischen Positionen – und dies in aller aufreizenden Deutlichkeit – führt an der PCE-Basis mit Sicherheit zu Unzufriedenheit und Kritik. Aus Hamburg wurde bekannt, daß die Hälfte (!) der hier organisierten PCE-Exil-Mitglieder die Partei verlassen hat aus Wut und Enttäuschung über den Verrat der Carrillo-Clique.

Konkurrenz für Carrillo-Partei

Seit einiger Zeit hat die Carrillo-Partei u.a. auch „Ärger“ mit dem ehemaligen PCE-General Lister, der im spanischen Bürgerkrieg eine prominente Figur war, und der nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei im Gegensatz zur Carrillo-Führung weiterhin ein Anhänger der Moskauer Politik blieb.

Listers Partei PCOE („Kommunistische Arbeiterpartei Spaniens“) hatte während der Franco-Zeit keinerlei Verankerung in Spanien selbst, auch nach der Legalisierung dieser Partei in Spanien, ist sie – gemessen an Einfluß und Verankerung – weiterhin nicht vergleichbar mit der eurorevisionistischen PCE, doch ihre Kritik an der sozialdemokratischen Linie der PCE könnte ihr unzufriedene PCE-Mitglieder zuführen.

„Die alte kommunistische Partei hat sich in eine Partei sozialdemokratischen Zuschnitts verwandelt, als Folge der opportunistischen und revisionistischen Abweichung Carrillos“, sagte Lister auf dem 10. Kongreß der PCOE im Januar 78 („El Pais“, 7.1.).

Lister kritisierte die Zustimmung der PCE zum Lohnsenkungspakt von Moncloa und gab der Carrillo-Partei die Schuld,

daß es bei den Parlaments-Wahlen vom 15. Juni 77 nicht zu einer großen Koalition aller Volks- und Arbeiterkräfte gekommen ist, die eine „Linksregierung“ ermöglicht hätte.

Lister meinte auf dem Kongreß seiner Partei, daß sich die PCE Carrillos zusehends zersetze. Er betonte, daß seine Partei weiter am Marxismus-Leninismus, an der Diktatur des Proletariats und am proletarischen Internationalismus festhalte („El Pais“, 10.1.). Doch damit es keine Mißverständnisse gibt, Listers Vorbilder sind dabei die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten, in denen es angeblich „wirklich sozialistische Regimes“ gibt.

Inzwischen gibt es eine dritte von einem PCE-Dissidenten gegründete Partei in Spanien. Sie nennt sich „PCE (8. und 9. Kongreß)“. Ihr Vorsitzender ist Eduardo Garcia, der sich mit Carrillo ebenfalls bei der Beurteilung des Tschechoslowakei-Einmarsches überwarf. Garcia galt im früheren Exekutivkomitee Carrillos angeblich als der „reinste Stalinist“ („Frankf. Allgem. Zeitung“, 17.1.78). Auch diese Partei ist heute noch relativ bedeutungslos. Garcia liegt in Intimfehde nicht nur mit Carrillo, sondern auch mit Lister.

Regierungskrise in Italien

(aus AK 123, Februar 1978)

Seit dem Rücktritt der Regierung Andreotti am 14.1.78 ziehen sich die „Bemühungen zur Überwindung der Krise“ hin, ohne daß eine neue, alternative Konstellation absehbar ist. Klar ist nur eines: keine der bürgerlichen Parteien will vorzeitige Wahlen, die das Ringen um die Macht nur verschärfen würden, keine will eine Linkscoalition unter Ausschluss der Christdemokratie. Seit 6 Wochen geht es also darum, wie man am besten und plausibelsten eine Formulierung für eine „neue“ Regierung und ein „neues“ Programm finden kann, ohne in Wirklichkeit etwas zu verändern.

Kurz die Vorgeschichte:

Am 20.6.76 war Andreotti nach der Wahl, die der DC 38% der Stimmen einbrachte, mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragt worden. Grundlage für diese Regierung war von vornherein die Stimmenthaltung der kleineren Parteien und der PCI, die bei den Wahlen 1976 immerhin 34,6% erhalten hatte. Die Bemühungen der PCI, um den „Historischen Kompromiß“ hatten zum Ergebnis, daß die wichtigsten Entscheidungen, „Reformen“ und Gesetze der DC immer wieder von der PCI gebilligt, durch Stimmenthaltung unterstützt oder gar initiativ vertreten wurden.

Die sich verschärfende Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Inflation veranlaßten Andreotti im Juli '77, einen „Sozialpakt“ der sechs bürgerlichen Parteien zu bilden (DC, PCI, Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten, Liberale), die ein gemeinsames Programm vereinbarten. Doch auch dieser „Sozialpakt der sechs“ konnte keine Wende der wirtschaftlichen und politischen Krise herbeiführen. Am 2. Dezember demonstrierten 300.000 Arbeiter auf der bislang größten Demonstration dieser Regierungsperiode gegen die Restriktionspolitik der Regierung Andreotti, gegen den Abbau der Löhne, die Arbeitslosigkeit und die verstärkten Angriffe auf die Rechte der Arbeiter. Nach zwei Perioden der „stangata“, der wirtschaftlichen Restriktion im November '76 und Herbst '77, die nur mit Hilfe drastischer Maßnahmen wie Lohnstop, Abbau der Feiertage, Steuererhöhungen, Abbau der sozialen Leistungen

seitens der Regierung, PCI und Gewerkschaftsführung noch einmal etwas „abgemildert“ werden konnte, stand jetzt die dritte „stangata“ vor der Tür, ohne daß die Bourgeoisie neue Formen der Regierung und neue Sozialpakete, Koalitionen etc. als Alternative anbieten konnte.

In dieser Situation machte die PSI (Sozialisten) den Anfang und forderte den Rücktritt der DC-Regierung. Bereits im Dezember war klar, daß dies als einzige Möglichkeit erhalten konnte; dennoch ließ sich die PCI fast fünf Wochen Zeit, ehe sie sich entschloß, diesen Kurs mit zu unterstützen. Die Regierung wurde also nicht gestürzt, sondern in Absprache mit der PCI nahm Andreotti Mitte Januar seinen Hut, um ihn eine Woche später wieder aufzusetzen und erneut eine Regierungsbildung in Angriff zu nehmen. Forderung der PCI war zunächst, die Bildung einer Notstandsregierung zur Überwindung der Krise unter Beteiligung „aller demokratischen Kräfte“. Sie stieß mit dieser Forderung auf ein klares „Nein“ der DC, PSDI und PLI. Die Forderung nach einer Regierungsbeteiligung der PCI war jedoch von vornherein nicht ultimatim gestellt und wurde nicht mit Druck vorgetragen. Nach dem klaren Nein zur direkten Regierungsbeteiligung begann eine Flut von neuen Formulierungen. Die PCI forderte einen „Notstands-pakt“ ohne Regierungsbeteiligung, dann eine „Beteiligung am Programm“, dann eine „politische Mehrheitsfraktion“ und dann wiederum die „Notstandsregierung“. Die DC kontierte mit ebenfalls einflussreichen Varianten, so der „Mehrheit durch Enthaltung“ oder der „Mehrheit für ein Programm“ oder einer „programmatischen Mehrheit“, d.h. einer Erneuerung des „Sozialpakts“ und Fortsetzung der DC-Regierung mit Unterstützung der anderen „demokratischen“ Parteien.

PCI: Wandel zur Sozialdemokratie

Hauptanliegen dieses taktischen Verwischens ist, die politischen Absprachen hinter den Kulissen zu vertuschen und davon abzulenken, daß ge-

rade die PCI unter der Alibi-Forderung der Regierungsbeteiligung die sechs Wochen der Krise genutzt hat, um ihre neue Strategie der verschärften Sparpolitik bis hin zur offiziellen Absage an den Klassenkampf durchzusetzen. Ein deutliches Zeichen setzte hier der Gewerkschaftsführer der PCI-Gewerkschaft CGIL, Lama, der in einem Interview mit „La Repubblica“ am 24.1.78 die Linie der PCI am klarsten herausstellte. Lama „bekannte“ sich zu „Fehlern“ in der Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre, nämlich „einer Politik mit rein vulgär-ökonomischen Aspekten“, und forderte die Arbeiterklasse auf, „für die Nation Opfer zu bringen“. „Es handelt sich exakt darum: Die Gewerkschaft fordert von den Arbeitern eine Politik der Opfer, keine oberflächlichen, sondern fundamentale“ (La Repubblica 24.1.78). Lama betonte, daß die einzige Rettung zur Überwindung der Krise neue Investitionen und Kapitalakkumulationen seien, alles andere sei nebensächlich. „Wenn wir der Forderung nach dem Abbau der Arbeitslosigkeit ernsthaft nachkommen wollen, ist es klar, daß die Bedingungen der Arbeiter, die Beschäftigung haben, zwangsläufig sind“. „Die Lohnpolitik muß sehr eingeschränkt werden“. „Die Fabriken müssen die Möglichkeit bekommen, überschüssige Arbeitskräfte entlassen zu können“. Lama fordert eine „größere Mobilität“ der Arbeitslosigkeit: jeder soll mal arbeitslos sein, und nicht immer dieselben. „Also effektivere Mobilität der Arbeitskraft und Schluß mit dem System der langfristigen Beschäftigung“ („La Repubblica“).

Außerdem sollte nach Meinung Lamas die „Cassa integrazione“, eine Art Arbeitslosenüberbrückung (es gibt keine Arbeitslosenversicherung), von drei auf ein Jahr Laufzeit heruntergestuft werden. Begründung Lamas: „Es ist oft vorgekommen, daß die Arbeiter in der Cassa integrazione eine neue Arbeit finden, während sie weiterhin die Gelder der Cassa in Anspruch nehmen und damit schwarzarbeiten auf Kosten der Cassa“.

Eine klare Drohung sprach Lama auch gegen die Vertreterversammlung der drei großen Gewerkschaften aus,

die am 14.2. tagte, um über die Regierungskrise zu beraten. Er stellte sozusagen die Vertrauensfrage und behauptete, auf diesem Kongress „werden die Vertreter der Arbeiterklasse klar aufgefordert, unter den Augen der Öffentlichkeit zu entscheiden, welche Rolle die Arbeiterklasse einzunehmen gedenkt, um das italienische Schiff vor dem Untergang zu retten.“

Lama zeigt noch schärfer als PCI-Chef Berlinguer, welcher Weg jetzt von der PCI eingeschlagen wird. Unter diesen Umständen wäre eine Neuwahl, die erneut an die PCI Forderungen von Seiten der Arbeiterklasse stellt, allerdings eine mittlere Katastrophe. Es ist absehbar, daß sich die PCI mit einer „neuen“ DC-Regierung arrangieren wird. Gesucht wird nur noch der taktische Dreh, mit dem die PCI das der Arbeiterklasse anbieten kann.

Das Spiel zwischen DC und PCI ist somit durchschaubar: Die DC ist vorerst aus dem Schneider, wenn sie bis Ende Juni durchhält, weil dann das „weiße Halbjahr“ vor den Präsidentschaftswahlen beginnt, in dem keine Parlamentsauflösung und damit praktisch auch keine Regierungsumbildung möglich ist. Die DC hätte damit erst einmal wieder Luft. Für die PCI geht es dabei darum, daß sie ihrer Basis allmählich keine „Opfer“ mehr abverlangen kann, ohne ihnen ein

Mehr an „Regierungsverantwortung“ vorzuführen. Auch für die PCI geht es also darum, irgendwie die letzten Monate bis zum „weißen Halbjahr“ zu überbrücken, da sie dann darauf verweisen kann, daß nunmehr in Sachen Regierungsbeteiligung nichts zu machen sei. Der seltsame „Rücktritt“ Andreottis Mitte Januar (ohne recht ersichtlichen Grund) und das langdauernde Hickhack danach scheinen also vor allem dem Zweck zu dienen, mit allen Mitteln Zeit zu schinden und irgendwie über die Runden zu kommen. Heftauspringen wird dabei letztlich wohl ein neues, kaum verändertes Programm-Abkommen der bürgerlichen Parteien.

Beginnender Widerstand an der Basis

Die Erklärung Lamas hat an der PCI-Basis zunächst zwar Empörung hervorgerufen, jedoch keine unmittelbaren umfangreichen Protestaktionen. Dennoch beginnt sich der Widerstand gegen diesen Ausverkauf zu formieren. Den Anfang machten die Arbeiter von drei Fabriken in Mailand, Turin und einem kleineren Ort im Süden, die sofort nach der Lama-Erklärung, zu den „Überflüssigen“ zählend, entlassen wurden. Dies hat auch verschiedene gewerkschaftliche Kräfte auf den Plan gerufen. Haupt-

kritiker sind bei der linken Metallarbeitergewerkschaft der FLM zu finden, aber auch bei Giovanni, Lehrer-gewerkschafts-Funktionär der CGIL, und bei anderen Untergruppen. In mehreren Demonstrationen in Mailand, Turin und Rom haben Arbeiter ihre Wut über den Ausverkauf der PCI demonstriert. Auch auf der Gewerkschaftskonferenz am 14.2.78 kamen nicht alle Forderungen Lamas durch. So wurde z.B. die Laufzeit der Cassa Integrazione nicht verkürzt und ebenfalls die Freikarte für Entlassungen seitens der Unternehmer nicht akzeptiert. Dennoch ist festzustellen, daß der Protest der Arbeiter, der im Dezember seinen Ausdruck auf der Massendemonstration in Rom gefunden hatte, sich nur langsam weiterentwickelt. Die Unsicherheit und die mangelnde Alternative gegenüber der PCI sind derzeit Hauptfaktor für den nur zögernden Protest der Arbeiterklasse. Auf einem Kongreß oppositioneller Arbeiter in Turin wurden daher Überlegungen angestellt, eine neue Gewerkschaft zu bilden, „denn in der Gewerkschaft gibt es keinen Platz mehr für die traditionelle Bewegungsfreiheit“.

Die Forderung nach einer linken Partei der Arbeiterklasse wird unter den oppositionellen Arbeitern lauter; über die Frage, wie diese aufzubauen ist, wird man jetzt stärker diskutieren!

oder, in den kapitalistischen Ländern, den politischen Erfordernissen der sozialistischen Länder, macht die notwendige rücksichtslose Diskussion über neue Formen und Inhalte der gewerkschaftlichen Arbeit innerhalb des WGB unmöglich“ („Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus“, 1/78).

Zum letzten Anstoß für ihren Austritt nahm die CGIL die Einberufung des 9. Weltkongresses des WGB ausgerechnet nach Prag. Dies wurde von der CGIL vor dem Hintergrund des baldigen zehnten Jahrestags des sowjetischen Überfalls auf die CSSR (21.8.68) als „Provokation“ bezeichnet.

Die von der PCF dominierte französische CGT blieb zwar bisher Mitglied im WGB, übte aber scharfe Kritik an der Situation im WGB und an dessen Politik. An dem zu verabschiedenden Programm des WGB kritisierte die CGT „die einseitig negative Darstellung der Lage der Arbeiterschaft im Westen und die kritiklose schönfärbische Präsentation der Situation im Osten“ und verzichtete demonstrativ auf eine weitere Mitarbeit in den Führungsgremien des WGB („FR“, 17.4., 18.4.). So wollte es die „CGT als „Warnung“ verstanden wissen, daß WGB-Generalsekretär Gensous (Mitglied der CGT) diesmal nicht erneut für diese Funktion kandidierte; seit Gründung des WGB 1947 hatte die CGT die Generalsekretäre gestellt.

Georges Seguy, Generalsekretär der CGT, erläuterte auf dem Kongreß die Kritik der CGT. So sagte er u.a., daß es „Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und den Genossen in den Fragen der Menschenrechte und der gewerkschaftlichen Freiheiten in den sozialistischen Ländern“ gebe; diese Meinungsverschiedenheiten müßten innerhalb des WGB offen und ehrlich diskutiert werden können, „da es sonst nur noch eine einseitige Verteidigung der Menschenrechte und Freiheiten geben und unsere Arbeit total gelähmt werden würde“ (nach „Welt“, 19.4.).

Davon völlig unbeeindruckt verteidigte der sowjetische Gewerkschaftsvorsitzende Schibajew auf einer Pressekonferenz den WGB gegen die Vorwürfe der GGT: „Weder die sowjetische noch andere Gewerkschaftsorganisationen aus den sozialistischen Ländern hätten jemals Druck auf andere Mitgliedsorganisationen ausgeübt. Im WGB seien alle Mitglieder auf demokratischer Basis organisiert, und jeder könne offen seine Ansichten aussprechen und vertreten. Auch der Vorwurf, die Gewerkschaften der sozialistischen Länder seien regierungstreu, treffe nicht zu“ („FR“, 20.4.).

Seguy kündigte an, daß die CGT nach Ablauf eines Jahres erneut überprüfen will, ob bis dahin Veränderungen im WGB eingetreten sind, die der CGT eine weitere Mitgliedschaft noch sinnvoll erscheinen lassen. Entschiedener äußerte sich die CGIL, die durch einen ihrer Sekretäre, Bonocini, erklären ließ, es gebe keine Chance, den WGB von innen zu verändern (nach „Le Monde“, 19.4.).

Der WGB-Kongreß im Spiegel der Revi-Presse

Die revisionistische Presse war in bekannter Manier bemüht, die Auseinandersetzungen zu beschönigen und ihren Inhalt zu verschweigen. Dazu gehörte auch, daß die Rede von Georges Seguy in der RGW-Presse an entscheidenden Punkten gekürzt wurde, worüber sich Seguy in scharfer Form beschwerte. Die CSSR-Nachrichtenagentur „Ceteka“ faßte die Rede Seguys so zusammen: „Georges Seguy ... äußerte sich anerkennend über die gute Vorbereitung des gegenwärtigen Kongresses ... Georges Seguy brachte auch den Standpunkt der CGT zur weiteren Tätigkeit des WGB zum Ausdruck“ (17.4., nach „Monitor-Dienst“, 19.4.).

Ähnlich „informativ“ war die DKP-Presse. So konnte man der „UZ“ vom 19.4. entnehmen, Seguy habe „von Differenzen zwischen den Gewerkschaften kapitalistischer und sozialistischer Länder gesprochen“. Inhaltlich blieb der Leser auf Rätseln angewiesen, falls er sich nicht schon an den dünnen und tendenziös zurechtgemachten Berichten der bürgerlichen Presse notdürftig „informiert“ hatte.

Den Vogel schoß die DKP-nahe „DVZ“ ab, die triumphierend meldete: „Der WGB zeigt sich vitaler denn je“ (27.4.). Vom Austritt der CGIL wurde in diesem Artikel nur behauptet, er sei „aus Gründen der Gewerkschaftseinheit in Italien vollzogen worden“ und habe „auf dem Kongreß keine Rolle gespielt“.

Über Seguy hieß es, arg „verkürzt“, er habe gefordert, „daß Gewerkschaften immer und unter allen Bedingungen in Kontraposition zu Regierung und Staat stehen müßten“. Das ist falsch, denn im „realen Sozialismus“ „könnten sich die Gewerkschaften nicht schematisch ebenso verhalten wie unter kapitalistischen Verhältnissen ... Sie hätten für die Lösung vorhandener Konflikte andere, neue, durchaus wirksame Instrumente“ („DVZ“, 27.4.). Damit soll seitens der DKP wieder einmal gerechtfertigt werden, daß die Werktätigen in den Ländern des sogenannten „realen Sozialismus“ noch nicht einmal über die einfachsten gewerkschaftlichen Rechte verfügen, wie etwa das Organisationsrecht und das Streikrecht. Angeblich sind diese, so die These der DKP, im „realen Sozialismus“ „überflüssig“!

Sind solche Rechte erst einmal „überflüssig“, so ist es natürlich für den „realen Sozialismus auch völlig normal“, wenn etwa von den 43 Gründungsmitgliedern einer „Freien Gewerkschaft der Sowjetunion“ mittlerweile 14 in Heilanstalten oder Gefängnissen verschwunden sind (vergl. AK 126 und „Spiegel“ 15/78)!

Wie es um den inneren Zustand der bestehenden Gewerkschaften im RGW bestellt ist, macht exemplarisch ein an den Weltkongreß des WGB gerichtetes Schreiben der Charta 77 deutlich. Darin wird auf Unvereinbarkeitsbeschlüsse der tschechoslowakischen Gewerkschaften und die Berufsverbote in der CSSR hingewie-

sen: „Wir sind der Überzeugung, daß man den Kampf gegen die Arbeitsdiskriminierung und für alle bürgerlichen Rechte nicht nur auf die kapitalistischen Länder beschränken kann. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung ist es, überall dort gegen das Unrecht zu kämpfen, wo es erscheint. Es ist z.B. unmöglich, das Berufsverbot in der Bundesrepublik Deutschland wirksam und glaubwürdig abzulehnen, und dabei die gleichen Tatsachen in der Tschechoslowakei zu übersehen. Es ist bedauerlich, daß die Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung (der CSSR) als Mitglied des WGB in dieser Hinsicht ihre Aufgaben nicht erfüllt“ („FR“, 22.4.).

9. Weltkongreß des WGB:

Risse im Revi-Lager

(aus AK 129, Mai 1978)

Vom 16. bis 23. April fand in Prag der 9. Weltkongreß des „Weltgewerkschaftsbunds“ (WGB) statt. Der WGB wurde 1945 als internationaler Gewerkschaftszusammenschluß im Weltmaßstab von den amerikanischen und sowjetischen Gewerkschaften gegründet. Mit Ausbruch des Kalten Krieges verließen die meisten westlichen Gewerkschaften unter Führung der amerikanischen CIO den WGB und gründeten 1949 die antikommunistische Spalterorganisation Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG). Als bedeutendste westeuropäische Gewerkschaft aus den kapitalistischen Ländern blieben die italienische CGIL, die französische CGT und der zypriotische Gewerkschaftsbund im WGB.

Der WGB wird heute von den revisionistischen Gewerkschaften dominiert, in erster Linie von den

Staatsgewerkschaften der Länder des sogenannten „realen Sozialismus“. Nach offiziellen Angaben beteiligten sich am 9. Weltkongreß des WGB insgesamt 350 Gewerkschaftsorganisationen aus 140 Ländern, die rund 260 Mio. Mitglieder vertreten. Wie viele davon Mitgliedsorganisationen sind, und wieviele nur als Beobachter und Gastdelegationen vertreten waren, war den Berichten der DKP-Presse nicht zu entnehmen. Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb am 17.4., der WGB habe 260 Mitgliedsorganisationen aus 125 Ländern, die 170 - 180 Mio. Mitglieder vertreten. Die reale politische Bedeutung und Mitgliederzahl vieler dieser Organisationen dürfte sich allerdings eher auf dem Niveau von „ML“-Parteien bewegen.

Der 9. Weltkongreß des WGB stand sehr im Zeichen der vom „Euro“-Revisionismus ausgelösten

Risse in der revisionistischen „Weltbewegung“:

— Die spanischen „Arbeiterkommissionen“ hatten schon vor längerer Zeit angekündigt, daß sie nicht in den WGB eintreten wollen, sondern sich zunächst um die Mitgliedschaft im sozialdemokratisch dominierten „Europäischen Gewerkschaftsbund“ bemühen wollen.

— Die von der italienischen „KP“ dominierte CGIL war Mitte März aus dem WGB ausgetreten. Die CGIL hatte schon lange die Vorherrschaft der Staatsgewerkschaften des „realen Sozialismus“ im WGB und den Mangel an gewerkschaftlichen Rechten in den Ländern des „realen Sozialismus“ kritisiert. Dazu die CGIL: „Das im WGB dominierende Verständnis über Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften der Partei und dem Staat in den sozialistischen Ländern unterordnet

Kongreß der PCE:

Lenin in die Mottenkiste

(aus AK 129, Mai 1978)

Der 9. Kongreß der spanischen euro-revisionistischen PCE, der vom 19. bis 23. April in Madrid stattfand und dem in allen Regionen Spaniens vorbereitende Konferenzen vorausgegangen waren, fand erhebliche Beachtung sowohl in Spanien selbst wie auch im europäischen Ausland. Der Grund hierfür ist leicht verständlich. Die spanischen Revisionisten (derzeit über 200.000 eingeschriebene Mitglieder) betätigen sich als Schrittmacher dessen, was sie als „Eurokommunismus“ bezeichnen und zeichnen sich seit einiger Zeit dadurch aus, daß sie in geradezu tollkühner Geschwindigkeit nicht nur bestimmte Prinzipien des Marxismus-Leninismus (die sowieso nur noch auf dem Papier bestehen) über Bord werfen, sondern sie werfen sowohl in ihren programmatischen Aussagen wie in ihrer konkreten Politik selbst die einfachsten, „selbstverständlichsten“ Grundlagen linker Politik über den Haufen. Der Kongreß der PCE war in diesem Sinne nicht nur von Interesse für die Beobachter der Bourgeoisie, sondern sicher auch für jene Kräfte, auf die die „Entdogmatisierung“ der revisionistischen Parteien faszinierend wirkt.

Vordergründig ging es auf dem PCE-Kongreß vor allem um die Selbstdefinition, um den Namen der Partei. Die ZK-Thesen, die den regionalen Gliederungen und dem Parteitag vorgelegt wurden, forderten die Abschaffung der Bezeichnung „marxistisch-leninistisch“ und die Ersetzung durch „marxistisch-demokratisch-revolutionär“. Lenin, der gute alte Kumpel, wurde von den ZK-Vertretern, allen voran Generalsekretär Santiago Carrillo, in die Mottenkiste gelobt: „Genossen, das ist doch ganz selbstverständlich, wir bleiben Leninisten! (...) Ich frage Euch, Genossen, wie kann die Partei den Leninismus ablegen, wenn sie beharrlich für den Sieg der sozialistischen Revolution und des Kommunismus kämpft? Doch Genossen, es ist soviel Wasser den Ebro hinuntergefloßen seit jener Epoche, daß es doch ein ungeheurer Irrtum wäre, wollte man heutzutage den Winterpalast stürmen, wie es damals sehr richtig und sehr revolutionär unser unvergessener Genosse Lenin mit der bolschewistischen Partei unternommen hat!“ („Mundo Obrero“, Organ der PCE, 13.4.78).

Die Abkehr von Opa Lenin vollzog sich durchweg in so inhaltsreichen Ausführungen wie der des ZK-Mitgliedes Sanchez Montero: „Die Änderung des Namens bedeutet keine Abwendung von Lenin und auch nicht vom Leninismus, allerdings sind grundsätzliche Konzeptionen seiner Theorie durch gesellschaftliche und technische Entwicklungen überholt worden“ („El Pais“, 2.4.78).

Den eigentlichen Inhalt solcher Ausführungen charakterisierte Carrillo in seinem Eröffnungsreferat schon etwas näher, indem er sagte, daß es der PCE als besonderes Verdienst anzurechnen ist, „antiquierte Denkschemata, wie die Politik Klasse gegen Klasse, die uns in eine Sackgasse führt, zu überwinden“ („Mundo Obrero“, 20.4.78).

Was Lenin (der alte Esel) zur Rolle und Funktion einer Kommunistischen Partei sagte, wird von Sanchez Montero zurechtgerückt. Er meinte, die Zeit, in der „die Partei“ heilig gesprochen worden sei, wäre vorbei: „Es ist nicht die Partei, sondern eine Partei der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit anderen Parteien und fortschrittlichen Kräften die Gesellschaft zum Sozialismus zu führen versucht“ („El Pais“, 22.4.78). Als hätte Lenin jemals behauptet, daß die Kommunistische Partei ohne Bündnisse auskommt. Lenin hat hingegen sehr wohl immer wieder die Notwendigkeit einer klaren ideologischen Führung innerhalb der Arbeiterklasse hervorgehoben und die Auseinandersetzung mit den Opportunisten aller Schattierungen insbesondere an der Frage geführt: Was ist der bürgerliche Staat und was macht die proletarische Revolution mit diesem Staat. Für die PCE waren Lenins zentrale Schriften zum Charakter des bürgerlichen Staates jedoch spätestens mit Carrillos Buch „Eurokommunismus und Staat“ zu Altpapier geworden.

Es ist kennzeichnend für das ideologische Niveau innerhalb der PCE, daß sich Kritik (und die gab es z.T. recht massiv) an der Abhelferlei Lenins keineswegs an irgendwelchen inhaltlichen Fragen festmachte, sondern unseres Wissens ausschließlich an Verfahrensfragen, d.h. an undemokratischer Diskussionsführung seitens der Parteispitze.

Demokratisierung der Partei?

Gerade mit einer so postulierten »inneren Demokratisierung« der PCE, der Auflösung demokratisch-zentralistischer Strukturen, einer versprochenen Mitwirkung aller Mitglieder bei der Festlegung der Politik der PCE hatte das ZK die Entleninisierung schmackhaft gemacht. Mit Schlagworten wie »größere politische Autonomie der Basis«, »kein gewisser Polizentrismus«, »Autonomie der Massenbewegung«, »Verlassen der These vom Transmissionsriemen«, etc. warben Mitglieder der PCE auch in der spanischen bürgerlichen Presse für die »Partei neuen Typs« („El Pais“, 18.3.78).

In krassm Widerspruch zu diesen attraktiven Versprechungen stand das tatsächliche Vorgehen der Parteispitze und insbesondere Carrillos während der regionalen Kongresse, ein Vorgehen, das zum Teil erhebliche Proteste auslöste. Auf der Versammlung der 500 Delegierten von Asturien verließen 113 Mitglieder den Saal aus Protest gegen die nicht repräsentative Zusammensetzung der Versammlungsleitung. (Vier Bezirksverbände waren für die Beibehaltung der Bezeichnung »leninistisch«, durften jedoch ihre Position auf dem Parteitag nicht erläutern). Sie gaben jedoch eine Erklärung ab, in der sie beteuerten, daß sie keine fraktionellen Absichten hätten. Die PCE-Organisation von Oviedo (Asturien) forderte einen konstituierenden Kongreß der PCE Asturien, um die aufgetretenen Widersprüche zu klären und übe scharfe Kritik an der entstehenden Berichterstattung im Zentralorgan der PCE, »Mundo Obrero«, über die Vorfälle auf dem asturischen Parteitag.

Zu einem Eklat kam es in der katalanischen Organisation der PCE (PSUC), in der seit längerem eine breite Ablehnung des selbstherrlichen Führungsstils Carrillos besteht. Carrillo selbst war zum katalanischen Kongreß erschienen und ging mit seinen Parteifreunden hart ins Gericht. Er setzte eine Abstimmung über die These 15 (Abschaffung der Bezeichnung »leninistisch«) durch, bei der das katalanische Exekutivkomitee en bloc abstimmen mußte. 71 Delegierte stimmten für die Streichung (87 Stimmen gab es für die Beibehaltung

der leninistischen Definition, bei sechs Enthaltungen). Auf die 71 Stimmen wurden jedoch die 26 Stimmen des Exekutivkomitees aufgeschlagen, so daß sich eine Mehrheit von 97 Stimmen ergab. Am nächsten Tag jedoch, als Carrillo abgereist war, setzten die Delegierten eine erneute Abstimmung durch, bei der dem Exekutivkomitee ein Einzelvotum zubilligt wurde. Ein überraschender Effekt: Nun waren 97 Delegierte für die Beibehaltung des Begriffes »leninistisch« und bloß 81 dagegen bei sieben Enthaltungen. Zehn Mitglieder des 26-köpfigen Exekutivkomitees schlugen sich auf die andere Seite. Damit war die euro-„kommunistische“ Kurs Santiagos am Widerstand der mehr am sowjetischen Kurs orientierten Katalanen gescheitert. Die katalanische PSUC vereint in ihren Reihen übrigens eine weitere Strömung, die sogenannte »Weiße Fahne« — oder sozialdemokratische Tendenz, die noch weitaus rechtliche Positionen als Carrillo selbst vertritt. Ihr Vertreter, Jordi Borja, Mitglied des katalanischen Exekutivkomitees, der sich als »radikaler Eurokommunist« versteht, äußerte sich u.a. so: »Die eurokommunistischen Parteien wollen keine Gesellschaft, die sich in zwei Lager spaltet (...) Die organisierte Arbeiterklasse auf der einen Seite und der Kapitalist auf der anderen, heißt auf eine Katastrophe zugehen« („El Pais“, 8.4.78).

Auf der Regionalversammlung von Madrid fand die ZK-These 15 (bei 62 Enthaltungen) 115 Gegenstimmen und 433 Für-Stimmen. Ein Antrag, die Leninismus-Frage auf einem außerordentlichen Parteitag zu klären, da es um eine komplizierte und wichtige Frage gehe, wurde mit 334 zu 228 Stimmen abgelehnt — immerhin doch ein Zeichen, daß auch in Madrid ein bedeutender Teil der Delegierten vom überstürzten und überfallartigen Vorgehen der Parteispitze nichts hielt.

Der Parteitag

Auf dem Parteitag siegten die »Eurokommunisten« mit eindeutigen Mehrheiten. Die Streichung des Attributs »leninistisch« wurde gegen 248 Stimmen (bei 40 Enthaltungen) mit 968 Stimmen durchgezogen. Die Partei nennt sich jetzt »marxistisch-demokratisch-revolutionär«. Santiago Carrillo wurde einstimmig wieder zum Generalsekretär gewählt. Auch das auf 45 Mitglieder erweiterte Exekutivkomitee wurde mit Ausnahme des andalusischen und baskischen Vertreters, die ihre Kandidatur zurückzogen, in der alten Zusammensetzung wiedergewählt, zwölf neue Vertreter kamen hinzu.

Von den 15 ZK-Thesen wurden fast alle mit unwesentlichen Veränderungen verabschiedet, so der »demokratische Übergang zum Sozialismus«, die Liquidierung des demokratischen Zentralismus, die Unterstützung des Sozialpaktes von Moncloa, etc. Lediglich die vom ZK vorgeschlagene Befürwortung (!) der amerikanischen Stützpunkte auf spanischem Gebiet wurde abgelehnt.

Insgesamt hat dieser Parteitag, auf dem eine revolutionäre Opposition nicht in Erscheinung trat, eine breite opportunistische Strömung innerhalb der spanischen Arbeiterbewegung zum Ausdruck gebracht (wie die Gewerkschaftswahlen gezeigt haben, sind die von der PCE hauptsächlich beeinflussten »Comisiones Obreras« die mit Abstand stärkste Fraktion innerhalb der spanischen Arbeiterklasse und damit mehr oder weniger bewußt und eindeutig auch den politischen Konzeptionen der PCE verpflichtet).

Einen interessanten Beitrag zur Möglichkeit der Anpassung aller Klassenkämpfe im spanischen Staat an die Linie der Klassenversöhnung, hielt allerdings der baskische PCE-Delegierte: »Euskadi ist der niedrigste Punkt in Spanien in Bezug auf die Politik der nationalen Wiederversöhnung und der demokratischen Konzentration. Und wenn in Euskadi der Eurokommunismus keine Fortschritte macht, dann kann der Eurokommunismus in ganz Spanien scheitern« („El Pais“, 22.4.78). Tatsächlich ist das Baskenland die einzige Nationalität des spanischen Staates, in der die Politik der Klassenzusammenarbeit, die Aussöhnung mit den alten Kräften des Faschismus auf eine breite revolutionäre Gegenströmung trifft.

Die Gäste

Unter den Gastdelegationen des PCE-Kongresses waren die verschiedenen westeuropäischen revisionistischen Parteien vertreten. Der Einladung waren auch die sozialistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Chiles gefolgt. Die ebenfalls eingeladenen westdeutsche SPD lehnte die Einladung dankend ab... Unter den Gästen befanden sich auch die MAPU (Chile), Frente Polisario (Republik Sahara), die PLO (Palästina).

Auch ein hoher sowjetischer Vertreter war gekommen, Victor Afanasiev, Leiter der »Prawda« und Mitglied des ZK der KPdSU. Von einer spanischen Tageszeitung auf die Differenzen zur PCE angesprochen, antwortete Afanasiev:

»Wir, unsere Partei, haben großen Respekt vor den spanischen Kommunisten. Wir sind in der UdSSR der Meinung, daß die PCE eine Partei mit einer reichen Geschichte ist, bedeutende Erfahrungen besitzt und wir meinen, daß sich unsere jeweiligen Parteien annähern und sich besser kennenlernen sollten. Wir sind bereit, jede Art von Beziehungen auf allen Ebenen — auch den höchsten — zu entwickeln«. Auf die Frage eines Journalisten, daß doch wohl unterschiedliche Vorstellungen über den Sozialismus bestehen, antwortete Afanasiev:

»Die Leitung der PCE hat ihr eigenes sozialistisches Modell, wie es derzeit in Mode ist. Der Begriff »Modell«, auch wenn er derzeit in Mode ist, hat keinen besonderen Sinn. Im Wortsinn angewandt gilt er nur für die Kybernetik und die Haut-Couture. Die sowjetischen Kommunisten und das sowjetische Volk sind jedoch bereit, abzuwarten, wie das spanische



Modell des Sozialismus aussehen wird, und wenn dieses Modell gut ist, werden wir keine Bedenken haben, alles was für uns notwendig und nützlich ist, anzunehmen. Unser Land ist groß, auch unsere Partei, aber wir haben keine Angst, Schüler zu sein und von jemand zu lernen. Natürlich nur, wenn die Lektion gut ist« („El Pais“, 22.4.78). Afanasiev wandte sich zwar in zarten Worten gegen die Kritik der spanischen PCE am »realen Sozialismus«, gab aber unumwunden zu, daß die KPdSU auch »viele Probleme« hat.

Die Äußerungen Afanasievs sind nicht anders zu interpretieren, als daß die KPdSU verstanden hat, daß sie die »eurokommunistische« Entwicklung der westeuropäischen Parteien nicht mehr mit markigen Worten und Verpflichtungen auf das sowjetische »Modell« stoppen kann und eine mehr konziliante Verständigungsbasis suchen muß. Diese Notwendigkeit ergibt sich insbesondere angesichts ähnlicher Entwicklungen in den osteuropäischen Ländern. Sowohl die rumänische KP als auch — sehr vorsichtig — die ungarische haben den Kurs Carrillos sehr positiv beurteilt.

Streit unter Eurorevisionisten

(aus AK 137, September 1978)

Über den von der spanischen Bourgeoisie gewünschten Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft (EG) ist es zu einem Konflikt zwischen den französischen und spanischen Revisionisten gekommen.

Die KPF hat im Juli mit einer Kampagne gegen den möglichen EG-Beitritt Spaniens, Griechenlands und Portugals begonnen. Dies rief sofort eine scharfe Kritik aus den Reihen der KPSp hervor, die die Forderung der spanischen Bourgeoisie nach dem EG-Beitritt unterstützt. „Die Position der FKP hinsichtlich der Erweiterung des gemeinsamen Marktes kommentierend, hatte Manuel Azcarate, Leiter der Kommunistischen Partei Spaniens, Kommunistischen Partei Spaniens, AFP zufolge eine Erklärung abgegeben, in der er die ‚sensationale‘ und ‚wahlbezogene‘ Kampagne, die ‚falschen und demagogischen Argumente‘ und den ‚Kirchturmchauvinismus‘ der französischen Kommunisten kritisiert“. (KPF-Organ „L'Humanité“, lt. „UZ“ vom 9.8.78). Die KPF hat ihrerseits die Kritik ihrer spanischen „Bruderpartei“ als versuchte Einmischung in ihre ureigensten Angelegenheiten zurückgewiesen und polemisch zurückgefragt, ob mit dieser Kritik etwa eine „Anpassung (der KPF, Anm. AK) an die Partei von Manuel Azcarate“ verlangt werde (ebd.). Gleichzeitig versucht die KPF-Führung, die Bedeutung dieses Streits herunterzuspielen. Bei einer Fernseh-Diskussion auf diese Kontroverse angesprochen, erklärte KPF-Chef Marchais mit Biedermannsmiene: „Es gibt tatsächlich eine Meinungsverschiedenheit mit unseren spanischen Genossen. Aber das ist völlig normal. Jede kommunistische Partei arbeitet ihre Politik in völliger Unabhängigkeit aus und indem sie von den Interessen der Arbeiter, des Volkes und der Nation ausgeht. Es gibt also Meinungsverschiedenheiten. Aber, glauben Sie mir, diese Meinungsverschiedenheiten werden auf keinen Fall zum Bruch in den traditionellen Beziehungen unserer Parteien führen“ („L'Humanité“, 11.8.78).

Indes ist gar nicht zu übersehen, daß diese Differenz zu weitergehenden Spannungen in dem sich bislang sehr einheitlich gebenden eurorevisionistischen Lager führen wird. Allein die Etikette, die Azcarate bei seiner Kritik

an der KPF gewählt hat („demagogisch“, „chauvinistisch“), bezeugen, daß man ehrlicherweise kaum von einer „normalen Meinungsverschiedenheit“ sprechen kann. Der Gegenstand des Streits wird zudem auch die anderen eurorevisionistischen Parteien über kurz oder lang zu Stellungnahmen zwingen. Vorerst halten sich diese nämlich noch mit eigenen Bekundungen über den Konflikt zwischen KPF und KPSp zurück, wobei Azcarate allerdings in einem Interview mit „il manifesto“ (2.8.) angemerkt hat, daß die italienische KP die Position der spanischen KP „verstehen“ würde.

Auf den ersten Blick mag es so scheinen, als ob die KPF mit ihrer Ablehnung des spanischen EG-Beitritts (und ebenso des portugiesischen und griechischen) die „radikale“ Position vertreten würde. Tatsächlich kann man in die s'e'm Streit aber kein klassenmäßiges Herangehen auf irgendeiner Seite ausmachen.

Auf die Frage von „il manifesto“, ob die spanische KP sich von der EG eine Garantie für die demokratische Entwicklung in Spanien erhoffe, antwortete Azcarate: „Garantie ist nicht der richtige Begriff. Niemand von uns kann sich auf die anderen stützen, um unsere Probleme zu lösen. Unser Kampf hat aber einfach bessere Möglichkeiten in einem größeren Rahmen, wie ihn die EG darstellt. Wir wissen sehr gut, um mit Marchais zu reden, daß dies kein Europa der Völker ist; aber wir wollen gemeinsam mit den anderen Linken kämpfen und uns dadurch gegenseitig bestärken.“ Vom revisionistischen Traum der U m w a n d l u n g der EG in ein „Europa der Völker“ ausgehend, ist diese Position durchaus logisch und konsequent. Von der spanischen KP (und mehr noch von der Mobilisierungsfähigkeit der spanischen Arbeiterklasse) mußten sich vor allem die größeren eurorevisionistischen Parteien KPF und KPI tatsächlich Vorteile versprechen, da deren „Einschaltung“ in die EG das Gewicht dieser Parteien angesichts des a l l g e m e i n e n Kräfteverhältnisses in der EG (man denke an das Schattendasein namentlich der DKP!) natürlich graduell verstärkt. Jedenfalls ist es auf dem Boden ihrer eigenen Strategie (friedliche Umwandlung der EG in ein

„Europa der Völker“) völlig uneinsichtig, wieso die KPF sich ausgerechnet gegen einen möglichen EG-Beitritt Spaniens (und Portugals) so vehement sperrt — beim seinerzeitigen Beitritt Dänemarks u.a. aber k e i n e vergleichbare Kampagne gestartet hat.

Die KPF führt ihre Kampagne vor allem intensiv in Südfrankreich unter Parolen wie „Auf dem Lande leben, französisch produzieren“ (lt. „rouge“ 25.8.), womit vor allem die französischen Weinbauern mobilisiert werden sollen, sich gegen eine „Überschwemmung“ des französischen Markts mit spanischem Wein zu wehren. Entsprechend wird auch mit dem drohenden Import anderer Landwirtschaftserzeugnisse aus Spanien argumentiert. Azcarate von der KPSp hat zu diesen Argumenten gekontert: „Wenn wir eine starke und konkurrenzfähige Landwirtschaft hätten (in Spanien, Anm. AK), gäbe es weniger Probleme. Aber das ist nicht der Fall. Und die Absicht der KPF ist noch absurder, da sie wohl weiß, daß es im Falle eines EG-Beitritts immer noch sechs bis acht Jahre dauert, bis wir voll in den grünen Markt integriert sind. Schließlich: das hauptsächliche Exportprodukt unserer Landwirtschaft sind Zitrusfrüchte; davon hat Frankreich nicht genügend. Wenn schon, dann müßte Italien protestieren“ („il manifesto“, 2.8.).

Die Verarmung und Ruinierung der französischen Bauern durch die kapitalistische Entwicklung und speziell auch durch die EG-Landwirtschaftspolitik wird allerdings auch o h n e den EG-Beitritt Spaniens weitergehen. Das belegen allein die Zahlen der Vergangenheit. Von 1956 bis 1970 ist die Zahl der bäuerlichen Betriebe in Frankreich von ca. 2,3 Millionen auf 1,5 Millionen zusammengeschumpft (s. AK 26, März 1973 — das sind die letzten uns z.Zt. bekannten Zahlen). Bis 1985 wurde damals schon ein weiteres Schrumpfen auf 700.000 in der Landwirtschaft tätige Menschen vorausberechnet. Hiergegen nun vorrangig auf eine Verhinderung weiterer EG-Beitritte zu orientieren, dient lediglich dazu, das g r u n d s ä t z l i c h e Einverständnis der KPF mit der EG und überhaupt ihre Zurückhaltung beim Angriff auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu ummanteln.

Ein möglicher EG-Beitritt Spaniens muß für die KPF herhalten, um der französischen Arbeiterklasse überhaupt wieder eine täuschende „konkrete Kampflosung“ im Rahmen der allgemeinen revisionistischen Beschwichtigungspolitik vorzugaukeln.

Claude Poperen, KPF-Politbüromitglied: „In der Bretagne, wo wir 50.000 Arbeitslose zählen, und in den Regionen der Loire, wo es fast 70.000 sind, würde eine Erweiterung der EG schwere Rückwirkungen auf die Wirtschaft haben, in der Industrie, im Fischfang und in der Landwirtschaft“ (lt. „rouge“, 23.8.).

Georges Marchais: „Die Erweiterung der EG wird unserer Arbeiterklasse und unserer Bauernschaft schwer schaden; aus einem einfachen Grund: weil Spanien ein Land ist, in dem der Arbeitslohn niedrig ist und soziale Errungenschaften praktisch

nicht vorhanden sind. Die multinationalen Firmen werden daher in Spanien investieren, zum Nachteil der französischen Industrie“ („L'Humanité“, 11.8.).

Daß KPF-Führer sich um die „Wirtschaft“ und die „französische Industrie“ sorgen, daß sie die von ihnen behaupteten „nationalen Interessen“ regelmäßig zu Interessen der französischen Arbeiter umschminken, hat eine lange Tradition. Eine Spitzenleistung solcherlei Verhuzung internationalistischer Klasseninteressen des Proletariats und nationalistischer Argumentation hat die KPF bekanntlich zu Zeiten des französischen Kolonialkrieges in Algerien geboten. Damals wurde Algerien von KPF-Führern als „unabtrennbarer Teil Frankreichs“ bezeichnet und Befürchtungen gegen den algerischen Unabhängigkeitskampf geäußert, daß

„unserem Land“ (Frankreich) möglicherweise der algerische Weizen- und Schafe-Export verloren gehen könnte (s. Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, S. 234-237).

Mit den Argumenten der KPF gegen den möglichen EG-Beitritt Spaniens usw. steht es im Wesen der Sache nicht anders. Azcarate von der KPSp ist in diesem Punkt völlig zustimmend:

„Die französischen Genossen sind sehr sonderbar: Sie schlagen ja nicht vor, daß Frankreich aus der EG, diesem ‚schlechten Europa‘, austreten soll; sie schlagen vor, daß die ärmeren Länder nicht eintreten sollen. Das heißt, sie wollen aus Europa einen Club von privilegierten Ländern machen. Was soll an dieser Position sozialistisch oder fortschrittlich sein?“ („il manifesto“, 2.8.)

Unser Weg
Nr. 2
Oktober 1978

Zur Kritik des »realen Sozialismus«

Nachdrucke aus KAB-AZ und Arbeiterkampf

Ich bestelle

.....
.....

Achtung!
Lieferung nur gegen Vorkasse!

DM.....überweise ich auf eines der folgenden Konten: PSchA Hamburg, BLZ 20010020, Kto. 24 05 95 oder J.Reents, Dresdener Bank AG Hamburg, BLZ 20080000, Kto. 45 18 37 8, oder per Zahikarte/Scheck an den J.Reents-Verlag, Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50 (Nichtzutreffendes bitte streichen)

.....
Vor- und Zuname des Bestellers

.....
Adresse des Bestellers

Bestellungen an:

j. reents - verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

bisher erschienen:

- **Unser Weg Nr. 1**
Revisionismus-Kritik
50 Seiten A 4 DM 4,—
- **Unser Weg Nr. 2**
Zur Kritik des »realen Sozialismus«
94 Seiten A 4 DM 7,50

In Kürze

- **Unser Weg Nr. 3**
Zur Frauenfrage
ca. 100 Seiten A 4

Impressum

Herausgeber: Kommunistischer Bund
Verlag: J. Rennts-Verlag
Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: K. Ehlers, Verlagsadresse
Druck: Hein + Co., Hamburg 50
Auflage: 3.000
Januar 1979

Inhalt

Verschärfte Widersprüche zwischen den revisionistischen Parteien	1
Der Weg zum Blau-Weiß-Roten „Sozialismus“	3
Zur Konferenz der „kommunistischen und Arbeiterparteien Europas“ in Berlin / DDR: Sie zogen nach Wolle aus und kamen geschoren heim	5
Euro-Revisionismus im Dienst der Reaktion	8
Santiago Carillo: Kniefall vor der Monarchie	11
„Gürtel enger schnallen“ statt Sozialismus – Die „höhere Gesellschaft“ des Herrn Berlinguer	12
Die KP Japans geht immer weiter nach rechts	14
KPdSU gegen Euros	15
„Euros“ schlimmer als die „ML“er	24
Schaukampf zwischen KPdSU und „Euros“ geht weiter	25
Carillo: Kopfüber in die bürgerliche Politik	27
Regierungskrise in Italien	29
9. Weltkongreß des WGB: Risse im Revi-Lager	30
Kongreß der PCE: Lenin in die Mottenkiste	32
Streit unter Euro-Revisionisten	34